



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2015

Vanessa Christina Sander

**Das Spannungsverhältnis
zwischen Legitimität und
Effektivität – Eine Analyse der
Legitimitätspolitik der
Kommunistischen Partei Chinas**

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Karsten Fischer
SoSe 2015

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung in die Thematik der Arbeit	1
1.1 Problemstellung und Erkenntnisinteresse	1
1.2 Forschungsfrage	2
1.3 Forschungsstand	3
1.4 Begriffsbestimmungen	4
1.5 Vorgehensweise	6
2 Theoretische Grundlagen	7
2.1 Linz' Typologie totalitärer und autoritärer Regime	8
2.2 Beethams „ <i>Sozialwissenschaftliches Konzept der Legitimität</i> “ als Analysebasis	12
2.3 Konfuzianische Ethik	14
3 Aktivitäten der KPCh zur Herstellung und Wiedererlangung von Legitimität	19
3.1 Durch Legitimitätskrisen begründeter institutioneller Wandel nach 1989	20
3.1.1 Umgang mit dem Zusammenbruch der UdSSR	20
3.1.2 Neuordnung von Entscheidungsstrukturen	24
3.1.3 Direktwahlen auf Dorf- und Gemeindeebene	28
3.2 Narrative als legitimitätsstiftendes Werkzeug	32
3.2.1 Konfuzianismus als Antwort auf die Korruptionsproblematik	33
3.2.2 Nationalismus als Bindeglied zwischen Ideologie und Realität	35
3.3 Legitimierende Funktion von Ideologie und Propaganda	40
3.3.1 Von der Arbeiter- und Bauernpartei zur „Partei des ganzen Volkes“	41
3.3.2 Vom Maoismus zur „sozialistischen Marktwirtschaft“	44
3.3.3 Vom staatseigenen zum kommerzialisierten Propagandasystem	49
4 Anwendung des Konzepts mit kritischer Bewertung	54
4.1 Regelkonformität und Rechtmäßigkeit der Macht	54
4.2 Vertretbarkeit von Regeln hinsichtlich gemeinsamer Überzeugungen	56
4.3 Legitimation durch ausdrückliche Zustimmung der Untergebenen	60
5 Schlussbetrachtung	68
5.1 Zusammenfassung	68
5.2 Fazit und Ausblick	71
Literaturverzeichnis	III
Eigenständigkeitserklärung	VII

„In Gesellschaften, die auf Ideologie beruhen, erlangt das Recht,
Legitimität zu definieren, entscheidende Bedeutung.“
Henry Kissinger

1 Einführung in die Thematik der Arbeit

In diesem einleitenden Kapitel werden zunächst die dieser Arbeit zu Grunde liegende Problemstellung sowie ihr Erkenntnisinteresse benannt. Es folgt die Formulierung der zentralen Forschungsfrage. Der aktuelle Stand der Forschung wird daran anschließend kurz zusammengefasst, außerdem werden Begriffsbestimmungen vorgenommen. Zuletzt wird die Vorgehensweise hinsichtlich der Beantwortung der Forschungsfrage dargestellt.

1.1 Problemstellung und Erkenntnisinteresse

Aus westlich akademisierter Sicht bildet die Volksrepublik (VR) China ein fortwährendes Faszinosum, wobei dieser vorgeprägte Standpunkt bereits eine gewisse Befangenheit offenbart. Trotzdem bietet sich die VR China als „der am dichtesten besiedelte Staat der Erde, der gleichzeitig auf die längste Geschichte lückenloser politischer Autonomie zurückblicken“¹ kann, als Gegenstand einer politikwissenschaftlichen Analyse aus gleich mehreren Gründen an.

Die konkrete Problemstellung dieser Arbeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die VR China bis heute unter der Führung eines autoritären Einparteien-Regimes steht. Sie ist neben Nordkorea eine der am längsten bestehenden Autokratien. Trotz des Zusammenbruchs der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und den Transformationsprozessen in den ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas ist es der allein herrschenden Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) gelungen, die Systemstabilität der VR China zu gewährleisten und auf diese Weise ihre eigene Macht zu sichern. Dabei stellte sich die VR China dem vermeintlich endgültigen Sieg von Kapitalismus und Demokratie auf ihre eigene Weise. Das Einparteien-Regime führte das Land zu wirtschaftlichen Erfolgen bei gleichzeitig ausbleibender Demokratisierung. Ein „chinesischer Sonderweg“ der Modernisierung lässt sich somit durchaus feststellen, das heißt anders als in Osteuropa oder der Sowjetunion kam es weder zu Veränderungen des politischen Systems noch zu wirtschaftlichem Verfall.²

¹ Kissinger, Henry (2011): *China: Zwischen Tradition und Herausforderung*. München: Bertelsmann, S. 474.

² Vgl. Heberer, Thomas (2008): Das politische System der VR China im Prozess des Wandels, in: ders./Derichs, Claudia (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. 2., aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 30.

Ganz im Gegenteil konnte die VR China speziell in den 1990er Jahren die „Tiefenwirkung und Nachhaltigkeit“³ der Effekte ihrer frühzeitig eingeleiteten Reformen durch enormes Wirtschaftswachstum und einen stetigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beweisen. Doch noch vor dem Zerfall der UdSSR als externem Schock sah sich die KPCh innenpolitisch mit einer schweren Legitimationskrise konfrontiert: „1989 – 200 Jahre nach dem Beginn der Französischen Revolution und 40 Jahre nach der Gründung der Volksrepublik – blüht die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung erneut auf. Demonstranten auf dem Tiananmen-Platz erreichen die Millionengrenze.“⁴ Es kam zu Unruhen und schließlich einem Massaker, bei dem mehrere tausend Menschen getötet oder verletzt wurden. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die VR China am Scheideweg.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt nun darin, die Gründe für die wiedergewonnene Legitimität und seither andauernde Stabilität des autoritären Einparteien-Regimes der VR China zu erforschen.

1.2 Forschungsfrage

Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist, mit welchen Mitteln es Autokratien gelingt, *Stabilität* zu gewährleisten. Aus den zuvor geschilderten Gründen wird diese Analyse am Beispiel der in der VR China regierenden KPCh durchgeführt, wobei verschiedenartige Mechanismen zur Herstellung und Sicherung von *Legitimität* aufgezeigt werden sollen. Als Grundlage dient hierbei die Hypothese, dass sich Systemstabilität über Legitimität reproduziert und durch *aktive Legitimitätspolitik* konstruiert wird. Ob und inwiefern sich speziell die ökonomische Sphäre auf die dem Regime zugeschriebene Legitimität auswirkt, findet dabei ebenfalls Berücksichtigung.

Legitimität bildet eine Kernkategorie des Politischen, da Macht und Machtausübung in jeder Gesellschaft problematische „Abhängigkeits- oder Überlegenheitsverhältnisse“⁵ schaffen, die Legitimation erfordern. Aus diesem Grund nutzen sowohl Regierungen zu ihrer Selbstbeschreibung als auch Dritte bei analytischen Bewertungen politischer Systeme den Begriff der „Legitimität“. Doch was kennzeichnet Regime als „legitim“? Definiert man beispielsweise *Zustimmung der Beherrschten* als Teilaspekt von Legitimität, kommt diese in Demokratien vornehmlich bei Wahlen zum Ausdruck.

³ Kissinger, Henry (2011): S. 492.

⁴ Ottmann, Henning (2010): Politisches Denken in China vor und nach der Revolution, in: ders.: *Geschichte des politischen Denkens Bd. IV/1. Das 20. Jahrhundert. Der Totalitarismus und seine Überwindung.* Stuttgart: Metzler Verlag, S. 388.

⁵ Schubert, Klaus/Klein, Martina (2011): Legitimität, in: *Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl.* Bonn: Dietz.

Da allgemeine Wahlen in Autokratien in der Regel nicht, nur unzureichend oder unter Einflussnahme der dortigen Regime abgehalten werden, bleibt ihre legitimierende Funktion in diesen Fällen aus.⁶ Dennoch ist es auch und gerade für autokratische Regime notwendig, von ihrer Bevölkerung als legitim angesehen zu werden, da der Einsatz von Repression zum Zwecke des Machterhalts eine einseitige und auf Dauer kostspielige Strategie ist. Legitimität autokratischer Regime bedeutet daher keinen Widerspruch in sich, liegt es doch an den Maßstäben, die zu ihrer Beurteilung herangezogen werden.

Zur Beantwortung der Fragestellung wird im Folgenden beispielhaft die Legitimitätspolitik des chinesischen Einparteien-Regimes analysiert. Dabei wird der Versuch unternommen, die von der KPCh angewandte Strategie zur Sicherung ihrer Legitimität nachzuzeichnen. Darüber hinaus soll auch ein möglicher Wandel dieser Strategie und dadurch deren Anpassungsfähigkeit in Krisenzeiten sichtbar gemacht werden. Die abschließende Bewertung dieser Maßnahmen erfolgt durch die Anwendung des Legitimitätskonzepts von David Beetham, welches in Kapitel 2 dieser Arbeit vorgestellt wird.

1.3 Forschungsstand

Eine umfassende *Typologie* zu totalitären und autoritären Regimen liegt durch die Untersuchungen des Systemforschers Juan Linz vor, auf die in dieser Arbeit zurückgegriffen wird. Bezeichnend für die sozialwissenschaftliche Forschung ist allerdings, dass bis heute keine allgemeine *Theorie* zu Entstehung, Fortbestand und Niedergang von Autokratien existiert.⁷ Dies lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass der Fokus vergleichender Analysen in der Vergangenheit hauptsächlich auf der Entwicklung von oder der Transformation hin zu Demokratien lag. Der anhaltende Fortbestand vieler autokratischer Regime belegt hingegen, „dass Prognosen über den unausweichlichen Sieg der Demokratie über alle anderen Regimeformen spekulativer Natur waren“⁸ und folglich revidiert werden müssen. Die „zähe Persistenz autokratischer Regime“⁹ gibt somit weiterhin Rätsel auf und ist daher untersuchungswürdig. Neben diesem Aspekt ist auch die Qualität der Regierungsführung in autoritären Regimen von Interesse, die sich nicht zwangsläufig an anderen Maßstäben messen lassen muss als in demokratischen Kontexten.

⁶ Vgl. Holbig, Heike (2013): *Ideology after the end of ideology. China and the quest for autocratic legitimation*, in: Democratization, Vol. 20, issue 1, S. 65.

⁷ Gerschewski, Johannes et al. (2012): Warum überleben Diktaturen?, in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Autokratien im Vergleich*. Politische Vierteljahresschrift: Sonderheft (47). Baden-Baden: Nomos, S. 106.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

Dennoch werden Autokratien hauptsächlich dadurch charakterisiert, dass sie, im Unterschied zu Demokratien, „ihre Daseinsberechtigung nicht vom direkten Willen des Volkes ableiten“¹⁰ und darüber hinaus weder über Gewaltenteilung noch Meinungspluralismus verfügen. Die Machthaber in Autokratien, seien es Alleinherrscher oder Parteien, gründen ihren Geltungsanspruch vielmehr auf Legitimität, die sie der Rechtmäßigkeit ihrer politischen Herrschaft versichert.

Eine Analyse der Legitimitätspolitik der KPCh unter Anwendung des Konzepts von Beetham ist bisher nicht erfolgt. Da sich sowohl das Gros der Legitimitätskonzepte als auch die zu dieser Thematik durchgeführten Untersuchungen, wie oben erwähnt, vorwiegend auf demokratische Kontexte beschränken, möchte diese Arbeit einen wissenschaftlichen Beitrag zur Legitimitätsforschung im Zusammenhang mit Autokratien leisten. Sie erhebt außerdem den Anspruch, durch die bereitgestellte Analyse auf Mechanismen der Legitimitätserzeugung aufmerksam zu machen, die gegebenenfalls auch in jüngeren Autokratien als der VR China Anwendung finden. Dies erscheint notwendig, um dort ablaufende Prozesse einordnen zu können.

1.4 Begriffsbestimmungen

Die Definition verschiedener, für diese Arbeit relevanter Begriffe ist unerlässlich und dient darüber hinaus dem Verständnis der vorzunehmenden Analyse.

Der zentrale Begriff dieser Arbeit ist der der „Legitimität“. Seine Definition ist somit notwendig und entscheidend für das weitere Vorgehen: *Legitimität* wird in dieser Arbeit als „Glauben an bzw. das Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit politischer Herrschaft“¹¹ definiert. Diese Kurzdefinition lässt sich durch folgende Erläuterung ergänzen:

„Jede Form politischer Herrschaft (Regierungsform) basiert nicht nur auf dem Herrschaftsanspruch, sondern auch auf der Bereitschaft der Beherrschten zur Anerkennung der Herrschaftsbeziehung. Soll die Herrschaft nicht nur durch Willkür (Despotie) und Zwang (Diktatur) aufrechterhalten werden, muss sie die Grundsätze formeller Rechtmäßigkeit (Legalität) beachten und auf dem Vertrauen an die Rechtmäßigkeit der Herrschaft (zumindest beim überwiegenden Teil der Beherrschten) beruhen.“¹²

¹⁰ Stockemer, Daniel (2012): Autokratien und Regierungsqualität: Eine vergleichende Studie, in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Autokratien im Vergleich*. Politische Vierteljahresschrift: Sonderheft (47). Baden-Baden: Nomos, S. 477.

¹¹ Schubert, Klaus/Klein, Martina (2011): Legitimität, in: *Das Politiklexikon*. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz.

¹² Ebd.

In dieser Beschreibung finden sich Anforderungen an Herrschaft, die an die Dimensionen des Legitimitätskonzepts Beethams angelehnt sind, wie im nächsten Kapitel zu erkennen sein wird.

Der Begriff der „*Stabilität*“ wird definiert als Beständigkeit der VR China durch die Abwesenheit elementarer Veränderungen des politische-administrative System betreffend.

Für die folgende Analyse ebenfalls von Relevanz ist der Begriff der „Krise“, wobei es sich im Rahmen der Thematik dieser Arbeit zumeist um Legitimitätskrisen handelt: Eine *Legitimitätskrise* liegt vor, sofern „(große) Teile der Bevölkerung an den Grundwerten oder an der Rechtmäßigkeit des Handelns der Herrschenden zweifeln“¹³.

Da die „Legitimitätspolitik“ der KPCh den zentralen Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit bildet, wird an dieser Stelle neben einer Definition des Begriffs auch explizit bestimmt, wann es sich *nicht* um erkennbare Maßnahmen einer diesen übergeordneten Legitimitätspolitik handelt.

Die positive Definition beschreibt *Legitimitätspolitik* als Reihe gezielter Maßnahmen des chinesischen Einparteien-Regimes zur Herstellung und Sicherung von Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit in die Rechtmäßigkeit seiner Herrschaft.

Der Politikwissenschaftler Frank Nullmeier und seine Kollegen gebrauchen den Begriff der Legitimitätspolitik als Sammelbezeichnung für „alle Anstrengungen, die normative Anerkennungswürdigkeit einer Ordnung, einer Entscheidung oder auch eines Akteurs zu erzeugen, zu sichern, zu kritisieren oder zu zerstören“¹⁴. Diese allgemeine Umschreibung wird in dieser Arbeit ergänzend zu erstgenannter Definition gebraucht, sofern es sich um Legitimitätspolitik in anderen Kontexten als dem chinesischen handelt. Ausdrücklich abzugrenzen sind beide Definitionen von Maßnahmen, die lediglich auf „normativ gehaltlose Akzeptanzbeschaffung“¹⁵ zielen und somit nicht in den Untersuchungsbereich dieser Arbeit fallen.

Ein häufig verwendeter, aber selten definierter Terminus ist außerdem „*der Westen*“. Im Rahmen dieser Arbeit wird er als Sammelbegriff für die Gesamtheit der liberal-demokratischen, marktwirtschaftlichen Industrienationen Westeuropas und Nordamerikas verwendet.

¹³ Ebd.

¹⁴ Nullmeier, Frank et al. (2012): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik ökonomischer Ordnungen, in: dies. (Hrsg.): *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik ökonomischer Ordnungen*. Leviathan Sonderband (27), 40. Jahrgang. Baden-Baden: Nomos, S. 24.

¹⁵ Ebd.: S. 13.

1.5 Vorgehensweise

Den zentralen historischen Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit bildet das Jahr 1989 in der Phase unmittelbar nach den Demokratisierungsbestrebungen und Massenprotesten. Dennoch lassen sich Rückgriffe auf vorangehende Perioden nicht vermeiden, sie sind sogar zwangsläufig, da deren Nachwirkungen auch weiterhin Zeit beobachtbar und relevant sind. So dauern beispielsweise die Ende der 1970er Jahre eingeleiteten Wirtschaftsreformen bis heute an und auch der Prozess der Modernisierung muss als bisher nicht abgeschlossen betrachtet werden.

Um die Legitimitätspolitik der KPCh zu bewerten, wird sie durch Anwendung des von Beetham entwickelten Legitimitätskonzepts anhand dreier Dimensionen analysiert. Der Vorteil von Legitimitätskonzepten ist, dass sie über Fragen der Demokratie hinausgehen. Sie beziehen diese vielmehr mit ein und können folglich auf alle Arten von Machtverhältnissen angewendet werden, was sie in verschiedensten Kontexten fruchtbar macht.

Da es sozialwissenschaftlicher Forschung zumeist nicht vergönnt ist, eine Bestätigung ihrer Hypothesen in Form fester Zahlen und Werte zu erhalten, muss sich auch diese Arbeit mit der Chance zur Plausibilisierung ihrer Annahmen zufriedengeben. Um die Frage nach Stabilität und Legitimität in autokratischen Kontexten in Ansätzen beantworten zu können, ist daher eine Synthese verschiedenartiger empirischer Beobachtungen und Erkenntnisse notwendig. Eine solche Verknüpfung dient wiederum der Bereitstellung von Erklärungsansätzen respektive zur Nachzeichnung der Wirksamkeit von Legitimitätspolitik und ihren Maßnahmen.

Den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet die Darstellung der für das weitere Verständnis unerlässlichen theoretischen Grundlagen (Kapitel 2). Als solche wird zunächst die von Linz aufgestellte Typologie zu totalitären und autoritären Regimen skizziert sowie eine vorläufige Einordnung des Systems der VR China vorgenommen (Kapitel 2.1). Danach wird das für die spätere Analyse verwendete Legitimitätskonzept Beethams vorgestellt und erläutert (Kapitel 2.2). Außerdem erfolgt eine kurze Einführung in die konfuzianischen Ethik (Kapitel 2.3). Daran anschließend werden verschiedenste Ansätze dargelegt, durch welche die KPCh seit 1989 versucht, Legitimität herzustellen oder wiederzuerlangen. Als Werkzeuge dienen dem chinesischen Einparteien-Regime *institutioneller Wandel*, die Instrumentalisierung von *Narrativen* sowie der Einsatz von *Ideologie und Propaganda* (Kapitel 3).

Eine innerparteiliche Diskussion über den Umgang mit dem Zusammenbruch der UdSSR war der Beginn eines institutionellen Veränderungsprozesses, der sich in der Neuordnung von Entscheidungsstrukturen sowie der Einwilligung in Wahlen auf Dorf- und Gemeindeebene ausdrückt und nachzuzeichnen versucht wird (Kapitel 3.1). Die Nutzung bestehender und die Schaffung neuer Narrative durch die KPCh als Antwort auf verschiedenartige Problematiken wird ebenfalls ausführlich beschrieben (Kapitel 3.2). Außerdem wird die Rolle von Ideologie und Propaganda als Teil der Legitimitätspolitik der KPCh erläutert. Anpassungen der Ideologie lassen sich im Hinblick auf die veränderte Parteistruktur ebenso erkennen wie hinsichtlich der Beschreibung des reformierten Wirtschaftssystems. Als dessen Teil kommt den mittlerweile kommerzialisierten Medien eine neue Rolle im Propagandasystem zu (Kapitel 3.3). An diese Darstellung der Aktivitäten und Maßnahmen des chinesischen Einparteien-Regimes schließt die kritische Auseinandersetzung mit selbigen unter Anwendung des Legitimitätskonzepts Beethams an (Kapitel 4). Diese Analyse orientiert sich an den von Beetham aufgestellten notwendigen Bedingungen und den drei Dimensionen seines Legitimitätskonzepts. In einem Schlusskapitel werden die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung zusammenfassend festgehalten (Kapitel 5). An dieser Stelle wird zudem ein Fazit gezogen sowie ein Ausblick auf mögliche Entwicklungen gewagt. Außerdem werden Anregungen zur weiteren Auseinandersetzung gegeben.

2 Theoretische Grundlagen

In diesem Kapitel werden die grundlegenden Konzepte und Theorien vorgestellt, auf denen diese Arbeit aufbaut und die somit für ihr Verständnis notwendig sind. Im Folgenden wird zunächst die von Linz aufgestellte Typologie zu totalitären und autoritären Regimen dargelegt. Sie wird zur Einordnung des Systems der VR China herangezogen. Daran anschließend erfolgt ein Einblick in Beethams Verständnis von Legitimität. Sein „Sozialwissenschaftliches Konzept der Legitimität“, anhand dessen die spätere Analyse der Legitimitätspolitik der KPCh durchgeführt werden wird, wird vorgestellt und erläutert. Zuletzt werden grundlegende Begriffe und Denkmuster des Konfuzianismus eingeführt, der untrennbar mit der chinesischen Geschichte und Politik verbunden ist. Diese Grundsätze konfuzianischer Ethik sind ebenfalls zum Verständnis einiger Maßnahmen der KPCh zur Legitimitätsherstellung und –sicherung sowie des Gesamtzusammenhangs unverzichtbar.

2.1 Linz' Typologie totalitärer und autoritärer Regime

Autoritäre Regime sind zuallererst Systeme diktatorischer Herrschaft. Gewaltenteilung besteht in autoritären Regimen im Gegensatz zu *Demokratien* eher formal, was eine strukturelle Zentralisierung von Macht begünstigt. Autoritäre und *totalitäre Regime* wiederum lassen sich laut Linz hinsichtlich ihrer Legitimitätsgrundlage voneinander abgrenzen, wobei letztere sich auf traditionale beziehungsweise persönliche Herrschaft stützen. In totalitären Regimen ist das Verhältnis zwischen der politischen Führung und den von ihr Beherrschten geprägt von einer hierarchischen Gewaltausübung, was bedeutet, dass der Machterhalt der Eliten zuungunsten einer potenziellen Opposition an vorderster Stelle steht. Politische Partizipation wird gezielt unterbunden, Andersdenkende werden unterdrückt und durch Repression an der Verbreitung ihrer von der offiziellen Linie abweichenden Meinung gehindert.

Juan Linz grenzt autoritäre Regime explizit von totalitären und demokratischen Regierungen ab und betont, dass es sich bei Autokratien keineswegs um eine Mischform, sondern um einen eigenständigen Systemtyp handelt.¹⁶ Linz erstellt Kriterien für die Unterscheidung der Typen, die sich auf die „Art der Machtausübung, Organisationsformen, Glaubens- und Wertsysteme, die Verbindung von staatlicher Macht und gesellschaftlicher Sphäre sowie auf die Rollenzuweisung der Bevölkerung im politischen Prozeß“¹⁷ beziehen. In dieses Konzept werden ausdrücklich weder Ergebnisse noch Ziele oder Legitimation staatlichen Handelns einbezogen. Vielmehr beschreibt Linz drei zentrale Kennzeichen autoritärer Regime.

Das erste und wichtigste Merkmal autoritärer Regime ist *begrenzter Pluralismus*. Dieser zielt darauf, die Handlungsspielräume der Bevölkerung und insbesondere einer möglichen Opposition einzuschränken und auf diese Weise zur Stabilisierung des Systems beizutragen. Politische Partizipation findet in autoritären Staaten somit innerhalb der vom Regime gesteckten Grenzen statt. Eine *Depolitisierung* anstelle einer breiten Mobilisierung soll ebenfalls Systemstabilität gewährleisten. Mit dem Bedeutungsverlust der Ideologie und der Entpolitisierung eng verbunden sind laut Linz auch *Mentalitäten*: „Ideologien sind Reflexionen, Mentalitäten psychische Prädispositionen, erstere sind fest umrissen und kodifiziert, letztere funktionieren formlos.“¹⁸

¹⁶ Vgl. Linz, Juan J. (1996): *Autoritäre Regime*, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. München: Piper Verlag, S. 40.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

Als pragmatischere Variante einer ausformulierten Ideologie spielen sie ebenfalls eine entscheidende Rolle: Zwar schwindet dadurch die Identifikation der Bürger mit dem System, jedoch geschieht dies wiederum zugunsten einer erhöhten Stabilität auf Grund fehlender Mobilisierung. Linz beschreibt zudem „allgemeine Werte wie Patriotismus, Nationalismus, Modernisierung, Ordnung“¹⁹ als Wegbereiter eines politisch-ideologischen Pragmatismus autoritärer Regime hinsichtlich der Instrumentalisierung von Weltanschauungen.

Linz selbst räumt ein, dass es sich bei den von ihm aufgestellten Kriterien lediglich um idealtypische Indikatoren handelt.²⁰ In einer später von Linz entwickelten differenzierteren Klassifikation zur besseren Erfassung und Einordnung realer Regime definiert er systematisch sieben Typen autoritärer Regime.²¹ Entlang dieser Unterscheidung lässt sich die gegenwärtige VR China am ehesten als *posttotalitäres autoritäres Regime* erfassen. Posttotalitäre autoritäre Regime sind gekennzeichnet durch (1) die Abwendung von utopischen Zielen, (2) die Marginalisierung der einstmals legitimierenden Ideologie in Verbindung mit Demobilisierung, (3) eine Pluralisierung sämtlicher Lebensbereiche abgesehen von der politischen Sphäre sowie (4) einen bürokratischen Führungsstil.

Anhand der drei bereits oben beschriebenen Merkmale autoritärer Regime grenzt Linz posttotalitäre Regime von diesen ab. Hinsichtlich der *Pluralismus-Dimension* stellt Linz für posttotalitäre Regime fest, dass es „[i]m Gegensatz zu einem autoritären Regime [...] *keinen* relativ autonomen, wenn auch beschränkten Pluralismus auf politischem Gebiet“²² gibt. Dieser Umstand wird von der Gefahr des Entstehens einer „zweiten Kultur“ beziehungsweise Parallelkultur und somit Opposition begleitet. In Bezug auf die *Ideologie-Dimension* prognostiziert Linz eine Verschiebung der Prioritäten in posttotalitären Regimen: „Die Entideologisierung posttotalitärer Regime und die Abschwächung des Glaubens an die Utopie als Legitimierungsbasis führen schließlich dazu, daß das Regime versucht, sich auf der Basis von Leistungskriterien zu legitimieren.“²³ Dies ist gleichbedeutend mit einer potenziellen Schwächung des posttotalitären Systems, da es bei mangelnder *Effektivität* verwundbar für Angriffe einer möglichen Opposition wird, was bei ausreichender Stärke auch einen Systemwandel zur Folge haben kann.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. ebd.: S. 42.

²¹ Linz, Juan J. (2009): *Totalitäre und autoritäre Regime*. Reihe Potsdamer Textbücher, Bd. 4. 3., überarb. und ergänzte Aufl. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, S. 146ff.

²² Linz, Juan J. (2009): S. 247; Hervorhebung des Autors.

²³ Ebd.: S. 251.

Für die *Mobilisierungs-Dimension* beschreibt Linz den Bedeutungsverlust ehemaliger Parteiorganisationen:

„In posttotalitären Regimen dominieren zwar noch jene Institutionen, die vom Regime zur Mobilisierung geschaffen worden waren. Allerdings haben sie ihre Intensität verloren. Die Mitgliedschaft ist immer noch generell und auch obligatorisch, doch erzeugt sie eher Langeweile als Enthusiasmus.“²⁴

Als zusätzlich problematisch dürfte sich in diesem Zusammenhang erweisen, dass eine bei mangelnder Leistung der Politik häufig verbreitete Flucht ins Private zu neuerlicher Dynamik und Opposition beitragen kann.

Alle drei Dimensionen sind mit der Gefahr verbunden, dass sich die im Posttotalitarismus dominante Partei bei Nichteinhaltung ihrer sozio-ökonomischen Versprechen mit einer Opposition konfrontiert sehen könnte. Auch wenn diese über kein eigenes Programm verfügen sollte, würden dennoch Alternativen eine Option für enttäuschte Teile der Bevölkerung, was der Partei unweigerlich Legitimität entziehen würde.

Auch wenn Linz den Posttotalitarismus hauptsächlich auf die Sowjetunion nach der Entstalinisierung bezieht²⁵, so lassen sich doch diverse Parallelen zur VR China nach der Mao-Ära feststellen, die eine Zuordnung in diesen Typus erlauben.

Ein wichtiges Merkmal bilden Veränderungen *innerhalb* des Systems, die ihrerseits einen Wandel *des* Systems vom Totalitarismus zum Autoritarismus bewirken. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass das totalitäre Erbe in Teilen bestehen bleibt, zumal sich bestimmte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen zwar wandeln, jedoch nicht ganz verschwinden.²⁶ „Außerdem bedingen die Erinnerungen an die schlimmsten Erscheinungen der totalitären Phase, wie Terror und Säuberungen, die Handlungen der politischen Akteure und beeinflussen damit auch eine Entwicklung dieser Systeme.“²⁷ Diese Repressions- und Terrormaßnahmen lassen sich für die VR China in den Kampagnen des „Großen Sprung nach vorn“ (1958-1961) sowie der Kulturrevolution (1966-1976) mit ihren für große Teile der chinesischen Bevölkerung verheerenden und traumatisierenden Auswirkungen finden. Augenfällige Parallelen zur VR China finden sich ebenfalls in den folgenden, von Linz abermals auf die Sowjetunion bezogenen Ausführungen:

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd.: S. 227f.

²⁶ Vgl. ebd.: S. 228.

²⁷ Ebd.

„Der Wunsch nach Sicherheit erklärt allerdings auch die erneute Betonung der Führungsrolle der Partei und sogar deren Reaktivierung. Dies wurde zu einer Legitimationsquelle für die Führung [...]. Um stabil zu sein, kann der Posttotalitarismus nur selektiv und graduell das totalitäre Erbe zurückweisen.“²⁸

Der Prozess des Übergangs zum posttotalitären Staat, oftmals als Liberalisierung bezeichnet, ist geprägt von der Entstehung gesellschaftlicher Interessengruppen und deren begrenzter, aber durchaus vorhandener Einflussnahme auf die politische Entscheidungsfindung.²⁹

Trotz dieser Entwicklung des politischen Systems gelang es der Führung der VR China bis heute, ihre Legitimität und somit auch die Systemstabilität aufrechtzuerhalten oder nach Krisen wiederzuerlangen:

„Es gibt ein großes Land, das bisher nicht eine Transition zur Demokratie erfahren hat, obwohl wir zugleich einige beachtliche Liberalisierungen beobachten konnten: die Volksrepublik China. Meiner Meinung nach kann das Regime immer noch als posttotalitär kommunistisch bezeichnet werden.“³⁰

Linz beschreibt zwei Pfade, die vom Totalitarismus in den Posttotalitarismus führen: „*Posttotalitarismus durch Wahl*“ und „*Posttotalitarismus durch Verfall*“³¹. Für die VR China können beide Pfade beobachtet werden, wobei letzterer stärker scheint. Eine für das Eintreten des ersten Pfades erforderliche Einschränkung von Machtbefugnissen der politischen Führung hat nicht stattgefunden, jedoch lässt sich eine verminderte Rolle von Terror und Repression feststellen: „Posttotalitäre Regime beseitigten die schlimmsten Aspekte der Repression, erhielten aber gleichzeitig die meisten Kontrollmechanismen aufrecht.“³² Der Pfad eines „Posttotalitarismus durch Verfall“ ist eindeutiger nachzuzeichnen, da die Bürokratisierung und die verminderte Bedeutung der ehemals marxistisch-leninistischen Ideologie offenkundig sind.

Hinsichtlich der Legitimität posttotalitärer autoritärer Regime stellt Linz fest, dass diese im Gegensatz zu totalitären, demokratischen sowie auch in bestimmten Fällen autoritären Regimen nicht auf eine „genetische Legitimität“ seitens ihrer Unterstützer zurückgreifen können.³³

²⁸ Ebd.: S. 231.

²⁹ Vgl. ebd.: S. 232.

³⁰ Ebd.: S. XLI.

³¹ Vgl. ebd.: S. 252.

³² Ebd.: S. 255.

³³ Vgl. ebd.: S. 254f.

Linz geht damit, ähnlich wie Beetham, davon aus, dass die Legitimität von Autokratien im Allgemeinen und posttotalitären autoritären Regimen im Besonderen keinen Widerspruch in sich darstellt, sondern zu Machtgewinnung und –erhalt notwendigerweise dazugehört.

2.2 Beethams „Sozialwissenschaftliches Konzept der Legitimität“ als Analysebasis

David Beetham zufolge liegt das sozialwissenschaftliche Interesse in „identifying the empirical consequences that legitimacy has for the character of power relations, for the different ways in which they are organised, and for the extent to which the powerful can actually count on the obedience or support of those subordinate to them“³⁴. Deshalb hat er den Anspruch, ein Konzept bereitzustellen, das in der Lage ist, den Grad an Legitimität in gegebenen Machtkonstellationen zu erfassen.

Das von Beetham in den frühen 1990er Jahren entwickelte Konzept eignet sich daher aus zweierlei Gründen zur Analyse der Aktivitäten der Legitimitätspolitik der KPCh. Erstens ist Beethams Konzept nicht auf *demokratische* Machtverhältnisse begrenzt, weil diese als Teilmenge aller Machtverhältnisse angesehen werden können. Somit unterscheidet es nicht *a priori* zwischen demokratischer und autokratischer Legitimität. Zweitens definiert Beetham jeweils spezifische rechtliche, philosophische und sozialwissenschaftliche Anforderungen an die Analyse von Legitimität: „Legitimacy for social scientists is always legitimacy-in-context, rather than absolutely, ideally or abstractly.“³⁵ Basierend auf diesen Überlegungen entwickelt Beetham ein mehrdimensionales Konzept mit drei Ebenen, auf denen Legitimität analysiert werden kann.³⁶

<i>Dimension:</i>	Kriterium für Legitimität	Form nicht-legitimer Macht
<i>Regeln</i>	≈ Legalität, Regelkonformität; Regeln müssen für alle gelten	Illegitimität; Verletzung der Regeln
<i>Überzeugungen</i>	Vertretbarkeit von Regeln in Bezug auf gemeinsame Überzeugungen	Legitimationsdefizit; Diskrepanz zwischen Regeln und Überzeugungen
<i>Zustimmung der Beherrschten</i>	Legitimation durch ausdrückliche Zustimmung	Delegitimierung; Widerruf der Zustimmung

Tabelle 1: eigene Darstellung nach Beetham (1991), S. 20

³⁴ Beetham, David (1991): *The Legitimation of Power*. Houndmills: Macmillan, S. 5.

³⁵ Ebd.: S. 14.

³⁶ Vgl. ebd.: S. 14-20.

Beetham definiert legitime Herrschaft folgendermaßen: „Where power is acquired and exercised according to justifiable rules, and with evidence of consent, we call it rightful or legitimate.“³⁷ Die drei Dimensionen von Beethams Legitimitätskonzept umfassen somit *Regeln, Überzeugungen* und *Zustimmung der Beherrschten*, wie Tabelle 1 veranschaulicht. Für jede Dimension sind sowohl Kriterien für Legitimität als auch dazu analoge Formen nicht-legitimer Macht definiert. Legitime Macht wird demnach *erstens* durch ihre Übereinstimmung mit festgelegten Regeln charakterisiert, wobei Legalität allein nicht ausreichend ist. Vielmehr müssen diese Regeln *zweitens* unter Bezugnahme auf gemeinsame Überzeugungen begründet werden. Vollständige Legitimation wird *drittens* erst durch die manifeste oder symbolische Zustimmung der Untergebenen erreicht. Diese Zustimmung der Beherrschten kann dem Konzept nach nur erlangt werden, wenn die erste Dimension erfüllt ist und die bestehenden Regeln für alle von ihnen Betroffenen gelten. Ansonsten käme Zustimmung einer Selbstentmündigung gleich. Nur durch die Erfüllung aller drei Bedingungen ist die Legitimität von Macht vollständig gewährleistet. Gemäß dieser Legitimitätskriterien beschreibt Beetham *Illegitimität*, ein *Legitimationsdefizit* und *Delegitimierung* als Formen nicht-legitimer Macht.

Auch wenn Gesellschaften sich in Raum und Zeit voneinander unterscheiden, haben sie dennoch etwas gemeinsam: „It is these common features – of human beings as rational moral agents seeking to ensure that their social relations and arrangements meet their needs and conform to their moral sense – that provide the underlying structure to legitimacy everywhere.“³⁸ Die Analyse von Legitimität kann daher beispielsweise Erklärungen dafür liefern, welche Erwartungen Menschen in einem bestimmten Kontext an Machtverhältnisse haben und warum.³⁹ Für Beetham besteht eine Verbindung zwischen der *Effektivität* der Herrschaftsausübung und „the ability of the powerful to achieve their goals because of the quality of performance they can secure from those subordinate to them“⁴⁰. Weil ein Legitimitätsverlust die Herrschenden dazu zwingen kann, Ressourcen in ihren Machterhalt zu investieren, gilt es ebenfalls zu beobachten, welchen „effect a lack of legitimacy has on the *degree* of cooperation“⁴¹. Somit sind Ursachen und Folgen bürgerlichen Ungehorsams ebenfalls von Bedeutung und in Untersuchungen einzubeziehen.⁴²

³⁷ Ebd.: S. 3.

³⁸ Ebd.: S. 22.

³⁹ Vgl. ebd.: S. 5.

⁴⁰ Ebd.: S. 33.

⁴¹ Ebd.: S. 28; Hervorhebung des Autors.

⁴² Vgl. ebd.: S. 7.

2.3 Konfuzianische Ethik

„Die mächtigste Strömung im philosophischen Denken Chinas ist der Konfuzianismus.“⁴³

Diese Einschätzung des Philosophen und Politikwissenschaftlers Henning Ottmann unterstreicht die Bedeutung der konfuzianischen Ethik sowohl für die VR China als auch die KPCh, da diese Philosophie tief im kollektiven Gedächtnis der chinesischen Bevölkerung verwurzelt ist. Aus diesem Grund und zur besseren Verständlichkeit der Maßnahmen der KPCh, bei denen auf konfuzianische Tugenden zurückgegriffen wird, werden im Folgenden zentrale Begriffe und Denkmuster des Konfuzianismus skizziert.

Die Schriften des Philosophen Konfuzius wurden als gesammeltes Werk mit ergänzenden Kommentaren veröffentlicht.⁴⁴ Der nach ihm benannte Konfuzianismus ist ein in der Han-Zeit⁴⁵ entstandenes Ordnungssystem und bildete die „politisch-ethisch-religiöse Grundlage des traditionellen chinesischen Kaiserstaates“⁴⁶. Diese Stellung ist gleichbedeutend mit einer offiziellen Staatsphilosophie.⁴⁷ Seither dienten Konfuzius und seine Lehren über alle Zeiten hinweg als Rechtfertigung politischer Maßnahmen, wobei das Verhältnis der jeweiligen Herrscher, auch derjenigen der KPCh, ihnen gegenüber äußerst ambivalent war.

Der Konfuzianismus ist eine Mischung aus Denkmustern, Wertvorstellungen und sprachlichen Konventionen, die über die Jahrhunderte gewachsen ist. Die konfuzianische Ethik als Basis des alltäglichen Lebens beschreibt einen „sozialen Verhaltenskodex“⁴⁸. Zu diesem Zweck definiert sie fünf Hauptbeziehungen: zwischen Herrscher und Untertan, Vater und Sohn, Mann und Frau sowie Beziehungen zu Geschwistern und Freunden.⁴⁹ Innerhalb dieser Beziehungen spielen die von Konfuzius behandelten Tugenden eine Rolle, die von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft über Ehrfurcht und Respekt bis zu Vertrauen reichen: „Humanität und Riten galten als die Kerngedanken bei Konfuzius und standen daher im Mittelpunkt aller Auseinandersetzungen.“⁵⁰

⁴³ Ottmann, Henning (2010): S. 388.

⁴⁴ Vgl. Kissinger, Henry (2011): S. 28.

⁴⁵ Die Han-Dynastie regierte zwischen 206 v. Chr. und 220 n. Chr. das damalige Kaiserreich China.

⁴⁶ Staiger, Brunhild (1990): Das Konfuzius-Bild in China, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 138.

⁴⁷ Vgl. Kissinger, Henry (2011): S. 28.

⁴⁸ Kissinger, Henry (2011): S. 29.

⁴⁹ Vgl. Wang, Xinyang (1990): Zu den Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen Systems in China auf die konfuzianische Ethik, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 287; als Fußnote.

⁵⁰ Staiger, Brunhild (1990): S. 145.

Seine Humanitätslehre wird mit Fortschrittlichkeit verbunden und sein Konservatismus auf seine Ablehnung des Verfalls der Riten bezogen. Je nach Interpretation gelten Humanität respektive Riten als Inhalt des jeweils anderen. Der Konfuzianismus trug demnach auch zum Entstehen einer innerchinesischen, säkularen Wertegemeinschaft bei: „Auf diese Weise wurde der konfuzianische Kanon zu Chinas Bibel und Verfassung zugleich.“⁵¹ In diesem Zusammenhang ist ein Vergleich mit den monotheistischen Religionen nahelegend, die ihrerseits über lange Zeit nicht nur das individuelle Verhalten bestimmten, sondern auch jegliches gesellschaftliche Miteinander regelten. Dennoch sind auch signifikante Unterschiede vorhanden: „Die Chinesen kannten keinen Schöpfungsmythos. Ihr Universum wurde von ihnen selbst geschaffen, und ihre Werte waren für sie chinesischen Ursprungs, auch wenn sie diese für universell anwendbar hielten.“⁵² Demnach ergibt sich für den Konfuzianismus eine Orientierung am Diesseits anstelle der christlichen, jüdischen oder islamischen Heilsversprechen, die die Gläubigen auf das Jenseits verträsten. Die konfuzianische Diesseitigkeit drückt sich bereits im Aufbau der Gemeinschaft aus. „Konfuzius predigte eine hierarchische Gesellschaftsordnung: Die wichtigste Pflicht war, ‚seinen Platz zu kennen‘.“⁵³ Kollektiv und Gemeinschaft stehen im Gegensatz zum Individuum der westlichen Neuzeit im Vordergrund von Konfuzius’ Ausführungen, wie Ottmann bemerkt:

„Aber die neuzeitliche Entwicklung des westlichen Denkens ist durch den Siegeszug des Individualismus und durch die Ablösung vom Paternalismus gekennzeichnet. Ein Individualismus, wie er die westlichen Vertragstheorien kennzeichnet, entsteht in China nicht.“⁵⁴

Die bis heute fehlende Rechtssicherheit lässt sich auf die schwache Ausprägung formalrechtlicher Regeln zugunsten persönlicher Beziehungen zurückführen: „Anders als etwa in der Aristotelischen *Politik* wird eine Trennung von Familie und Staat, von Haus und Stadt nicht vollzogen. Allenfalls greift die Pietät über in den politischen Raum, wo sie als Loyalität gegenüber dem Herrscher wirkt.“⁵⁵ Gemäß der konfuzianischen Lehre müssen Herrscher sowohl ihre Macht sichern als auch die Zukunft gestalten: „Reiche haben Bestand, wenn Repression durch Konsens ersetzt wird.“⁵⁶

⁵¹ Kissinger, Henry (2011): S. 28.

⁵² Ebd.: S. 27.

⁵³ Ebd.: S. 28.

⁵⁴ Ottmann, Henning (2010): S. 389.

⁵⁵ Ebd.; Hervorhebung des Autors.

⁵⁶ Kissinger, Henry (2011): S. 26.

Politische Stabilität und gesellschaftliche Harmonie verkörpern somit zwei zentrale Säulen der konfuzianischen Philosophie.⁵⁷ Der Kaiser als oberster Herrscher vereint politische und metaphysische Funktionen in sich. Bei untugendhaftem Verhalten kommt es deshalb zu einer Disharmonie des gesamten Universums:

„Wenn er von diesem Pfad der Tugend abwich, verfiel Alles unter dem Himmel dem Chaos. [...] Die regierende Dynastie hatte dann offenbar das ‚Mandat des Himmels‘ verloren, dem sie das Recht zu regieren verdankte. Unvermeidlich brachen Aufstände aus, und eine neue Dynastie stellte die Harmonie des Universums wieder her.“⁵⁸

Derartige, sich abwechselnde Phasen von Ordnung und Chaos sind Bestandteil der konfuzianischen Lehre und werden auch als „Akt der Reinigung“⁵⁹ beschrieben.

Auch wenn der Konfuzianismus heutzutage nicht mehr seine einstige dominante Rolle einer „Staatsideologie“⁶⁰ innehat, so ist seine Bedeutung für die chinesische Gesellschaft nicht zu unterschätzen. Obwohl sie durch die offizielle marxistisch-leninistische Doktrin überlagert wurden, besitzen Konfuzius' Lehren weiterhin Relevanz für das Alltagsleben der chinesischen Bevölkerung und können daher auch von der KPCh nicht ignoriert werden. Im Gegenteil erfolgt seitens des chinesischen Einparteien-Regimes sogar deren Instrumentalisierung nach entsprechender Anpassung, teilweise gar Verzerrung. Die Haltung der KPCh gegenüber konfuzianischer Philosophie hat sich beständig gewandelt, wobei dies kein auf die Zeit seit der Gründung der VR China beschränktes Phänomen ist: „Die Hochschätzung des Konfuzianismus und die Abkehr von ihm kehren in der Geschichte Chinas regelmäßig wieder.“⁶¹

Für die VR China lassen sich jedoch drei Phasen bezüglich der Rolle des Konfuzianismus ausmachen, von denen jede ihre „eigene, klar erkennbare und in den politischen Umständen der Zeit verwurzelte politische Ausrichtung aufweist“⁶²: die Mao-Ära von 1949-1964, die Zeit der Kulturrevolution zwischen 1965 und 1976 sowie die seit 1977 andauernde Reformära. Die KPCh sowie Gelehrte entwickelten sowohl in der Mao-Periode als auch während der Reformära eine Haltung gegenüber dem Konfuzianismus, die mit „kritischer Erbfolge“ bezeichnet wird.

⁵⁷ Vgl. Chang, King-Yu (1990): Der Konfuzianismus in der Republik China und seine Rolle bei den Reformen auf dem Festland, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 265.

⁵⁸ Kissinger, Henry (2011): S. 29.

⁵⁹ Heberer, Thomas (2008): S. 26.

⁶⁰ Chang, King-Yu (1990): S. 265.

⁶¹ Ottmann, Henning (2010): S. 369.

⁶² Chang, King-Yu (1990): S. 271.

Dieser Terminus beschreibt die Übernahme als nützlich bewerteter konfuzianischer Prinzipien aus der Vergangenheit in die kommunistische Gegenwart bei gleichzeitiger Eliminierung unerwünschter Elemente.⁶³ Seit Beginn des neuen Jahrtausends hat sich die Haltung des chinesischen Einparteien-Regimes dem Konfuzianismus gegenüber erneut verändert: „Nun wurde er verantwortlich gemacht für den exzessiven Staatsinterventionismus, für die grassierende Vetternwirtschaft und die mangelnde Innovationsbereitschaft.“⁶⁴ Der sich ausdehnende Nepotismus wurde auf eine Übersteigerung der konfuzianischen Tugend der Hilfsbereitschaft zurückgeführt.⁶⁵ Ab diesem Zeitpunkt waren konfuzianische Lehren von offizieller Seite wieder hauptsächlich negativ konnotiert.

Das Verhältnis von *Marxismus-Leninismus* und *Konfuzianismus* zueinander wird darüber hinaus auch in wissenschaftlichen Debatten verschiedenster Disziplinen kontrovers bewertet.

So benennen beispielsweise die beiden Finanzwissenschaftler Guy Kirsch und Klaus Mackscheidt diverse Parallelen, aber auch Unterschiede zwischen Marxismus und Konfuzianismus: „Wie der Konfuzianismus, geht der Marxismus von einer den Dingen innewohnenden Gesetzmäßigkeit aus, welche ihr Sein und ihr Sollen bestimmt“⁶⁶, wobei der Marxismus im Gegensatz zur eher statischen konfuzianischen Philosophie ein dynamisches Ordnungskonzept biete. Außerdem wiesen beide Lehren erzieherische oder gar strafende Absichten auf, welche durchaus als moralisierend bezeichnet werden könnten. Drittens hätten Marxismus wie Konfuzianismus eine hierarchisch geordnete Gesellschaft zum Ideal, „in welcher von oben nach unten Autorität und Umsorgung, von unten nach oben Gehorsam und Loyalität strömen“⁶⁷. Eine derartige vertikale Ordnung solle für Stabilität anstelle von Chaos sorgen.

Diese Gemeinsamkeiten führen Kirsch und Mackscheidt zu der Annahme, dass der Konfuzianismus als die ältere der beiden Denkschulen bis heute eine größere Relevanz für das Alltagsleben der chinesischen Bevölkerung habe und tiefer verwurzelt sei als es der Marxismus je war oder sein wird:

⁶³ Vgl. ebd.: S. 274.

⁶⁴ Ottmann, Henning (2010): S. 400.

⁶⁵ Vgl. Wang, Xinyang (1990): S. 287.

⁶⁶ Kirsch, Guy/Mackscheidt, Klaus (1990): Die chinesische Wirtschaftsreform – Ordnungspolitik in einem konfuzianischen Land, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 427.

⁶⁷ Ebd.: S. 428.

„Wohl ist richtig, daß unter Berufung auf Karl Marx und Friedrich Engels die kommunistische Partei Chinas aus den Revolutionswirren als Siegerin hervorgegangen und damit zur gestaltenden Potenz des Landes geworden ist. Daraus den Schluß zu ziehen, daß damit auch marxistisch-kommunistische Ordnungsvorstellungen zur prägenden Kraft geworden sind, wäre irrig.“⁶⁸

Durch die Gemeinsamkeiten marxistisch-leninistischer Doktrin und konfuzianischer Lehre hinsichtlich des Vorrangs des Kollektivs vor dem Individuum sowie dem Ideal einer hierarchisch organisierten Kontrolle des Sozialen sei insbesondere die Verankerung dieser beiden Elemente für die KPCh nach der Machtübernahme leicht zu legitimieren gewesen.⁶⁹ Kirsch und Mackscheidt plausibilisieren ihre Hypothese, wonach der Marxismus auch „als eine Sprachmaske, unter welcher der Konfuzianismus weiterlebte“⁷⁰, betrachtet werden kann. So sei bemerkenswert, dass erst durch die Machtübernahme der KPCh wieder Ordnung in ein von Revolutionswirren geprägtes Land einkehrte. Anders als liberale oder orthodoxe Politikentwürfe weise der Marxismus eine dem Konfuzianismus ähnliche Struktur auf, wenn auch die Inhalte variierten. Zudem richte er sich „als Revolutionstheorie in wünschenswertem Ausmaß gegen die alten Verhältnisse“⁷¹. Der Marxismus sei Symbol des neuen Regimes, „weil er hinreichend konfuzianisch war und sich hinreichend revolutionär gab“⁷².

„Der Marxismus-Leninismus und der Konfuzianismus sind grundsätzlich unvereinbar.“⁷³ Diese Aussage des Politologen King-Yu Chang ist konträr zur Einschätzung Kirschs und Mackscheidts und beruht auf der Einschätzung, dass der Konfuzianismus die *Moral* als Basis aller zwischenmenschlichen Beziehungen sowie gesellschaftliche Harmonie betont, während der Kommunismus den *Klassenkampf* in den Vordergrund stellt und die „Diktatur des Proletariats“ in Form einer Einheitspartei propagiert.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit von *Demokratie* und *Konfuzianismus* fällt die Bewertung, zu der Ottmann kommt, ähnlich schlecht aus. Der ökonomische Wandel und der durch ihn ermöglichte wachsende Wohlstand könnten laut Ottmann durchaus Ausgangspunkte für Demokratisierungsbestrebungen in der VR China sein:

⁶⁸ Ebd.: S. 425.

⁶⁹ Vgl. Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 6.

⁷⁰ Kirsch, Guy/Mackscheidt, Klaus (1990): S. 426.

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd.: S. 427.

⁷³ Chang, King-Yu (1990): S. 276.

„Das Argument, Wachstum könne es auch und gerade unter autoritären Regierungen geben, könnte sowieso nur als eine Ideologie für Entwicklungsphasen gelten, nicht aber für Zeiten, in denen ein gewisses Niveau des Reichtums bereits erwirtschaftet worden ist. Warum auch dann noch der Bevölkerung eine demokratische Beteiligung an der Herrschaft verwehren?“⁷⁴

Die Antwort auf diese Frage liegt laut Ottmann im konfuzianischen Harmoniedenken begründet. Er sieht darin ein beachtliches Hindernis für eine mögliche Demokratisierung: „Es scheint zu einer demokratischen Politik, die an einer offenen Austragung von Konflikten interessiert sein muß, nicht zu passen. Auch scheint die traditionell starke Gemeinschaftsorientierung eine Konzeption *vorstaatlicher* Rechte nicht zuzulassen.“⁷⁵

Wie eben dieses konfuzianische Harmoniedenken seitens der KPCh zur Legitimitätsbeschaffung instrumentalisiert wird sowie weitere Maßnahmen des Einparteien-Regimes werden im folgenden Kapitel ausführlich dargestellt.

3 Aktivitäten der KPCh zur Herstellung und Wiedererlangung von Legitimität

Der Chinawissenschaftler Oskar Weggel diagnostizierte Ende der 1980er Jahre eine Krise der VR China, die bereits zu Beginn des Jahrzehnts begonnen hatte und drei zentrale Bereiche des Politischen umfasste: „eine Loyalitäts- (gegenüber der KP-Bürokratie), eine Glaubens- (gegenüber dem Mao Zedong-Denken) und eine Vertrauenskrise (in die Zukunft)“⁷⁶, wobei insbesondere die Lehren Maos durch die Kulturrevolution in Misskredit geraten waren. Doch auch nach der schweren Legitimationskrise 1989 infolge der Studentenproteste im Innern sowie der politischen Umbrüche auf internationaler Ebene kam es immer wieder zu Spannungen, die die KPCh in Bedrängnis und Erklärungsnot brachten und unter Handlungsdruck setzten. Daraus entstanden jedoch verschiedenste Impulse für Maßnahmen zur Wiedererlangung verlorener Legitimität und somit zur Restabilisierung des Systems.

Die in diesem Kapitel aufgeführten Beispiele illustrieren die wichtigsten Elemente der Legitimationsstrategien der KPCh, die sich erkennbar auf die drei von Weggel angesprochenen Politikbereiche beziehen. Maßgeblichen Einfluss haben zum einen reale Zugeständnisse an die Bevölkerung im Rahmen *institutionellen Wandels*.

⁷⁴ Ottmann, Henning (2010): S. 400.

⁷⁵ Ebd.: S. 399; Hervorhebung des Autors.

⁷⁶ Weggel, Oskar (1990): Zwischen Marxismus und Metakonfuzianismus: China auf dem Weg zur „Renormalisierung“, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 490.

Zum anderen dienen *Ideologie und Propaganda* zur Herstellung und Wiedererlangung von Legitimität. Diese gehen häufig mit sinn- und legitimitätsstiftenden *Narrativen* einher. Bei all diesen Aktivitäten ist der zusätzliche Verweis der KPCh auf Erfolge des sozio-ökonomischen Systems von Bedeutung, um politische Entscheidungen oder das Fehlverhalten einzelner Repräsentanten des Staates zu rechtfertigen und auf diese Weise das System als Ganzes zu legitimieren. Von offizieller Seite werden in verschiedenster Art Verbindungen zwischen sozio-ökonomischer Realität und politischem System hergestellt.

3.1 Durch Legitimitätskrisen begründeter institutioneller Wandel nach 1989

Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der Herrschaft der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) stellten einen tiefen Einschnitt für den weltweiten Kommunismus dar, verbunden mit neuerlichen Fragen nach der Legitimität des chinesischen Einparteiens-Regimes. Nahezu zeitgleich sah sich die KPCh mit ihrer größten Legitimitätskrise infolge der Intellektuellen- und Studentenproteste und des daran anschließenden Tian'anmen-Massakers konfrontiert. Im Rahmen dieser sowohl innerstaatlichen wie internationalen Ereignisse entwickelte die KPCh eine Strategie, um derartigen Gefährdungen des bestehenden Systems und somit ihrer Macht künftig schneller begegnen zu können oder sie gar nicht erst aufkommen zu lassen. Der im Folgenden beschriebene institutionelle Wandel seit 1989 ist daher nicht strukturell, sondern vornehmlich durch Legitimitätskrisen begründet.

Der Umgang der KPCh mit dem Zerfall der Sowjetunion und dessen Implikationen für den eigenen Fortbestand bilden den Ausgangspunkt für institutionelle Veränderungsprozesse, die sich zuallererst in der Neuordnung der Entscheidungsstrukturen der KPCh ausdrücken. Das Verhältnis zwischen der Zentralregierung als verlängertem Arm des Parteiapparats und den ihr untergeordneten Verwaltungsebenen ist trotz vieler Kontinuitäten einem deutlichen Wandel unterzogen. Darüber hinaus sind Direktwahlen auf Dorf- und Gemeindeebene von der KPCh nicht nur geduldet, sondern gefördert worden. Dieses Zugeständnis an die demokratischen Bestrebungen der vorrangig ländlichen Bevölkerung ist ebenfalls Teil der Legitimationsstrategie der KPCh.

3.1.1 Umgang mit dem Zusammenbruch der UdSSR

Trotz des eigenen Traumas, bedingt durch die blutigen Tian'anmen-Unruhen, musste die VR China auf die Umbrüche in der UdSSR Ende der 1980er Jahre reagieren. Da es sich bei den Studentenprotesten um einen innerstaatlichen Konflikt handelte, war dieser gegenüber den Entwicklungen auf internationaler Ebene zweitrangig.

In der VR China ging es infolge der Proteste um die Frage, *wie* die KPCh regieren sollte, in der UdSSR hingegen um die grundsätzlichere Entscheidung, *ob* die KPdSU weiterhin alle Macht in sich vereinen sollte.⁷⁷ Michail Gorbatschow, zu dieser Zeit Generalsekretär und Staatspräsident der Sowjetunion, setzte vorrangig auf *glasnost* (politische Reformen) anstelle von *perestroika* (wirtschaftliche Neuordnung), was Fragen nach der Legitimität kommunistischer Herrschaft im Allgemeinen aufwarf. Daher war die Auseinandersetzung mit den Geschehnissen in Osteuropa für den Fortbestand der KPCh sowie der VR China von höchster Bedeutung.

Vonseiten der KPCh erfolgte eine Ablehnung der Reformstrategie Gorbatschows, da aus ihrer Sicht ökonomische Reformen der durchaus benötigten politischen Erneuerung vorausgehen müssten anstatt umgekehrt, wie es in der Sowjetunion durchzusetzen versucht wurde.⁷⁸ Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger benennt die Unvereinbarkeit von *glasnost* und *perestroika* als Hauptgrund für das Ende der Sowjetunion: Gorbatschow gelang es nicht, innere Widerstände zu überwinden, da der starre Verwaltungsapparat der KPdSU die Umsetzung der angekündigten Reformen erschwerte bis unmöglich machte.⁷⁹ Von chinesischer Seite fand daraufhin eine Neudefinition der „Idee der friedlichen Koexistenz“ von Kommunismus und Kapitalismus statt, wobei sich auch der spätere Generalsekretär und Staatspräsident Jiang Zemin für ein Nebeneinander ohne Missionierung des Anderen aussprach: „Wir exportieren die Revolution nicht. Jedes Land muss selbst für sich entscheiden, welches Gesellschaftssystem das Beste für es ist. Der chinesische Sozialismus erwächst direkt aus der Geschichte unseres Landes.“⁸⁰ Diese Aussagen markierten die endgültige Abkehr vom kommunistischen Sendungsbewusstsein und ehemals ehernen Grundsätzen: „Vierzig Jahre nach dem Sieg des Kommunismus in ihrem Land berief sich die chinesische Führung auf eine internationale Ordnung, in der die Ausbreitung politischer Prinzipien über die eigenen Grenzen hinaus [...] abgelehnt wurde.“⁸¹ Dies trug außerdem dazu bei, dass sich die Neokonservativen innerhalb der KPCh in den 1990er Jahren schließlich mit ihrer Forderung nach einer „Umgestaltung der Partei von einer Revolutions- zu einer Regierungspartei“⁸² durchsetzen konnten.

⁷⁷ Vgl. Kissinger, Henry (2011): S. 469.

⁷⁸ Vgl. ebd.: S. 471.

⁷⁹ Vgl. ebd.: S. 470.

⁸⁰ Aussagen Jiang Zemins kurz nach seiner Ernennung zum Generalsekretär der KPCh im November 1989, zitiert in Kissinger, Henry (2011): S. 464.

⁸¹ Ebd.: S. 467.

⁸² Cho, Hyekyung (2005): *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 252.

In der KPCh entbrannte frühzeitig ein „eliteninterner Richtungsstreit über die Gründe des Zusammenbruchs“⁸³ der UdSSR mit zwei Lagern: Deng Xiaoping und seine Gefolgsleute interpretierten den Zerfall der Sowjetunion zugunsten des eigenen Reformkurses, der fortgeführt werden sollte, wohingegen die verbleibenden Maoisten eben dies als destabilisierend auffassten. Die Reformbefürworter machten die „Überdehnung der sowjetischen Militärmacht“ sowie eine bereits vorhandene Stagnation unter Leonid Breschnew in den Jahren zuvor für den Zusammenbruch verantwortlich. Kissinger bezeichnet die Sicht der VR China auf das Ende des Kalten Krieges als „Mischung aus Erleichterung und Furcht“⁸⁴. Zwar war einerseits ein Gegenspieler zerfallen, andererseits wurden die „Parallelen zwischen dem Zerfall der Sowjetunion und ihren eigenen inneren Problemen“⁸⁵ offenbar.

Während die postkommunistischen Staaten Osteuropas sowie Russland einen Bruch mit ihrem alten sowohl politischen als auch ökonomischen System vollzogen, der im Falle Russlands durchaus als „Schocktherapie“⁸⁶ bezeichnet werden kann, geschah in der VR China nichts dergleichen. Da die KPCh bereits mehr als ein Jahrzehnt zuvor umfassende marktwirtschaftliche Reformen eingeläutet hatte, wurde dieser Kurs schlicht fortgesetzt. Ein der ökonomischen Transformation zumindest idealtypisch vorgelagerter politischer Wandel hin zu einer Demokratie erfolgte nicht. Doch eben diese phasenweise Transformation sowie der Machterhalt der KPCh verstärkten ihr Legitimationserfordernis und setzten dadurch das chinesische Einparteien-Regime unter Rechtfertigungszwang. Dennoch stellte sich die weitverbreitete „Prognose, dass das kommunistische Regime der VR China, den anderen osteuropäischen sozialistischen Ländern folgend, in sich zusammenbrechen würde“⁸⁷, zu diesem Zeitpunkt als falsch heraus.

Der externe Druck auf die KPCh erhöhte sich jedoch erneut, als der damalige US-Präsidentschaftskandidat Bill Clinton im Wahlkampf 1992 für die VR China ein ebensolches Ende prophezeite, wie es die Sowjetunion erlebt hatte. Die Beschleunigung eines Zerfallsprozesses und der demokratische Missionierungsdrang der Clinton-Administration wurden von der KPCh als Bedrohung und „Konzept zur dauerhaften Schwächung“⁸⁸ aufgefasst. Die USA strebten an, die VR China nach erfolgreichen Reformen die Integration in den Weltmarkt zu ermöglichen:

⁸³ ten Brink, Tobias (2013): S. 137.

⁸⁴ Kissinger, Henry (2011): S. 471.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Cho, Hyekyung (2005): S. 14.

⁸⁷ Ebd.: S. 10.

⁸⁸ Kissinger, Henry (2011): S. 475.

„Die chinesische Führung verstand die Verlautbarungen der Regierung Clinton als kapitalistischen Versuch, die kommunistischen Regierungen auf der ganzen Welt zu stürzen.“⁸⁹ Doch die KPCh rechnete nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion keinesfalls mit einer dauerhaften Hegemonie der USA. Vielmehr strebte die chinesische Führung um Jiang „eine Welt mit mehreren Machtzentren“⁹⁰ an, um Amerika die Stirn zu bieten. Insbesondere die schiere Größe der Einwohnerzahl sowohl der VR China als auch Indiens und der islamischen Welt sprach aus chinesischer Sicht gegen ein weltumspannendes Machtmonopol der USA. Jiangs Strategie hatte daher zwei Hauptziele, die einerseits in der internationalen Integration der VR China verbunden mit Vertrauensbeschaffung, andererseits in der Lösung innerstaatlicher Probleme bestanden:

„Jiang war Kosmopolit genug, um zu erkennen, dass China besser daran tat, seine politischen Interessen *innerhalb* des Rahmens einer internationalen Gemeinschaft umzusetzen, anstatt auf die Unnahbarkeit oder die schiere Dominanz des Reiches der Mitte zu setzen.“⁹¹

Eine starke VR China könne dadurch auch zu größerem Gleichgewicht in der Welt beitragen. Die Überwindung der internationalen Isolation durch Weltmarktintegration war fortan die Losung für die Politik der nächsten Jahre: „Die chinesische Führung war auf diese Weise bestrebt, nicht das Schicksal ihres kommunistischen Gegenparts, der Sowjetunion, teilen zu müssen.“⁹² Gewissermaßen im Nachhinein wurde zu Beginn des neuen Jahrtausends die fehlende Weltmarktintegration der UdSSR für deren Scheitern verantwortlich gemacht, was gleichzeitig der Legitimierung des eigenen Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) dienlich war.⁹³ Darüber hinaus sollte sich die Fokussierung auf nationalen Fortschritt und die Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung in einem neuen Nationalismus niederschlagen, der ebenfalls durch die KPCh zur Legitimierung instrumentalisiert wurde und wird.⁹⁴

Für die KPCh ergab sich aus ihrer Analyse des Zusammenbruchs der UdSSR die Implikation zur Neuordnung der Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den ihr unterstellten Verwaltungsebenen. Die damit verbundenen „Rezentralisierungstendenzen“ werden nachfolgend skizziert und analysiert.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.: S. 477.

⁹¹ Ebd.: S. 462; Hervorhebung des Autors.

⁹² Ebd.: S. 462f.

⁹³ Vgl. ten Brink, Tobias (2013): S. 137f.

⁹⁴ Auf diesen Nationalismus wird in Kapitel 3.2.2 intensiver eingegangen.

3.1.2 Neuordnung von Entscheidungsstrukturen

Für die VR China lässt sich beobachten, dass sowohl politischer als auch sozialer Wandel der ökonomischen Modernisierung nachgelagert sind. Für internationale Vergleiche spielen wirtschaftliche Indikatoren eine herausragende Rolle, was gemeinhin dazu führt, den durchaus vorhandenen politischen Wandel auszublenden oder zu übersehen, da er bisher nicht zu der von westlichen Beobachtern prognostizierten und auch antizipierten Demokratisierung geführt hat. Dabei wird außer Acht gelassen, dass das ehemals totalitäre System sich auch institutionell neuen Erfordernissen angepasst und insofern zumindest graduell gewandelt hat.

Die politischen Systeme der VR China und der ehemaligen Sowjetunion wiesen viele Parallelen auf, beispielsweise hinsichtlich der innerparteilichen Entscheidungsstruktur der KPCh und der KPdSU: „Innerhalb der Partei gilt das leninistische Organisationsprinzip des *demokratischen Zentralismus*, dem zufolge sich die Minderheit der Mehrheit und die niederen Parteiorganisationen den höheren unterordnen müssen.“⁹⁵ Eine weitere Gemeinsamkeit fand sich in der Einheit von Partei und Staat sowie der einzelnen Parteiorgane:

„Idealtypisch soll die Partei die politischen Vorgaben konzipieren, die die Verwaltungsorgane dann umsetzen sollen. Wird der Staat in diesem Sinne als Ausführungsinstanz begriffen, d.h. als Exekutive, so die Partei als Leit- und Kontrollinstrument, die im ‚Interesse des Volkes‘ die Kontrolle über den Staat ausüben soll, damit er eben in diesem Interesse agiere.“⁹⁶

Das Herrschaftsmonopol der KPCh wird seit Beginn der Reformära zusätzlich durch die von Deng aufgestellte Doktrin der „Vier Grundprinzipien für die Entwicklung Chinas“ untermauert:

„Diesen Prinzipien zufolge darf sich keine Handlung einer Person gegen das sozialistische System, die Führungsrolle der KP, die ‚demokratische Diktatur des Volkes‘ und den Marxismus-Leninismus sowie die Maozedongideen richten.“⁹⁷

Aus diesen Gründen ist die Rolle der KPCh nicht mit den Parteien in westlich-liberalen Demokratien zu vergleichen, da sie „gewissermaßen oberhalb des Staates anzusiedeln ist, als Instrument der Staats- und Wirtschaftsentwicklung“⁹⁸.

⁹⁵ Heberer, Thomas (2008): S. 64; Hervorhebung des Autors.

⁹⁶ Ebd.: S. 62f.

⁹⁷ Heberer, Thomas (2008): S. 64.

⁹⁸ ten Brink, Tobias (2013): S. 259.

Die hegemoniale Stellung der KPCh drückt sich insbesondere im Rechtswesen aus. Die Interpretation der seit 1954 gültigen Verfassung der VR China unterliegt führenden Mitgliedern der KPCh: „Je nach politischem Kurs und politischer Zielsetzung wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt oder geändert.“⁹⁹ Es gibt zudem keine Möglichkeit für Bürger, ihre verfassungsmäßigen Rechte einzuklagen. Außerdem existiert in der VR China erst seit 1979 und damit ebenfalls als Folge der Reform- und Öffnungspolitik ein Strafrecht. Hintergrund sind dabei jedoch nicht Rechtsstandards und –ansprüche der Bürger, sondern „die effiziente Regulierung der Wirtschaft“¹⁰⁰. Diese offenbart sich insbesondere in dem enormen Anstieg der Zahl an Regularien, Gesetzen und Verordnungen und dem daraus resultierenden, wachsenden Staatsapparat zur Überwachung deren Einhaltung.

Dennoch ist „das Verhältnis von Staat und Partei in den letzten dreißig Jahren im Sinne einer Rationalisierung der Herrschaft korrigiert worden“¹⁰¹, die mit der beschriebenen steigenden Bürokratisierung einhergeht. Außerdem werden auch in diesem Zusammenhang die Massenmedien instrumentalisiert, die ihrerseits für ein „Rechtsbewusstsein“ innerhalb der Bevölkerung sorgen und das Image der Partei als Kämpferin für Rechtsstaatlichkeit prägen sollen. Das Strafrecht selbst ist keinesfalls Grundlage einer unabhängigen Rechtsprechung. Ebenso wie im Hinblick auf die Verfassung kann die KPCh als Inhaberin des Monopols auf Wahrheit Gesetze alleinig auslegen: „So lässt sich staatliche Willkür unter dem Deckmantel einer scheinbaren Rechtsstaatlichkeit kaschieren und rechtfertigen.“¹⁰² Der Politologe Tobias ten Brink stellt hierzu fest, dass „parteieigene Kampagnen noch immer eine außergewöhnliche politische Reservekapazität“¹⁰³ ausmachen. Thomas Heberer, dessen Forschungsschwerpunkt der ostasiatische Raum ist, typologisiert das System der VR China als „fragmentierten Autoritarismus“, der sich seiner Definition nach durch den Einfluss unterschiedlicher Akteure, horizontale und vertikale Gliederung, eine öffentliche Meinungssphäre sowie verschiedene Modelle gesellschaftlichen Zusammenlebens auszeichnet.¹⁰⁴ Die fragmentierte Autoritätsstruktur zeigt, dass Staat und Partei nicht homogen, sondern vielmehr in Teilsegmente gegliedert sind.¹⁰⁵

⁹⁹ Heberer, Thomas (2008): S. 69.

¹⁰⁰ Cho, Hyekyung (2005): S. 227.

¹⁰¹ ten Brink, Tobias (2013): S. 260.

¹⁰² Cho, Hyekyung (2005): S. 229.

¹⁰³ ten Brink, Tobias (2013): S. 259.

¹⁰⁴ Vgl. Heberer, Thomas (2008): S. 70.

¹⁰⁵ Vgl. ebd.: S. 71.

„Regionalismus“ und „Kommunalismus“ existieren zwar seit der Ausrufung der VR China, jedoch hat sich ihre Ausprägung und damit das Verhältnis der Zentralregierung zu den Provinzen im Rahmen der Reformpolitik gewandelt.

Zu Beginn der Reformen wurden die Eingriffe in das ökonomische Geschehen von der Zentrale in Peking auf die lokalen Ebenen delegiert und somit dezentralisiert. Regionale Verwaltungsebenen wurden dadurch mit zusätzlichen Befugnissen ausgestattet, wodurch sie eigene, von Weisungen der Zentralregierung unabhängige Entscheidungen treffen durften und dadurch an Selbstständigkeit hinzugewannen. Die Aufsicht der Zentralregierung über regionale Entscheidungen war nun nicht mehr gegeben, was die ohnehin bestehende Korruptionsproblematik¹⁰⁶ nochmals verstärkte: „Während in der ersten Reformphase die Reichweite des zentralstaatlichen Einflusses zurückging, war die zweite Reformphase jedoch auch von politischen Anstrengungen gekennzeichnet, größere Spielräume für den Zentralstaat zu schaffen.“¹⁰⁷ Durch diese infolge wirtschaftlicher Dezentralisierung notwendig gewordenen Anpassungen auf Verwaltungsebene kam es auch zu einer Veränderung des Herrschaftscharakters der KPCh. Die Zentralregierung hatte einen Teil ihrer Kontrolle über die Vorgänge auf lokaler Ebene eingebüßt und an Steuerungsfähigkeit verloren.

Seit 1995 kam es daher vermehrt zu zentralstaatlichen Eingriffen, die allerdings zu Kritik seitens der Vertreter von lokaler und regionaler Ebene führten, da derartige Einmischungen als Missachtung ihrer Autonomie aufgefasst wurden. Es entstand ein Interessenkonflikt, da die Zentralregierung bestrebt war, „die Entflechtung der Symbiose von politischer und ökonomischer Macht auf lokaler Ebene“¹⁰⁸ zugunsten einer Zentralisierung voranzutreiben. Ehemals gewährte Zugeständnisse wurden widerrufen und Befugnisse von regionaler auf staatliche Ebene zurück übertragen. Dadurch hat gewissermaßen eine „Rezentralisierung“ stattgefunden, die erneut zu einer veränderten Beziehung zwischen Zentralregierung und den Regionen führte. Während die Provinzverwaltungen vor Reformbeginn darauf bedacht waren, möglichst unabhängig von Vorgaben zu handeln, so hat sich mittlerweile ein Wandel hin zur Verteidigung der eigenen Ressourcen gegenüber der Zentrale in Peking ergeben.¹⁰⁹ Interessanterweise hat dies nicht zu einer Schwächung des Verhältnisses zwischen Zentralregierung und Regionen, sondern im Gegenteil zu vermehrten Verhandlungen beider Ebenen geführt.

¹⁰⁶ Auf das Thema der Korruption wird in Kapitel 3.2.1 intensiver eingegangen.

¹⁰⁷ ten Brink, Tobias (2013): S. 136.

¹⁰⁸ Cho, Hyekyung (2005): S. 279.

¹⁰⁹ Heberer, Thomas (2008): S. 108.

Die Ostasienforscherin Hyekyung Cho beschreibt dies als Entwicklung „von einem totalitären zu einem autoritären konsultativen Herrschaftssystem“¹¹⁰. Heberer hingegen spricht in diesem Zusammenhang und in Anlehnung an weiterführende Studien von einem „de-facto-Föderalismus“, der allerdings nicht zu einem föderalistischen System als Ganzem führe.¹¹¹ Vielmehr hat „seine partielle Schwächung in der ersten Phase der Reformen dem Zentralstaat und der Parteiherrschaft nach einer Periode der Instabilität neue Legitimität verliehen“¹¹². Die Zentralregierung gestattete von nun an den Provinzen ihre Eigenständigkeit in Finanzfragen und erreichte dennoch einen Rückgewinn an eigener Steuerungsfähigkeit. Für die unteren Verwaltungsebenen bedeutet dies, dass ein institutioneller Wandel hinsichtlich formeller sowie informeller Organisationen und Verfahrensweisen stattgefunden hat: „Im Rahmen ihrer materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen können Provinzen und Kreise heute eigene Entwicklungsstrategien festlegen und zum Teil selbständige Außenwirtschaftsaktivitäten entfalten.“¹¹³

Dies stellt, nach den Dezentralisierungsbestrebungen der Kulturrevolution, einen erneuten Bruch in der politisch-administrativen Geschichte der VR China dar, der verdeutlicht, dass im Rahmen des Reformprozesses zunächst mehr Autonomie auf die unteren Verwaltungseinheiten übergegangen ist, um die marktwirtschaftlichen Reformen im Sinne der Zentralregierung umsetzen zu können. Im weiteren Verlauf verloren die Provinzen hingegen einen Teil dieser Befugnisse, können jedoch weiterhin durch relative Finanzautonomie eigene Akzente setzen. Begünstigt wird dies zusätzlich durch die geographischen Ausmaße: „Die Größe Chinas und die Vielfalt lokaler Besonderheiten bewirken, dass sich in jedem Kreis, jeder Gemeinde, jedem Dorf andere Variationen finden.“¹¹⁴ Dennoch bleibt, gesamtpolitisch betrachtet, die Zentralregierung als ihrerseits verlängerter Arm der KPCh die bestimmende Institution:

„Der Wirkungsradius der Zentralregierung in die untergeordneten Ebenen ist hoch [...] Auch die Größe des Territoriums spielt eine untergeordnete Rolle für die durchdringende Macht des Zentralstaates, wie der Fall China belegt. Trotz der ethnisch heterogenen und teilweise weit entlegenen Regionen in der Volksrepublik wirkt die Zentralmacht in die Provinzen hinein.“¹¹⁵

¹¹⁰ Cho, Hyekyung (2005): S. 20.

¹¹¹ Heberer, Thomas (2008): S. 108f.

¹¹² ten Brink, Tobias (2013): S. 136.

¹¹³ Heberer, Thomas (2008): S. 109.

¹¹⁴ Ebd.: S. 83.

¹¹⁵ Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2008a): Die politischen Systeme Ostasiens im Vergleich, in: dies. (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. 2., aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 458.

Das veränderte Verhältnis der Zentralregierung in Peking zu den hierarchisch untergeordneten Verwaltungseinheiten drückt sich überdies in der Duldung beziehungsweise Förderung von Direktwahlen auf Dorf- und Gemeindeebene aus: „Die Einführung von Dorfwahlen in China [gibt] einen Eindruck von der Bedeutung der lokalen Ebene für den Wandel des politischen Gesamtgefüges.“¹¹⁶ Dieses weitere Element institutionellen Wandels wird im Folgenden eingehend erläutert.

3.1.3 Direktwahlen auf Dorf- und Gemeindeebene

Die VR China verfügt über ein ursprünglich am sowjetischen Rätevorbild orientiertes Wahlsystem, welches im Rahmen der Kulturrevolution abgeschafft, anschließend jedoch wieder etabliert wurde:

„Ende der 1970er Jahre wurden erneut Wahlen eingeführt, u.a. um die Legitimität des politischen Systems zu stärken, im Interesse politischer Sozialisierung der Bevölkerung und um die Funktionäre auf unterer Ebene einer gewissen öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen. Legitimation ließ sich nun immer weniger durch eine eschatologische Ideologie [...] und charismatische Legitimation (überragende Führerpersönlichkeit) sicherstellen, sondern erforderte praktische Leistungen (Entwicklungs- bzw. Modernisierungserfolge) sowie Verrechtlichung und Wahlen zunächst auf den unteren Ebenen.“¹¹⁷

Das Hauptziel der KPCh nach der blutigen Beendigung der Tian'anmen-Proteste war und ist, durch Reformen eine Infragestellung des Regimes als Ganzes sowie Forderungen nach einem Systemwechsel zu verhindern. Die für den Fortbestand der Partei zentrale Zuschreibung von Legitimität durch die Bevölkerung musste in der Folge jedoch auf neue Weise gesichert und gesteuert werden. Der Bürgerkrieg, aus dem die KPCh 1949 siegreich hervorging, ist zur Legitimierung des Einparteien-Regimes nicht mehr ausreichend. Vielmehr wird ein neuer Fokus der Partei auf Fragen ihre Legitimität betreffend notwendig. Der durch die KPCh nach 1989 eingeleitete „contained institutional change“ beinhaltet verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise Unternehmensteuerreformen, Abbau von Bürokratie und Zentralisierung, die Schaffung eines Amtes zur Korruptionsprävention sowie Einwilligung in halbkompetitive Wahlen in selbstverwalteten Dörfern.¹¹⁸ Den von der Bevölkerung ausgehenden demokratischen Bestrebungen wurde insbesondere mit Letzterem zu einem gewissen Grad nachgegeben:

¹¹⁶ Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2008a): S. 458.

¹¹⁷ Heberer, Thomas (2008): S. 120.

¹¹⁸ Vgl. Gilley, Bruce (2008): *Legitimacy and Institutional Change. The Case of China*, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 41, No. 3, S. 263f.

„Wahlen dienen der Parteiführung auch zur Rechtfertigung der Legitimation des politischen Systems und versuchen psychologisch einen Hauch von Demokratie zu vermitteln.“¹¹⁹ Eine von Linz diesbezüglich aufgestellte Prognose hat sich demnach bewahrheitet:

„Zugleich dürfte sich die Komplexität der durch das politische System und die Partei zu lösenden Aufgaben in einer weniger angespannten Atmosphäre und mit größeren wirtschaftlichen Ressourcen eher positiv in Richtung eines partizipatorischen autoritären Regimes auswirken, in dem auf lokaler Ebene [...] eine gewisse Dezentralisierung mit einer freieren Teilnahme derjenigen, die dem System gegenüber grundsätzlich loyal sind, verbunden werden.“¹²⁰

Demokratische Partizipation wurde der Bevölkerung in beschränktem Maße von oben zugestanden, um ein Gefühl der Legitimität des ansonsten autokratischen Systems zu erzeugen, was durch positive Medienberichte noch verstärkt wird.

Heberer verweist auf den ambivalenten Charakter dieser Wahlen: „Es wäre allzu einfach, in den Dorf- und Stadtteilwahlen lediglich ein Instrument zur Legitimierung autoritärer Strukturen oder der Kontrolle zu sehen.“¹²¹ Direktwahlen sind überdies ein Mittel der Beteiligung der Bürger, die ihrerseits Einfluss auf die Kandidatenauswahl und deren Programmatik nehmen können. Die Bevölkerung ist somit in der Lage, ihre Interessen nicht nur zum Ausdruck zu bringen, sondern durchzusetzen. Heberer stellt hierzu fest, dass ein höherer Grad an Partizipation und ein gestärktes Gemeinschaftsgefühl verbunden mit einer stärkeren Stellung der Dörfer gegenüber der Zentralregierung weitere emanzipatorische Nebeneffekte ausmachen.

„Zugleich handelt es sich um ein Experiment auf unterster Ebene, das durchaus Initialzündung für die übergeordneten politischen Ebenen (Gemeinden und Kreise) haben könnte und zu einer bewussten Stärkung der Bevölkerungspartizipation und der staatlichen Strukturen gegenüber der Partei führen könnte.“¹²²

Bei allem Optimismus hinsichtlich einer Demokratisierung muss dennoch betont werden, dass Wahlen das wichtigste Mittel zur Integration in das Regime bei gleichzeitiger Instrumentalisierung gegen Korruption auf lokaler Ebene bilden.¹²³

¹¹⁹ Heberer, Thomas (2008): S. 132.

¹²⁰ Linz, Juan J. (2009): S. 242.

¹²¹ Heberer, Thomas (2008): S. 131.

¹²² Ebd.: S. 132.

¹²³ Vgl. Göbel, Christian (2014): Legitimation, Kooptation und Repression in der Volksrepublik China, in: Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hrsg.): *Ideokratien im Vergleich: Legitimation, Kooptation, Repression*. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 51. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 219.

Auch unterliegen die Ausprägung der Wahlen und ihr Wettbewerbsgrad in den einzelnen Dörfern großer Varianz.¹²⁴ Der Sinologe und Politikwissenschaftler Christian Göbel sieht die Duldung lokaler Wahlen durch die KPCh gar als Indiz für Kooptation: „Paternalismus wird so durch Partizipation ersetzt, der Staat hierdurch entlastet.“¹²⁵ *Kooptierung* definiert er dabei als „Integration einer Person oder Personengruppe in eine klientelistische Verteilungskoalition“¹²⁶, ergänzt um Elemente von Koproduktion, was beispielsweise Bürger an der Erbringung staatlicher Dienstleistungen direkt beteiligt. Eine solche Übertragung von Verantwortung anstelle hierarchischer staatlicher Regelung könne durchaus Legitimität erzeugen. Darüber hinaus ist die Duldung oder gar Förderung semi-demokratischer Strukturen auf lokaler Ebene für die Zentralregierung keineswegs mit einem direkten Machtverlust verbunden, erstrecken sich dortige Befugnisse lediglich auf Verwaltungstätigkeiten ohne eigene Gesetzgebungskompetenz. Zwar wird dadurch das Verhältnis zwischen Peking und der regionalen Ebene neu ausgelotet, nicht jedoch um den Preis eines Aufbaus eigenständiger oder gar konkurrierender Machtstrukturen. Die Zentralregierung kann ihre dominante Rolle durch verschiedene, den Dörfern übergeordnete Verwaltungsinstanzen in ihrem Sinne weiterhin ausüben.

Es kann daher zwar nicht von einer Demokratisierung gesprochen werden, die Strukturen wie beispielsweise Gewaltenteilung hervorgebracht hat, dennoch flexibilisierte sich das bisher starre politische System der VR China und trägt der fortschreitenden gesellschaftlichen Pluralisierung Rechnung. Heberer sieht insbesondere die materielle Ebene als entscheidenden Faktor, weshalb Wahlen weiterhin nur eingeschränkt abgehalten werden und ein tatsächlicher Demokratisierungsprozess in der VR China bisher nicht eingesetzt hat:

„Es bedarf wohl zuerst ökonomischer Sicherheit, bevor Wahlen und Partizipation zu zentralen Elementen werden können. Solange die Menschen primär mit der Lösung ihrer unmittelbaren sozialen Probleme befasst sind und wo es gar um das tägliche Überleben geht, spielen politische Partizipation und Wahlen als Teil der Lebensgestaltung in der Regel eine eher geringe Rolle.“¹²⁷

Auch laut Eigendarstellung der KPCh können ökonomisches Wachstum und Wohlstand für die breite Masse der Bevölkerung auch weiterhin nur durch Machtkonzentration und somit durch die Herrschaft des Einparteien-Regimes erreicht werden.

¹²⁴ Vgl. ebd.: S. 218.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Heberer, Thomas (2008): S. 132.

Die hier beschriebene Einwilligung in halbkompetitive Wahlen auf Dorf- und Gemeindeebene ist als Zugeständnis der KPCh an die Bevölkerung zu bewerten. Dieses Entgegenkommen der KPCh bedeutet das „geringere Übel“ und sichert ihr gleichzeitig Legitimität, während die Macht der Partei nur geringfügig eingeschränkt wird. Vor allem im Kontext einer anhaltenden und somit in existentiellern Sinne für die KPCh bedrohlichen Legitimitätskrise wie 1989, die nicht anders gelöst werden kann, hat sich dieses Vorgehen erprobt.¹²⁸ Neben den beschriebenen Reformen kam es jedoch auch zu „uncontained institutional change“. Auf Ebene der Gemeinden sowie in gleichrangigen Verwaltungseinheiten wurden seither beispielsweise wiederholt illegale Wahlen abgehalten. Selbst dieses Vorgehen tolerierte die KPCh, um die anhaltende Legitimitätskrise nicht weiter zu verschärfen.¹²⁹

Ein Anzeichen für das Gelingen der Legitimitätspolitik der KPCh findet sich außerdem im Beispiel der 1998 gegründeten Democracy Party of China (DPC). Ins Leben gerufen von ehemaligen Studentenführern der Tian'anmen-Proteste und weiteren Demokratiebefürwortern, sollte sie explizit als Oppositionspartei aufgebaut werden. Die Gründer der DPC wollten den Medienrummel um einen Besuch von US-Präsident Clinton in diesem Jahr für sich nutzen und die Partei offiziell anmelden, woraufhin die KPCh Massenfestnahmen anordnete und durchführen ließ. Das Misslingen eines dauerhaften Partei-aufbaus ist allerdings zusätzlich darauf zurückzuführen, dass zu diesem Zeitpunkt keine schwerwiegende Legitimitätskrise die KPCh betreffend bestand.¹³⁰ Die Bevölkerung war nicht bereit, einen Systemwechsel mitzutragen, der einen ungewissen Ausgang hätte und mit Kosten für alle Beteiligten einhergehen würde. Die Strategie der KPCh ist daher in diesem Punkt aufgegangen. Durch die beschriebenen Maßnahmen im Zuge des *contained institutional change* war die KPCh in der Lage, sich ausreichend Legitimität zu sichern und dadurch weitere Parteien obsolet werden zu lassen. Vielmehr stellte die Mehrheit der Bevölkerung nun nicht mehr die Systemfrage als Ganzes, sondern forderte stattdessen Reformen und Zugeständnisse *innerhalb* des bestehenden Einparteien-Regimes.

Hinsichtlich ihres Machtmonopols haben sich für die KPCh keine Veränderungen ergeben. Daher ist ihre Legitimitätspolitik im Bereich institutionellen Wandels nach 1989 als erfolgreich zu bewerten. Die der KPCh zugeschriebene Legitimität ist der entscheidende Faktor für das Fortbestehen des Regimes.

¹²⁸ Vgl. Gilley, Bruce (2008): S. 267.

¹²⁹ Vgl. ebd.

¹³⁰ Vgl. ebd.: S. 268.

Durch die dargelegten Maßnahmen begibt sich die KPCh freilich in die Gefahr, dass die institutionellen Reformen weitere Forderungen nach sich ziehen. Infolge der Gewährung minimaler, demokratischer Elemente könnte zudem der Fokus von der Wirtschaft und dem Gemeinwohl auf das Individuum gelenkt werden. Eine solche Verschiebung der Aufmerksamkeit könnte wiederum neue Begehrlichkeiten hinsichtlich einer Demokratisierung und freiheitlicher Bürgerrechte wecken und in letzter Konsequenz doch zu einer Bedrohung für das Einparteien-Regime werden.

3.2 Narrative als Legitimitätsstiftendes Werkzeug

Um den Legitimierungsprozess seit dem Tian'anmen-Massaker 1989 nachzuzeichnen, bietet sich statt eines rein kausalen Zugangs die zusätzliche Untersuchung von Narrativen an: „The narrative approach examines the processes by which events are translated into narratives, and narratives translated into action.“¹³¹ Diesen Dreiklang aus einem *Ereignis*, seiner Übersetzung in ein *Narrativ* und der daran anschließenden *Handlung* macht sich die KPCh zunutze. Narrative werden von ihr geschaffen oder dahingehend abgewandelt, dass sie zur Interpretation und Erklärung der politischen Realität herangezogen werden können und die Handlungen des chinesischen Einparteien-Regimes rechtfertigen: „Narrative sollen also nicht statisch sein, sondern an die Lebenswelt und Präferenzen bestimmter Bevölkerungsgruppen angepasst werden.“¹³²

Verschiedene Arten von Narrativen formen soziales Handeln und wirken als sinnstiftende und legitimierende Erzählungen. So beruhen „collective narratives“ auf Allgemeinwissen oder spiegeln den „gesunden Menschenverstand“ wider. Sie wurzeln ihrerseits in übergeordneten „metanarratives“. „Public narratives“ werden gezielt von öffentlichen Akteuren verbreitet und vermischen *collective narratives* mit *metanarratives*. Eine weitere Kategorie bilden „ontological narratives“, die alltäglichen Begebenheiten einen Sinn zuschreiben und sich häufig aus bestehenden *collective* und *public narratives* speisen.¹³³

Die nachfolgend vorgestellten Beispiele verdeutlichen, wie eine Instrumentalisierung solcher Narrative durch die KPCh erfolgt. Diese Darstellung erfolgt einerseits anhand eines traditionellen *public narrative*, das an die konfuzianische Ethik angelehnt ist. Außerdem wird ein sich auf Patriotismus und Nationalismus stützendes *public narrative* skizziert.

¹³¹ Hsu, Carolyn L. (2001): *Political Narratives and the Production of Legitimacy: The Case of Corruption in Post-Mao China*, in: *Qualitative Sociology*, Vol. 24, issue 1, S. 30.

¹³² Göbel, Christian (2014): S. 224.

¹³³ Vgl. Hsu, Carolyn L. (2001): S. 31f.

3.2.1 Konfuzianismus als Antwort auf die Korruptionsproblematik

Seit der Machtübernahme der KPCh wurden Narrative immer wieder gewechselt oder erneuert. Bereits im Rahmen der Gründung der VR China 1949 wurde das an Konfuzius angelehnte „traditionalist collective narrative of corruption“¹³⁴ instrumentalisiert, um das vorangehende System als korrupt und somit unehrenhaft zu diskreditieren und gleichzeitig die neu erworbene Macht der KPCh zu legitimieren. In den 1960er Jahren wurde dieses traditionelle konfuzianische Metanarrativ schließlich durch eine maoistische Interpretation ersetzt.

1989 kam es schließlich zu Aufständen Oppositioneller, die versuchten, sich das traditionelle konfuzianische Narrativ zu eigen zu machen. Dieses Metanarrativ besagt, dass politische Macht mit Verantwortung einhergeht, welche die Protestierenden für sich beanspruchten. Laut Narrativ folgen auf ehrbare Herrscher Korrupte, die ihrerseits von Ehrbaren beseitigt werden müssen, um einen neuen Zyklus zu starten: „[T]he protesters told stories arguing that corruption was a structural, systemic problem poisoning the entire CCP, and that the current regime was a dying dynasty.“¹³⁵ Den Intellektuellen und Studenten gelang es im Zuge der Proteste jedoch nicht, das Metanarrativ nachhaltig für ihre Zwecke zu einem *public narrative* umzudeuten.

Das konfuzianische *public narrative* wurde jedoch im Rahmen der die VR China betreffende Korruptionsproblematik erneut instrumentalisiert, dieses Mal von der KPCh. Ein Jahrzehnt nach der Legitimitätskrise infolge des Tian'anmen-Aufstands war die chinesische Bevölkerung unschlüssig in ihrer Bewertung darüber, was das Ausmaß an Korruption offizieller Amtsträger anbelangt.¹³⁶ Die Mehrheit der Bürger vermutete Bestechlichkeit am ehesten auf niedrigen Regierungs- und Verwaltungsebenen. Die Parteiführung in Peking wurde von den Bürgern nicht beziehungsweise kaum mit Korruption in Verbindung gebracht. Obwohl die Kader der lokalen Ebenen Repräsentanten von Partei und Regierung sind, wirkten sich ihre Verfehlungen nicht zwangsläufig negativ auf das Ansehen der Zentralregierung aus.¹³⁷ Dies lag nicht zuletzt daran, dass das Thema Korruption von offizieller Seite nach 1990 keinesfalls übergangen wurde. Vielmehr wurde das konfuzianische Narrativ nun im Hinblick auf bestechliche Funktionäre gebraucht:

¹³⁴ Ebd.: S. 34.

¹³⁵ Ebd.: S. 43.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Vgl. ebd.: S. 47.

„Einer der wichtigsten Bereiche, in dem konfuzianische Grundsätze heute angewandt werden, ist die Kampagne gegen unethisches Verhalten von Mitgliedern der KP Chinas und Kadern, die sich bestechen lassen, persönlichen Profit anstreben, die Machtbefugnisse ihrer politischen Ämter mißbrauchen, ihre Vorgesetzten und Untergebenen hintergehen, spekulieren und raffen.“¹³⁸

Es fand eine aktive Einbeziehung der Korruptionsvorwürfe in die offizielle Propaganda der KPCh statt, um die Anschuldigungen zu entkräften und für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Politik ist innerhalb der konfuzianischen Ethik personenbezogen, wobei die Bedeutung von Vertrauen als Basis zwischenmenschlicher Beziehungen unterstrichen wird.¹³⁹ Korruption als „Mittel, das die Verteilung von Ressourcen und öffentlichen Gütern und damit Politik beeinflusst“¹⁴⁰, wurde deshalb als fester Bestandteil der Reformpolitik akzeptiert. Die Strategie der KPCh war es, Korruption als ein „notwendiges Übel“ auf dem Weg zu mehr Wohlstand für die gesamte Gesellschaft darzustellen, welches durchaus tolerierbar ist. Die diversen Unzulänglichkeiten des politischen Systems, nicht nur aus liberal-demokratischer Sicht, wurden durch Nutzung dieses Narrativs ausgeblendet und durch sozio-ökonomische Errungenschaften relativiert.

Nach erneuter Anpassung des Narrativs galt Korruption in jedwedem Zusammenhang als Gefährdung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der VR China und musste daher mit allen Mitteln bekämpft werden. Auch Nepotismus kam nun einem Hindernis für den Modernisierungsprozess gleich und stellte laut offizieller Auslegung der konfuzianischen Lehre einen zu bekämpfenden Missstand dar. Die KPCh reagierte parallel abermals durch eine Einleitung institutionellen Wandels:

„Die wirtschaftliche Destabilisierung und die hiermit in Verbindung stehende Korruption nahm die Zentralregierung zum Anlass, umfassende Restrukturierungsschritte zu unternehmen – die gleichwohl dem Trend zur Ökonomisierung und Vermarktlichung entsprachen.“¹⁴¹

Die Antikorruptionskampagnen wurden genutzt, um bei gleichzeitiger Schaffung entsprechender Behörden bereits bestehende umzustrukturieren.¹⁴² Es wird seither eine direkte Verbindung zwischen den Privilegien, die einige wenige Korrupte genießen und der sozialen Ungleichheit sowie den Nachteilen ärmerer Schichten gezogen.¹⁴³ Die Partei, insbesondere ihre Spitze, bleibt in dieser Erzählung außen vor.

¹³⁸ Chang, King-Yu (1990): S. 274.

¹³⁹ Vgl. Ottmann, Henning (2010): S. 390.

¹⁴⁰ Heberer, Thomas (2008): S. 86.

¹⁴¹ ten Brink, Tobias (2013): S. 143.

¹⁴² Vgl. Cho, Hyekyung (2005): S. 228.

¹⁴³ Vgl. Hsu, Carolyn L. (2001): S. 41.

Stattdessen rückt die KPCh ihre Rechenschaftspflicht den Bürgern gegenüber in den Fokus: „Anti-corruption campaigns, then, were a demonstration of how the state worked on behalf of its subjects, rather than an admission of internal flaws.“¹⁴⁴

Doch auch hier lässt sich eine Veränderung im staatlichen Handeln erkennen. Vor 1986 fand keine Strafverfolgung von Korruption in den Reihen der KPCh statt. In den 1990er Jahren hingegen „erfolgte eine harte Bestrafung korrupter Kader und Funktionäre bis hin zur Todesstrafe. Dies zielte darauf, die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Willkür der ‚Mächtigen‘ zu beschwichtigen und den Anschein staatlicher Eingriffe zum Schutz der ‚Schwachen‘ zu erwecken.“¹⁴⁵ Die Verfolgung von Korruption steht offenkundig auch für den aktuellen Staatspräsidenten Xi Jinping im Zentrum seiner Legitimitätspolitik, erfolgen doch in immer kürzer werdenden Abständen Berichte über Verhaftungen, Verurteilungen und Exekutionen teils hochrangiger Regierungsbeamter und Parteikader: „China selbst meldet seit Jahren ein kontinuierliches Anwachsen der aufgedeckten Korruptionsfälle.“¹⁴⁶ Hierbei muss jedoch erwähnt werden, dass oftmals willkürliche Anschuldigungen zu diesen spektakulären Anklagen und drakonischen Strafen führen, die vonseiten des Einparteien-Regimes genutzt werden, um sich unliebsamer Konkurrenten aus den Reihen der Partei zu entledigen. Durch eine solche Strategie gewinnt die KPCh auf zweierlei Weise: Einerseits nach innen, da jede Strafverfolgung korrupter Kader als Abschreckung für Abweichler in der Partei aufgefasst werden kann. Andererseits nach außen, da der chinesischen Bevölkerung auf diesem Weg die Rechtschaffenheit der KPCh illustriert werden kann und der Eindruck eines durchgreifenden Staatsapparats erweckt wird.

Die hier beschriebene Instrumentalisierung des Konfuzianismus kann durchaus auch als ein Missbrauch infolge der Verzerrung konfuzianischer Lehren durch die KPCh bezeichnet werden. Dennoch war sie als Mittel zum Zweck eben diesem dienlich und verhalf dem Einparteien-Regime zur Rückerlangung verlorener Legitimität.

3.2.2 Nationalismus als Bindeglied zwischen Ideologie und Realität

Unter der Führung Dengs verlagerte sich der Fokus der KPCh seit Ende der 1970er Jahre auf Reformen der Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Industrie, Militär und Wissenschaft. Diese Modernisierungsbestrebungen sind in ihrem Gehalt vorwiegend ökonomisch-technisch.

¹⁴⁴ Ebd.: S. 44.

¹⁴⁵ Cho, Hyekyung (2005): S. 228.

¹⁴⁶ Heberer, Thomas (2008): S. 112.

Dieser Umstand lässt den Schluss zu, dass sich die kommunistische Regierung zunächst nicht mit kulturellen oder gar politischen Neuerungen befassen wollte. Durch soziale Veränderungen im Rahmen dieser Marktreforment fand jedoch eine Entideologisierung des Alltagslebens der Bevölkerung statt: „Marxismus-Leninismus oder die ‚Ideen Maos‘ spielen im Bewusstsein der Partei- wie der Nichtparteimitglieder keine oder keine dominante Rolle mehr, sondern dienen weitgehend nur noch zur Rechtfertigung der Führungsrolle der Partei.“¹⁴⁷ Diese Entwicklung führte zunächst zur „Abkehr von einer omnipräsenten Ideologie“¹⁴⁸ und im weiteren Verlauf zu einer ideologischen Krise. Die steigende Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichheit führten verstärkt zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung und spielten ohnehin oppositionell eingestellten Kräften in die Hände. Die KPCh hatte zunächst keine die Bevölkerung zufriedenstellende Antwort darauf parat. Ihre Versuche, den Diskurs zu lenken, misslangen und führten außerdem zu einer Verstrickung in Widersprüche zu anderen von der Partei genutzten Narrativen.¹⁴⁹ Erst durch die Schaffung eines neuen, nationalistischen *public narrative*, das bis heute politische Legitimität an Wirtschaftswachstum und Stabilität bindet, gelang es der KPCh, die ideologische Krise zu lösen. Nationalismus trat an die Stelle der vormals hegemonialen marxistisch-leninistisch-maoistischen Ideologie und sollte integrativ auf die Bevölkerung wirken:

„Ähnlich wie in vielen Entwicklungsländern kommt dem Nationalismus in China die Aufgabe der Integration der Nation nach innen wie außen zu. Nach innen hin soll Loyalität erzeugt werden, die sich auf den Staat übertragen und damit Legitimität schaffen soll. Nach außen verteidigt er die Nation gegen Andere.“¹⁵⁰

Dieser von der KPCh instrumentalisierte Nationalismus ging deshalb nicht mit der Abschottungshaltung eines ökonomischen Protektionismus einher, sondern stellte den Fortschritt der eigenen Nation in den Vordergrund: „Von daher ist er eher nach innen als nach außen gerichtet.“¹⁵¹ Zur nationalen Identitätsstiftung initiierte die Partei diverse Kampagnen: „Ein Mittel zur Erhaltung der Loyalität der Bevölkerung zum herrschenden Regime jenseits einer allumfassenden Ideologie ist die Förderung nationalistischer Sentimente auf einer alltagspolitischen Basis.“¹⁵²

¹⁴⁷ Ebd.: S. 58.

¹⁴⁸ Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2008a): S. 460.

¹⁴⁹ Vgl. Hsu, Carolyn L. (2001): S. 38.

¹⁵⁰ Heberer, Thomas (2008): S. 59.

¹⁵¹ Ebd.: S. 31.

¹⁵² Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2008a): S. 460.

Der neue Nationalismus als Antwort auf die Legitimationsproblematik füllte das zuvor entstandene ideologische Vakuum.¹⁵³ Durch die pragmatische Einbeziehung neuer, hauptsächlich ökonomischer Entwicklungen begegnete das Einparteien-Regime der mangelnden Verknüpfung von ehemals sozialistischer Ideologie mit sozio-ökonomischer Realität. Andererseits war die Propagierung dieses neuen Nationalismus gleichbedeutend mit der – wenn auch faktisch längst erfolgten – endgültigen Preisgabe des kommunistischen Ideals eines proletarischen Internationalismus. Die Fokussierung auf den Wohlstand der eigenen Nation unter Ausblendung der Arbeiter und Bauern in anderen Ländern stellt, zumindest ideologisch betrachtet, einen weiteren Wendepunkt der Politik der KPCh dar.

Zusätzlich begann die KPCh im Zuge dieser Legitimationsstrategie, verschiedene *label* zur offiziellen Beschreibung des chinesischen Wirtschaftssystems zu nutzen. Beispielsweise wurden die Rollen von Staatspräsident und Partei seither nicht mehr mit „ideological or moral leadership“, sondern „economic management“¹⁵⁴ charakterisiert. Diese Umbenennungen unterstreichen ihrerseits den Bedeutungsverlust der Ideologie und die Aufwertung der Ökonomie für das Einparteien-Regime. Der reine Wirtschaftsglaube und die am Westen orientierte Politik wurden zwar durchaus nicht von allen Bürgern gebilligt, dennoch wirkte sich das nationalistisch geprägte *public narrative* in einer von der KPCh beabsichtigten Weise auf Kritiker aus:

„Der Wunsch nach einem mächtigen China und die feste Überzeugung von der Einzigartigkeit der chinesischen Nation bilden jedoch einen gemeinsamen Ausgangspunkt, auf welchen die KPCh als Garant für das Wachstum und die Stabilität des Landes ihre politische Unentbehrlichkeit aufbaut.“¹⁵⁵

Im Zuge dieser Entwicklung „verlagerte sich die Legitimation der KPCh von den ursprünglichen sozialrevolutionären Versprechungen auf ihre patriotischen Verdienste“¹⁵⁶. Zusätzlich zum entflammenden Nationalismus wurde somit auch ein neuer „Patriotismus als Ersatzideologie“¹⁵⁷ seitens der KPCh aufgebaut. Ein fehlendes Bekenntnis zum Sozialismus wurde nun mit mangelndem Patriotismus gleichgesetzt. Auf diese Weise konnte die KPCh beispielsweise die Studenten- und Intellektuellenproteste 1989 im Nachhinein mit Landesverrat gleichsetzen.

¹⁵³ Vgl. Cho, Hyekyung (2005): S. 20.

¹⁵⁴ Hsu, Carolyn L. (2001): S. 33.

¹⁵⁵ Cho, Hyekyung (2005): S. 274f.

¹⁵⁶ Cho, Hyekyung (2005): S. 226.

¹⁵⁷ Ebd.

In Bezug auf die Vereinbarkeit von Wirtschaftsreformen und Sozialismus wurde Wachstum als „ideologisch neutraler Gegenwert“¹⁵⁸ konnotiert. Das Narrativ des Patriotismus erfüllte dabei insbesondere zwei Funktionen. Zum einen erfolgte die Legitimierung der Reformpolitik der KPCh. Ab diesem Zeitpunkt galt alles, was zum Fortschritt der Nation beitrug, darunter auch die Politik des Einparteien-Regimes, als patriotisch und wurde überdies ideologisch untermauert. Zum anderen diente die Patriotismuspropaganda der „Mobilisierung der Bereitschaft der Bevölkerung“¹⁵⁹ zur Akzeptanz von Ungleichheiten. Diese wurde notwendig, da infolge der marktwirtschaftlichen Reformen eine Preisgabe des Egalitarismusprinzips stattgefunden hatte: „An Stelle des sozialrevolutionären Gleichheitsideals wurde das Diktum ‚lasst einige sich zuerst entwickeln‘ zur Norm der Reformära“¹⁶⁰. In diesem Zusammenhang wurde das nationalistische respektive patriotische *public narrative* auch zum ideologischen Überbrückungsglied fehlender sozialer Gleichheit zugunsten gesamtstaatlichen Wachstums.

Überdies wirkte das beschriebene *public narrative* des Patriotismus und Nationalismus legitimierend im Hinblick auf fehlende Partizipation: „Für viele Chinesen genießt die Herausbildung eines starken und mächtigen China Priorität vor einem demokratischen.“¹⁶¹ Und sogar die traumatisierende Erfahrung des gewaltsam beendeten Studentenprotests 1989 wurde mittlerweile „als Maßnahme interpretiert, die die innere Stabilität Chinas sicherte und eine Situation, wie sie nach dem Zerfall in der Sowjetunion mit all ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen auftrat, in China verhinderte.“ An diesem Punkt erfolgte eine Instrumentalisierung des nationalistischen Narrativs zur Legitimierung der Repression und Gewalt des Jahres 1989 sowie einer bis heute nicht durchgeführten Demokratisierung.

Die Ökonomisierung der Lebenswelt der chinesischen Bevölkerung löste darüber hinaus eine Rückbesinnung auf die eigene Tradition, vorrangig im Kulturbereich, aus:

„Das Verständnis großer Teile der Bevölkerung von ‚Marktwirtschaft‘ als Ökonomisierung des gesamten Denkens und Handelns, als Vermarktung von allem und Unterwerfung aller sozialen Bereiche und Tätigkeiten unter Profitinteressen beschleunigt die Zersetzung herkömmlicher Werte.“¹⁶²

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ Ebd.: S. 12.

¹⁶¹ Heberer, Thomas (2008): S. 61.

¹⁶² Heberer, Thomas (2008): S. 58.

Die mit nationalistischen Mentalitäten in Einklang stehende konfuzianische Ethik erfuhr daher eine neuerliche Wiederbelebung. Bereits bei der Einleitung der Modernisierungspolitik 1978 bildete der Konfuzianismus ein wichtiges Element: „Teil der Reformen war eine veränderte Religionspolitik sowie die sogenannte Pflege des kulturellen Erbes. Auch die Beschäftigung mit den während der Kulturrevolution aufs Neue verdammtten Lehren des Konfuzius wurde wieder gestattet.“¹⁶³ Nach abermaliger Diskreditierung des Konfuzianismus als rückständig und dadurch fortschrittsfeindlich erfolgte in den 1990er Jahren die Rehabilitierung konfuzianischer Lehren als eine die chinesische Nation einende Denktradition. Dieser Vorgang „ist als Reaktion auf die im Rahmen der Öffnung nach außen unvermeidlichen, aber von seiten der Partei nach wie vor unerwünschten geistig-moralischen Einflüsse des Westens zu verstehen.“¹⁶⁴ Außerdem wurden eben jene als rückständig abgelehnten Elemente des Konfuzianismus nun als wachstumsfördernd und somit dem Fortschritt der Nation dienlich ausgelegt: „Anders als das Prinzip der christlichen Ethik, d. h. der Gedanke der Berufung und die Doktrin der Vorbestimmung, besitzt das konfuzianische Prinzip wegen seiner Diesseitigkeit einen direkteren Bezug zur Modernisierung.“ Um endgültig jedwede Kritik im Keim zu ersticken, wurde der als konfuzianisch deklarierte Modernisierungsgedanke durch die Maxime, wonach „Institutionen und Entwicklungen, die das Wohl der Menschheit zum Ziel haben, unterstützt werden müssen“¹⁶⁵, ergänzt. Daraus wiederum ließ sich ein unbestreitbarer Umkehrschluss ziehen: „Da nun die Modernisierung eine Verbesserung der menschlichen Existenz zum Ziel hat, kann zwischen dem konfuzianischen Prinzip und der Modernisierung kein grundlegender Widerspruch bestehen.“¹⁶⁶ Auf diese Weise gelang es der KPCh, die Mehrheit der Bevölkerung mit den negativen Auswirkungen der Marktreformen zu versöhnen und Kritik an ihrer Wirtschaftspolitik zu verhindern.

Eine derartige Legitimierung über Narrative ersetzt jedoch nicht gezielte Propagandamaßnahmen zur Verbreitung der ihnen übergeordneten Ideologie. Die beschriebene Anpassungsfähigkeit von Narrativen lässt sich, wie bereits angedeutet, auch im Umgang der KPCh mit ihrer Ideologie beobachten, welche von der Bevölkerung keineswegs vollständig internalisiert sein muss:

¹⁶³ Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): S. 6.

¹⁶⁴ Staiger, Brunhild (1990): S. 147.

¹⁶⁵ Kwok Keung, Lau (1990): Eine Interpretation der konfuzianischen Tugenden und ihrer Bedeutung für die Modernisierung Chinas, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 255.

¹⁶⁶ Ebd.

„[I]deology in contemporary China should be analysed not as a matter of belief but of playing by the rules of the official language game.“¹⁶⁷ Daher wird der gezielte Einsatz der Ideologie durch Propaganda, der für den Fortbestand des autoritären Einparteien-Regimes unabdingbar ist, im folgenden Abschnitt skizziert.

3.3 Legitimierende Funktion von Ideologie und Propaganda

Der Maoismus war ohne Zweifel die bis 1978 vorherrschende Ideologie¹⁶⁸, eine Kombination marxistisch-leninistischer Lehren und speziell auf den chinesischen Kontext bezogener Ergänzungen. Dennoch beruht die Langlebigkeit des Einparteien-Regimes auf der Einbeziehung neuer Aspekte in die offizielle Ideologie. Diese Form der Bearbeitung sichert „autokratische Legitimation“ und ermöglicht zugleich die Neuerfindung der Partei. Eine Erneuerung ist oft notwendig, wie beispielsweise auch nach dem Tod Maos und dem Übergang in eine neue Ära. Hier wird die Wechselwirkung zwischen neuer Ideologie und neuer Parteiführung offenbar. Die kontinuierliche Anpassung der offiziellen Ideologie an ein sich wandelndes nationales wie internationales Umfeld ist somit ein weiterer bedeutender Baustein der Legitimitätspolitik des chinesischen Einparteien-Regimes. Doch eine derartige Berücksichtigung sich schnell verändernder Realitäten hat auch Grenzen. Diese lassen sich beispielsweise an Legitimitätskrisen der KPCh erkennen, die sich infolge des reformerischen Modernisierungsprozesses oder der Öffnung der Partei für Privatunternehmer ereignet haben. Trotzdem ist es der KPCh gelungen, nach jeder dieser Krisen ihre Legitimität zurückzugewinnen und ihr Machtmonopol zu sichern.

Im Folgenden wird zunächst die politische Dimension der erfolgten Anpassungen der Ideologie beleuchtet. Dabei wird nachgezeichnet, wie es der KPCh gelungen ist, die Rolle der Partei durch Erneuerung ihrer Grundprinzipien zu stärken. Dies ist auch an ihrer veränderten Zusammensetzung erkennbar. Ebenfalls wird die ökonomische Dimension der flexibel ausgelegten Ideologie dargestellt. Zuletzt wird erläutert, wie die Medien, die sich ihrerseits im Prozess der Kommerzialisierung befinden, zu Propagandazwecken instrumentalisiert werden. Die Thematik der Zensur und die staatlichen Kontrollmaßnahmen die privatisierten Medien und ihre Vertreter betreffend werden dabei ebenso beleuchtet, bevor im folgenden Kapitel die Analyse der hier vorgestellten Maßnahmen anhand des Legitimitätskonzepts von Beetham erfolgt.

¹⁶⁷ Holbig, Heike (2013): S. 63.

¹⁶⁸ Vgl. Ottmann, Henning (2010): S. 369-407.

3.3.1 Von der Arbeiter- und Bauernpartei zur „Partei des ganzen Volkes“

Durch die erfolgreiche Reform- und Öffnungspolitik war es der KPCh gelungen, dem Schicksal der KPdSU zu entgehen. Dennoch war es notwendig, auch von Parteiseite auf die sich verändernden gesellschaftlichen Realitäten zu reagieren. Bereits im Zuge des Modernisierungskurses hatte sich die faktische Fokussierung auf den Klassenkampf ebenso verringert wie die Ablehnung privaten Eigentums. Um der Herausbildung neuer Bevölkerungsschichten auch auf Parteebene Rechnung zu tragen, verkündete der damalige Staatspräsident und Generalsekretär Jiang im Jahr 2001 offiziell die Aufnahme privater Unternehmer in die Partei. Derartige Verbindungen zwischen Partei und Wirtschaft waren bis zu diesem Zeitpunkt Tatsachen, die es stillschweigend zu dulden galt. Daher löste dieses öffentliche Bekenntnis Jiangs innerhalb und außerhalb der KPCh Empörung aus. Außerdem schürte es die Angst vor kapitalistischer Infiltrierung der Partei und Schaffung eines „capitalist fascist dictatorship“¹⁶⁹. Jiang versuchte zunächst, der Kritik mit sprachlich-ideologischen Mitteln zu begegnen. Mithilfe der „Theorie der Drei Vertretungen“ definierte er die Rolle der Partei neu und wollte sie zu einer „Vertretung der fortschrittlichen Produktivkräfte, der fortschrittlichen chinesischen Kultur und der fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“¹⁷⁰ umgestalten. Doch auch dieser Versuch, die KPCh für breite Teile der Bevölkerung zu öffnen, stieß auf ablehnende Reaktionen, da Jiang die Rolle der Privatunternehmen für die chinesische Wirtschaft in zu starkem Maße betonte. Die „Drei Vertretungen“ verdeutlichten laut Jiang, weshalb „die dereinst revolutionäre Kommunistische Partei nun auch die Interessen ihrer ehemaligen ideologischen Gegner und nicht zuletzt der Unternehmer vertreten sollte“¹⁷¹, weshalb künftig auch Wirtschaftsführern der Zugang zur KPCh ermöglicht werden sollte:

„Der Wechsel vom Primat der Politik zum Vorrang der Ökonomie und der Wandel von der marxistisch-leninistischen Klassenideologie zu einer pragmatischen, stark von nationalen Interessen geprägten Entwicklungs- und Modernisierungsideologie in den 80er und 90er Jahren hat diese Veränderung in der Unternehmerbewertung begünstigt.“¹⁷²

Staatliche Medien würdigten Privatunternehmer als „Assistenten des Sozialismus“, statt sie wie bisher als Feinde und Kapitalisten zu brandmarken. Es entstand ein Legitimationsdefizit, dem das Einparteien-Regime zunächst mit Repression begegnete.

¹⁶⁹ Holbig, Heike (2013): S. 68.

¹⁷⁰ Cho, Hyekyung (2005): S. 217.

¹⁷¹ Kissinger, Henry (2011): S. 494.

¹⁷² Heberer, Thomas (2008): S. 54f.

Die KPCh nutzte ihr Propagandasystem und dessen Einfluss auf die staatlich kontrollierten Massenmedien, um jedweden Ansatz eines öffentlichen Diskurses in diesem Zusammenhang zu unterbinden. Erst nach mehreren Jahren gelang der KPCh die Neuausrichtung. Der Hauptgrund für die entstandene Aufregung war erneut die Verwirrung infolge einer mangelnden ideologischen Verknüpfung sozialistischer Normen einerseits und kapitalistischer sozio-ökonomischer Realität andererseits.¹⁷³ Die neuerliche Lösungsstrategie des Einparteien-Regimes zielte darauf, die „fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“, die innerhalb der „Drei Vertretungen“ lediglich an dritter Stelle vorkamen, in den Vordergrund zu rücken. Der Schwerpunkt der Ideologie verlagerte sich auf Wachstum und Wohlstand *für das Volk*:

„The aim of this new vocabulary was clearly to reinvigorate the CCP’s status as the vanguard of the (proletarian) masses and thus renew the normative justification of its traditional authority according to the principle of popular sovereignty under the leadership of the party.“¹⁷⁴

Die KPCh stand nun für Kontinuität und Politik im Sinne aller, der Bürger ebenso wie des Regimes: „[T]he party claims to be the motor of history by virtue of its innovativeness, the impetus behind the development of ‘Socialist Culture’.“¹⁷⁵ Damit kommt der KPCh als Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft eine Schlüsselrolle bei der Herstellung „sozialer Harmonie“ zu.¹⁷⁶ Die Innovationsfähigkeit der KPCh in politischen, sozialen und kulturellen Bereichen wurde außerdem als Vorbedingung für den internationalen Aufstieg der VR China dargestellt. Auf diese Weise verschaffte sich die KPCh eine Rechtfertigung ihres Monopols auf Wahrheit und der somit strikt innerparteilichen Interpretation zuungunsten eines öffentlichen Diskurses.

Trotzdem wurde der Eintritt von Unternehmern in die KPCh gestattet, was auch faktisch die endgültige Abkehr von einer Arbeiter- und Bauernpartei markierte. Laut Argumentation der KPCh arbeiten Privatunternehmer nicht primär für den eigenen Profit, sondern tragen zur Modernisierung der chinesischen Nation bei und sind daher als sozialistische Patrioten zu betrachten. Die Haltung der KPCh hat sich allerdings nicht nur gegenüber Privatunternehmern geändert, vielmehr sollen von nun an auch Angehörige der entstandenen Mittelschicht einbezogen werden, die ihrerseits nicht zur herkömmlichen Arbeiterklasse hinzugerechnet werden können.

¹⁷³ Holbig, Heike (2013): S. 68.

¹⁷⁴ Ebd.: S. 69.

¹⁷⁵ Ebd.: S. 71.

¹⁷⁶ Vgl. ebd.: S. 70.

Deshalb wird von der KPCh auch in diesem Zusammenhang auf die bereits beschriebenen Patriotismus- und Nationalismuskonzepte zurückgegriffen:

„Weil die Staatsführung nicht mehr proklamiert, Arbeiter- und Bauernstaat, sondern ein ‚Volksstaat‘ zu sein, versteht sich infolgedessen die Arbeit der Partei(-führung) im und durch den Staat als klassenübergreifend, die, durchaus im Sinne einer Expertenherrschaft, die Modernisierung der Nation vorantreibt.“¹⁷⁷

Für die KPCh bedeutete dieser Umstand jedoch auch, dass sie zur Rekrutierung neuer Schichten und breiter Teile der Bevölkerung ihr Profil anpassen musste:

„Diese ökonomistische Entwicklung schlägt sich zugleich in einer Veränderung der Grundprinzipien der Partei nieder. So wurde die sozialistische Marktwirtschaft zum Ziel der Parteipolitik und die Ausbildung in dieser Marktwirtschaft zum Grundkanon der Parteihochschulen erklärt.“¹⁷⁸

Es erfolgte also abermals eine Anpassung der Ideologie, wonach die wirtschaftliche Entwicklung und die Lösung nationaler Probleme Vorrang vor der Ausbreitung der „unumstößlichen revolutionären Wahrheit“¹⁷⁹ haben. Die Einbeziehung breiterer Teile der Bevölkerung führte außerdem dazu, dass die ideologische Einheit der Partei nicht mehr ohne Weiteres als gegeben vorausgesetzt werden kann, selbst wenn nach außen ein anderes Bild aufrechterhalten wird: „In ihr kommen in diskursiv und institutionell vermittelter Weise gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zum Ausdruck – weil sie sozusagen die einzige relevante und zugleich größte Plattform für die Willensbildung im Land darstellt.“¹⁸⁰ Flügelkämpfe insbesondere bezüglich der Ausrichtung der Reform- und Öffnungspolitik sind auch der KPCh nicht fremd.

Gleichzeitig hatten die marktwirtschaftlichen Reformen eine Ökonomisierung sowohl der Politik der KPCh als auch der Lebenswelt der chinesischen Bevölkerung zur Folge, „ökonomische Handlungsabläufe und ökonomisches Effizienzdenken“¹⁸¹ fanden ihren Einzug in den Alltag. „Karriere, Aufstieg und Abstieg, Einkommen und Prämien der Kader hängen wesentlich von ökonomischen Erfolgen ab, nicht mehr von vermeintlicher politischer oder ideologischer Standfestigkeit.“¹⁸² Ausgerechnet durch den Abbau ideologischer Hürden zugunsten wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen wurde eine Parteikarriere für bisherige Kader zunehmend unattraktiv.

¹⁷⁷ ten Brink, Tobias (2013): S. 259.

¹⁷⁸ Heberer, Thomas (2008): S. 42; Hervorhebung des Autors.

¹⁷⁹ Kissinger, Henry (2011): S. 476.

¹⁸⁰ ten Brink, Tobias (2013): S. 262.

¹⁸¹ Ebd.: S. 41.

¹⁸² Ebd.

Viele einstige Funktionäre erkannten die besseren Verdienstmöglichkeiten in der Wirtschaft und verließen die KPCh. Es lässt sich daher diagnostizieren, dass die „Ausrichtung der Partei auf Ökonomie und Markt, die Ablösung politisch-ideologischer Zugangskriterien zur Partei durch stärker an ökonomischem Erfolg und höherer Bildung orientierten Kriterien [...] das Parteigefüge grundlegend verändert“¹⁸³ hat. Eine Wechselwirkung zwischen Kadern, die die Partei zugunsten einer Anstellung in der Wirtschaft verlassen und Unternehmern, die zur Ausübung von Lobbyismus in die Partei eintreten, ist kennzeichnend für die gegenwärtige Struktur der KPCh.

Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Partei sind jedoch nicht das einzige Merkmal für die Wirkung einer angepassten Ideologie auf die Bevölkerung. Im Folgenden wird daher die ökonomische Dimension der neuen Ideologieauslegung dargestellt.

3.3.2 Vom Maoismus zur „sozialistischen Marktwirtschaft“

Das politische, wirtschaftliche und soziale Gefüge der VR China wurde von ihrer Gründung 1949 bis in die 1980er Jahre von einer um die Ideen Maos ergänzte Form des Marxismus-Leninismus, auch als Maoismus bezeichnet, geprägt. Charakteristisch für die Gründungszeit der kommunistischen VR China war die Parallelität von Industrialisierung einerseits und dem Aufbau eines leninistischen Regierungsapparates andererseits.¹⁸⁴ Die politisch-ideologische und die ökonomische Sphäre waren demnach von Beginn an miteinander verbundene Systeme. Der anfängliche Anschein einer politischen Liberalisierung verflüchtigte sich jedoch schnell: „Ab 1958 trat das Regime in eine totalitäre Phase ein, die von massiver Indoktrinierung, verringerter Performanz, massiver Repression sowie einem niedrigen Maß an Kooptation gekennzeichnet war.“¹⁸⁵ Die „permanente Revolution“ kann daher als das Hauptmerkmal des Maoismus angesehen werden: „Mao entwickelt eine Variante des Marxismus-Leninismus, die per Dauermobilisierung, Terror und Umerziehung die Industrialisierung voranzutreiben versucht.“¹⁸⁶ Darüber hinaus ist auch das Verhältnis Maos zur chinesischen Tradition, insbesondere zum Konfuzianismus, bezeichnend: „Der Maoismus intendiert einen Bruch mit der kulturellen Tradition des Landes. Insofern ist er die modernste revolutionäre Ideologie. Eine mehrere Jahrtausende alte Hochkultur soll im Namen einer importierten Ideologie zerstört werden.“¹⁸⁷

¹⁸³ Ebd.: S. 82.

¹⁸⁴ Göbel, Christian (2014): S. 208.

¹⁸⁵ Ebd.: S. 209.

¹⁸⁶ Ottmann, Henning (2010): S. 369.

¹⁸⁷ Ebd.: S. 378.

Maos Schriften bilden die Grundlagen dieses chinesischen Marxismus, der durch die von Mao selbst eingebrachten Revolutionserfahrungen eine stark militaristische Prägung aufweist: „Das Militär als wichtige Herrschaftskomponente und die Nationalitätenpolitik [...] stellen wichtige Säulen politischer Stabilität oder Instabilität dar.“¹⁸⁸ Diese Fokussierung diente gleichermaßen der Gewinnung von Bauern für die Partei anstelle von Arbeitern als typischen Akteuren eines Klassenkampfes wie auch der Förderung eines bis heute bestehenden Nationalismus.¹⁸⁹ Wie Heberer in diesem Zusammenhang bemerkt, hatte die Isolierung durch den Westen sowie die Sowjetunion „Peking zu größtmöglicher Autarkie genötigt“¹⁹⁰. Die Kraft der Masse galt für Mao als „Motor der chinesischen Entwicklung“¹⁹¹, was sich in Idee der oben genannten „permanenten Revolution“ ausdrückte. Dennoch war die Legitimität des Einparteien-Regimes insbesondere auf dem Land niedrig, weshalb es immer wieder zu Aufständen der gut organisierten Bauernschaft kam: „Das Überleben des Regimes dürfte eher dem Terror als der Performanz geschuldet sein.“¹⁹² Wie Göbel zutreffend bemerkt, setzte das Einparteien-Regime insbesondere in der Mao-Ära und vorrangig während der Kampagne des „Großen Sprung nach vorn“ auf Repression als zentrales Mittel zur Stabilisierung seiner unangefochtenen Alleinherrschaft. Ottmann zieht hierzu folgende, erschütternde Bilanz: „Kein totalitäres System hat mehr Menschen getötet als das chinesische.“¹⁹³

Eine Verschiebung der zur Legitimitätsherstellung und –sicherung präferierten Mittel lässt sich erst in den 1970er Jahren und insbesondere nach dem Tod Maos feststellen. Das Ende der Mao-Ära und das daraus entstandene innenpolitische Ideologie- sowie Machtvakuum zwangen das Einparteien-Regime zur Reformulierung der seiner Politik zu Grunde liegenden Ideologie. Die KPCh ersetzte Repression als Werkzeug zur Wahrung des eigenen Herrschaftsanspruchs durch politische Reformen, die fortan ihre Legitimität sichern sollten. Infolgedessen nahm die Reformpolitik mit den „Vier Modernisierungen“ ihren Anfang, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Ab diesem Zeitpunkt begann die kapitalistische Ordnung Einzug in die kommunistische VR China zu halten und den Alltag der Bevölkerung nachhaltig zu verändern und zu prägen. Darüber hinaus kam es durch das Einleiten einer Öffnungspolitik zur außenpolitischen Annäherung an die USA.

¹⁸⁸ Heberer, Thomas (2008): S. 21.

¹⁸⁹ Vgl. Göbel, Christian (2014): S. 210.

¹⁹⁰ Heberer, Thomas (2008): S. 29.

¹⁹¹ Ebd.: S. 211.

¹⁹² Ebd.: S. 212.

¹⁹³ Ottmann, Henning (2010): S. 375.

Im Zuge des Rückgangs von Repression wandelte sich auch die Stellung von Ideologie und Partei in der Gesellschaft: „Die Phase von 1976 bis 1989 war auch hinsichtlich der Anwendung von Gewalt und der Bereitstellung verpflichtender Deutungsmuster von einem Rückzug des Staates gekennzeichnet.“¹⁹⁴ Ein derartiger Bedeutungsverlust der bisher den Alltag dominierenden Ideologie sorgte in der Reformära überdies für eine Möglichkeit zur Demokratisierung des chinesischen politischen Systems: „Eine vorsichtige Trennung von Partei und Regierung, von Regierung und Management wird angestrebt.“¹⁹⁵ Dieses Vorhaben wurde jedoch nicht umgesetzt. Immer wieder entbrannte die Debatte über den Wirkungszusammenhang zwischen Demokratie und sozialem Fortschritt. Die KPCh betrachtete Demokratie als Resultat sozialen Fortschritts, wohingegen Kritiker demokratische Strukturen als Voraussetzung desselben ansahen. Die Reformära ist daher von einer graduellen Wirtschaftsliberalisierung bei gleichzeitig begrenzter politischer Mitbestimmung der Bevölkerung geprägt.

Bis 1989 verringerte sich der Einsatz staatlicher Repression weiter und nahm „erst als sich eine breite gesellschaftliche Koalition aus Studenten, Intellektuellen, Arbeitern und anderen gesellschaftlichen Gruppen auf dem Platz des Himmlischen Friedens versammelte und Reformen einforderte“¹⁹⁶ zu. Eine erstarkende Gesellschaft forderte freiheitliche Bürgerrechte und brachte die Zentralregierung in Bedrängnis, was diese mit blutiger Repression beantwortete. Dieses Massaker bildete einen schweren Einschnitt in der Geschichte der VR China. Dennoch gelang es der KPCh auch unter dem innenpolitischen Druck dieser Ereignisse sowie den außenpolitischen Umbrüchen in der Sowjetunion und Osteuropa, durch Instrumentalisierung und Reformulierung der Leitideologie die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung von der Rechtmäßigkeit ihrer Alleinherrschaft zu überzeugen.

Während in der Zwischenzeit eine „äußerst flexible und pragmatische Interpretation des Sozialismus“¹⁹⁷ erfolgte, bekennt sich die VR China laut eigenen Aussagen bis heute offiziell zur Überlegenheit desselben. Laut Ansicht der KPCh haben Sozialismus und Marktwirtschaft gleichermaßen die Steigerung der Produktivkräfte als Ziel.¹⁹⁸ Diese Anpassung wurde notwendig, um zum Gelingen der marktwirtschaftlichen Transformation ideologische Hindernisse überwinden zu können.

¹⁹⁴ Göbel, Christian (2014): S. 215.

¹⁹⁵ Ottmann, Henning (2010): S. 387; Hervorhebung des Autors.

¹⁹⁶ Göbel, Christian (2014): S. 215f.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Vgl. Cho, Hyekyung (2005): S. 277.

Durch die Modifikation der marxistischen Doktrin kam es zu einer Aufweichung der Ideologie, um eine *ideologische* Legitimierung der Reformen überhaupt erst zu ermöglichen. Eine Legitimation der Reformen fand somit *ex post facto* statt.¹⁹⁹

Die Anpassung der ökonomischen Dimension der einstigen marxistisch-maoistischen Ideologie schlägt sich am deutlichsten in Dengs 1992 geschaffenen Terminus der „sozialistischen Marktwirtschaft“ nieder. Tobias ten Brink sieht in dieser Neuinterpretation des Sozialismus den Versuch Dengs, das kommunistische Erbe trotz Wirtschaftsreformen und Liberalisierung aufrechtzuerhalten: „Die Marktwirtschaft wurde zu einem systemneutralen Steuerungsmedium umgedeutet, das nicht einfach mit Kapitalismus zur Deckung gebracht werden könne.“²⁰⁰ Durch Verwendung des Ausdrucks „sozialistische Marktwirtschaft“ markierte Deng zugleich die Irreversibilität der Reformen, was Klarheit über den weiteren ökonomischen Prozess schaffen sollte. In politisch-ideologischer Hinsicht herrschte durch den vorangegangenen Zerfall der UdSSR weiterhin Angst vor einem ähnlichen Schicksal der VR China, was zu einem Konsens über den „Primat gesellschaftlicher politischer Stabilität“²⁰¹ zwischen der Bevölkerung und der KPCh führte.

Im Hinblick auf Fragen nach Menschen- und Bürgerrechten wurden die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens von der KPCh dahingehend instrumentalisiert, dass laut offizieller Interpretation Demonstrationen als westlich-demokratische Einflüsse unterbunden werden müssten, da ansonsten Anarchie drohe: „Die propagandistische Gleichung ‚politische Freiheit gleich Chaos und Elend‘ erweckte das Trauma der Kulturrevolution.“²⁰² In Anspielung an diese Zeit voller Entbehrungen, Ungewissheit und Leid für die chinesische Bevölkerung wurde das Herrschaftsmonopol der KPCh gefestigt und verlorene Legitimität durch Diskreditierung der Protestbewegung als „unpatriotisch“ wiederhergestellt. Daran schloss sich zudem ein „Wachstumsrausch“²⁰³ an, der die VR China einen gänzlich anderen Weg in die Zukunft einschlagen ließ, als es der UdSSR möglich war. Das damit verbundene Pathos „riss alle ideologischen Barrikaden gegen den bis dahin als Feind betrachteten Weltkapitalismus nieder“²⁰⁴ und verlagerte den Fokus vollständig auf die ökonomische Entwicklung.

¹⁹⁹ Vgl. Göbel, Christian (2014): S. 215.

²⁰⁰ ten Brink, Tobias (2013): S. 264.

²⁰¹ Cho, Hyekyung (2005): S. 250.

²⁰² Ebd.: S. 218.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Ebd.: S. 10.

Zusätzlich zu diesen Entwicklungen kam es nach 1989 zur Anpassung der außenpolitischen Strategie.²⁰⁵ Die im Gegensatz zur UdSSR bereits früh eingeleiteten marktwirtschaftlichen Reformen waren dabei hilfreich und wurden zum Zweck der Eingliederung der VR China in den Weltmarkt sogar noch ausgeweitet. Zum Schutz der eigenen Industrie und Wahrung nationaler Interessen betrieb die VR China allerdings eine „asymmetrische Weltmarktintegration“²⁰⁶. Diese garantierte ihr einerseits die Erschließung ausländischer Märkte für den Export und sorgte andererseits für Zugangsbeschränkungen zum chinesischen Markt: „Für das Land, dem das maoistische Prinzip der ökonomischen Selbstversorgung als Gründungslegitimation und zugleich wesentlicher Bestandteil der Staatsideologie seit 1949 eingepägt war, stellt der Weltmarkt eine zwiespältige Gestalt dar.“²⁰⁷ Die USA als wichtiger Handelspartner verfolgten jedoch diametral die gleiche Strategie. Das Verhältnis wurde zusätzlich durch die immer wiederkehrende Menschenrechtsfrage belastet, die ihrerseits zu „dauerhaftem Störfaktor im außenpolitischen Feld“²⁰⁸ heranwächst. In der Folge geriet wieder verstärkt die Innenpolitik in den Fokus der Politik des chinesischen Einparteien-Regimes.

Dengs Nachfolger Jiang verfolgte mit der Übernahme der Bezeichnung „sozialistische Marktwirtschaft“ das Ziel, „die Praxis zum einzigen Kriterium der Wahrheit zu machen“²⁰⁹, was den Handlungsspielraum der KPCh quasi unendlich erweiterte. Offiziell war ab jetzt nicht mehr eine starre Ideologie der Maßstab für die Güte der Politik, sondern deren praktische Umsetzung und ihr Nutzen für die chinesische Bevölkerung ebenso wie für die KPCh. Außerdem verband Jiang die durch die Reformen ausgelösten positiven Entwicklungen mit der KPCh, wodurch diese als Bindeglied und „historischer Wegweiser für die chinesische Nation von ihren Anfängen bis in die Gegenwart“²¹⁰ definiert wurde. Damit wurde die politische Unentbehrlichkeit der KPCh, die ab sofort als Verkörperung von *Kontinuität* und *Stabilität* gilt, manifestiert. Darüber hinaus wurde Marktwirtschaft als eine nicht automatisch mit dem Kapitalismus verbundene Praxis definiert, die insofern auch im Sozialismus möglich sei. Diese Deutung festigte den Terminus der „sozialistischen Marktwirtschaft“ als Verbindung beider Elemente und ließ ihn endgültig zur neuen Leitidee aufsteigen.

²⁰⁵ Vgl. ebd.: S. 232.

²⁰⁶ Ebd.: S. 237.

²⁰⁷ Ebd.: S. 281.

²⁰⁸ Ebd.: S. 233.

²⁰⁹ Ebd.: S. 212.

²¹⁰ Ebd.: S. 213.

Die flexible Anpassung der ehemals marxistisch-leninistischen Ideologie zeugt von der Offenheit der chinesischen Führung für alternative Legitimationsgrundlagen anstelle einer exklusiven Ideologie. Daher kann die gegenwärtige VR China nur eingeschränkt als „Ideokratie“ beschrieben werden. Vielmehr hat die hier geschilderte permanente Neuerfindung der Partei und ihrer Ideologie gewissermaßen die von Mao beabsichtigte „permanente Revolution“ abgelöst und im Gegenteil zu einer Aufweichung anstelle einer Festigung der Ideologie geführt. Dieser ideologische Pragmatismus lässt sich an einer Vielzahl weiterer Maßnahmen beobachten. In diesem Zusammenhang bezeichnet ten Brink die oftmals vorgenommenen Anpassungen als „Ideologieakrobatik“:

„Eine synkretistische Verbindung von Vorstellungen eines starken Staates, konfuzianischen und (kultur-)nationalistischen Auffassungen ist entstanden, die den ‚sinisierten‘ Marxismus zu einem nicht westlichen Programm der kapitalistischen Modernisierung machen.“²¹¹

Der Wandel ihrer Herrschafts- und Legitimationsideologie ist der KPCh somit in mehreren Fällen und unter verschiedensten Vorzeichen bis heute gelungen.

3.3.3 Vom staatseigenen zum kommerzialisierten Propagandasystem

Ein umfangreiches Propagandasystem bildet einen weiteren bedeutsamen Bestandteil der Sicherung des Herrschaftsmonopols der KPCh. Dieses System wird zwar vorwiegend über die verbliebenen staatseigenen Medien betrieben und gesteuert, kontrolliert jedoch auch die Arbeit der kommerzialisierten Medien. Wie gezeigt werden wird, hat selbst die Liberalisierung der Massenmedien der VR China, allen voran Zeitungen und Fernsehen, die Informationshoheit des Einparteien-Regimes nicht nachhaltig bedrohen können. So gelang es der KPCh auch weiterhin, auf sich wandelnde Realitäten durch gezielten Einsatz von Propaganda zu reagieren. Insbesondere in der Folgezeit nach 1989 war dies aus Sicht der KPCh dringend erforderlich. Durch die Verbreitung der pragmatisch angepassten Ideologie konnte sie ihren Führungsanspruch und ihre Legitimität sicherstellen.

Göbel stellt in einer ausführlichen Fallstudie über die VR China eine seit 1989 veränderte Performanzstrategie fest, die von einer Reform des Propagandasystems begleitet wird.²¹² Die Vernachlässigung einer ausgefeilten Propaganda in den 1980er Jahren führte Göbel zufolge zum Aufkommen der Demokratiebewegung, die durch die blutige Auseinandersetzung auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 ihr Ende fand:

²¹¹ ten Brink, Tobias (2013): S. 263.

²¹² Vgl. Göbel, Christian (2014): S. 223.

„In den folgenden Jahren schränkte die Regierung daher die Freiheit der Medien weiter ein und legte einen Schwerpunkt in der Propagandaarbeit auf die Gestaltung überzeugenderer Narrative.“²¹³

Das Gut der Pressefreiheit, welches in liberalen Demokratien als Selbstverständlichkeit erscheint, ist in Autokratien oftmals eine unter Einschränkungen geduldete Errungenschaft. Insbesondere im Falle der VR China markiert die Marktöffnung einen „radikalen Bruch mit der Vergangenheit“²¹⁴. Wie bereits in vielen westlichen Demokratien, erfolgte auch in der VR China innerhalb der letzten drei Jahrzehnte eine Kommerzialisierung im Bereich der ehemals staatseigenen Massenmedien: „This is significant because regime type and regulatory practices of the media industry have traditionally been regarded as linked.“²¹⁵ Wie sich eine derartige Reform auf den Fortbestand autoritärer Herrschaft auswirkt und welche sozialen Implikationen sich daraus ergeben, war für die Politikwissenschaftlerin Daniela Stockmann die zentrale Frage ihrer Dissertation. Stockmann untersuchte in ihrer Studie über die VR China, wie politische Kommunikation in einem autoritären Einparteiensystem erfolgt. Dabei bildete das Verhältnis von Menschen, die unter autoritärer Herrschaft leben und dem Staat den Ausgangspunkt ihres Forschungsinteresses. Zunächst war ihre Hypothese, dass eine Marktöffnung zu einer Liberalisierung samt breiterem Angebot führen würde, weshalb sie von einer durch kommerzielle Liberalisierung angestoßene politische Liberalisierung ausging, die ihrerseits im weiteren Verlauf gar zur Demokratisierung beitragen könnte.²¹⁶ Ihre Untersuchungen brachten jedoch genau das Gegenteil zu Tage. Stockmann kam zu dem Befund, dass das chinesische Einparteiensystem, das über seine Institutionen nach Bedarf Druck auf die Medien ausüben kann und die Einhaltung strenger Regeln insbesondere für ausländische Medienunternehmen kontrolliert, eine privilegierte Stellung besitzt und Pressefreiheit unterbindet: „Overall, the balance between liberalization and control promoted regime stability rather than diluted it.“²¹⁷ Staatliche Eingriffe in die Arbeit der Medien sichern der KPCh Einfluss zulasten eines tatsächlich liberalisierten Medienapparats. Die Kommerzialisierung erfolgte nämlich bei gleichzeitiger Verzahnung der Strukturen von Propagandaadministration und Kulturmarkt.

²¹³ Ebd.: S. 224.

²¹⁴ Stockmann, Daniela (2013): *Media Commercialization and Authoritarian Rule in China*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1.

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Vgl. ebd.: S. xv.

²¹⁷ Ebd.: S. xv.

Diese Verbindung und Kontrolle äußerte sich zuallererst in einer Beschränkung der Publikationen durch offizielle Stellen. Im Hinblick auf die Privatisierung des Mediensystems setzte die KPCh „politische Konformität mit [...] medienpolitischen Richtlinien“²¹⁸ als Bedingung für den Marktzutritt von ausländischen Medienunternehmen voraus, wobei die Partei selbst festlegte und entschied, was als konform gilt. Diese Praxis führte beispielsweise zu Verboten sowohl ausländischer Nachrichtenanbieter wie Reuters oder Bloomberg als auch der Entsendung von Korrespondenten.²¹⁹

Göbel diagnostiziert insbesondere seit 2008 eine verstärkte Fokussierung der KPCh auf Propagandaarbeit, was gewiss auf die in diesem Jahr in Peking stattfindenden Olympischen Spiele zurückgeführt werden kann. So setzte die KPCh ab diesem Zeitpunkt verstärkt auf das Fernsehen als wichtigstem Medium sowohl in den Städten als auch in ländlichen Gegenden. Eine sogenannte „Reform des Kultursystems“ sollte neben der Bereitstellung von Informationen und Inhalten auch für die Erziehung der Bevölkerung im Sinne der Partei sorgen.²²⁰ Zu diesem Zweck nutzte die KPCh die weiterhin von ihr betriebenen und somit kontrollierten Massenmedien zur Schaffung einer „Omnipräsenz der Partei im alltäglichen Leben“ der chinesischen Bevölkerung. Staatliche Programme verbreiteten „erzieherische Maßnahmen mit einer Fülle von Propaganda, welche politische und soziale Normen und Verhaltensregeln vorschrieben und zugleich Argumente für eine Bestrafung aller Normabweichler lieferten“²²¹. Auch im Rahmen der bereits geschilderten Patriotismuskampagnen spielten die Medien eine wichtige Rolle. Eigens produzierte historische TV-Dramen stellten „Patriotismus als geistige Triebkraft für das Wirtschaftswachstum und als geistige Widerstandskraft gegen alte und neue Hegemonialmächte des Westens“²²² dar.

Durch das Aufkommen der sogenannten „Neuen Medien“ sah sich das chinesische Einparteien-Regime jedoch vor neuartige Herausforderungen gestellt, was die Sicherung sowohl seines Herrschaftsanspruchs als auch seiner Legitimität betraf. Insbesondere die rasante Verbreitung des Internets gefährdete das „Deutungsmonopol für gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen“²²³, welches die KPCh bis heute für sich beansprucht. Speziell dieses Medium erwies sich für das chinesische Einparteien-Regime außerdem als problematisch.

²¹⁸ Cho, Hyekyung (2005): S. 219.

²¹⁹ Vgl. ebd.: S. 220f.

²²⁰ Vgl. Göbel, Christian (2014): S. 226.

²²¹ Cho, Hyekyung (2005): S. 218.

²²² Ebd.: S. 244.

²²³ Göbel, Christian (2014): S. 224.

Es musste eine Abwägung der ökonomischen Potenziale des Internets gegen die Gefahr frei flottierender, alternativer Meinungen stattfinden. Die KPCh entschied sich für eine starke Regulierung und Überwachung des Internets durch verschiedene staatliche Behörden. Da diese Kontrolle des Internets jedoch mit erheblichem finanziellem und personellem Aufwand verbunden war, setzte die Partei auf eine ergänzende Strategie. Durch Zensur, Androhung von Strafen und weitere Formen gezielter Beeinflussung gelang es, dass klassische Medien nicht über im Internet verbreitete negative Vorkommnisse berichteten oder diese im Fall einer unvermeidlichen Berichterstattung nach offiziellen Vorgaben bearbeiteten. Das Verhältnis zwischen Medien und staatlichen Zensoren beschreibt Stockmann dabei wie folgt: „Constant negotiation between media practitioners and propaganda officials for societal space constitutes one mechanism through which the Chinese leadership learns about when public opinion diverges from the official line of the state.“²²⁴ Dennoch sind die Auswirkungen der staatlichen Kontrolle und Zensur im Sinne der KPCh nicht grenzenlos: „However, there are also clear limitations to the malleability of public opinion as media messages become detached from people’s personal experiences.“²²⁵ Zu beachten ist hierbei überdies eine regionale Disparität, ähnlich der sozio-ökonomischen, die im unterschiedlichen Zugang zu kommerziellen Medien besteht. Das Angebot an Zeitungen ist beispielsweise in Städten der Ostküste weitaus größer als in den ländlichen Gebieten in Chinas Westen.²²⁶

Vor der Transformation des Medienmarktes waren Presseerzeugnisse sowohl von einer Kontrolle ihrer ideologischen Linie als auch planwirtschaftlichen Vorgaben betroffen.²²⁷ Die Marktöffnung im Bereich der Medien führte zu einer ökonomischen Liberalisierung und Kommerzialisierung, wobei die politisch-ideologische Kontrolle weiterhin besteht. Das Mittel der Zensur bleibt weiterhin ein elementares Vorrecht des chinesischen Einparteien-Regimes zur Lenkung der Nachrichtenströme und Manipulation der öffentlichen Meinung. Die Einflüsse kommerzieller wie auch der „Neuen Medien“ durch die Verbreitung des Internets werden zwiespältig bewertet: „Scholars and media activists interpret these dynamics in two ways, one side stressing liberalization and prospects for democratization, and the other emphasizing control and authoritarian resilience.“²²⁸

²²⁴ Stockmann, Daniela (2013): S. 255.

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Vgl. ebd.

²²⁷ Vgl. ebd.: S. 254.

²²⁸ Ebd.

Die politischen Implikationen des geöffneten, wenn auch weiterhin streng kontrollierten und insbesondere für ausländische Anbieter regulierten Medienmarktes legen nahe, dass beide Auslegungen zumindest teilweise Richtigkeit besitzen. Sie sind keinesfalls so widersprüchlich, wie sie auf den ersten Blick erscheinen.²²⁹

„Responsive authoritarianism in Chinese media requires a certain degree of toleration for societal space in order for market-based media to become profitable.“²³⁰ Die Vorteile eines liberalisierten Medienmarktes für die chinesische Führung sind vielfältig. So profitiert die chinesische Führung von der Marktöffnung, da sie wesentlich weniger Ressourcen zur Finanzierung der staatseigenen Medien auf- und ein weitaus geringeres Maß an Zwang anwenden muss, um eine in ihrem Sinne gestaltete Berichterstattung zu gewährleisten. Dennoch können schon wenige kritische Journalisten, unterstützt durch die schiere Größe und Reichweite der chinesischen Medienindustrie, ein hohes Maß an Druck auf die Parteiführung aufbauen. Diese sieht sich zur Sicherung sozialer Stabilität gezwungen, auf Forderungen der Bevölkerung einzugehen, kann dies aber gleichzeitig nach außen als Offenheit darstellen und ihrerseits von der gesellschaftlichen Rückkopplung profitieren: „In this struggle between media and the state, neither of the two sides emerge as the winner, although a balance between tolerance and control has a stabilizing effect on the overall system.“²³¹

Zusammengefasst lässt sich das Wechselspiel zwischen Kontrolle und Instrumentalisierung der Medien durch den Staat für seine Zwecke wie folgt beschreiben:

„Responsive authoritarianism in Chinese media requires the Chinese state to strike a balance between communicating information from society to the state while simultaneously maintaining the capacity to disseminate the goals and policies of the government and to guide public opinion.“²³²

Im folgenden Kapitel wird der Grad an Legitimität der KPCh durch die Anwendung von Beethams Konzept analysiert. Dabei wird sich herausstellen, ob die in diesem Kapitel beschriebenen Maßnahmen als erfolgreich, weil legitimitätsstiftend, zu bewerten sind.

²²⁹ Vgl. ebd.: S. 255.

²³⁰ Ebd.

²³¹ Ebd..

²³² Ebd.: S. 256.

4 Anwendung des Konzepts mit kritischer Bewertung

Die vorangegangene Schilderung der Aktivitäten der KPCh zur Herstellung und Sicherung von Legitimität hat gezeigt, dass ein kontinuierlicher Wandel die einzelnen Stränge der verschiedenen Legitimationsstrategien durchzieht. Demnach hat sich für die KPCh hinsichtlich der Legitimität ihres Herrschaftsmonopols eine Verschiebung von einer autonomen Erklärung zu einer heteronomen ergeben. Hauptsächlich ist dies auf die gewachsene Bedeutung der Ökonomie infolge der Reform- und Öffnungspolitik zurückzuführen, die zulasten der sozialistischen Ideologie geht.

In diesem Kapitel erfolgt nun die Anwendung des Legitimitätskonzepts Beethams auf den Kontext des chinesischen Einparteien-Regimes und die im vorigen Kapitel dargestellten Maßnahmen. Die Analyse verläuft entlang der von Beetham definierten drei Dimensionen von Legitimität, die *Regeln*, *Überzeugungen* und *Zustimmung der Beherrschten* umfassen.

4.1 Regelkonformität und Rechtmäßigkeit der Macht

Die erste Dimension von Beethams Legitimitätskonzept charakterisiert Macht als legitim, sofern sie konform zu festgelegten Regeln und demzufolge legal ist.²³³ Wendet man diesen Maßstab auf die KPCh an, lässt sich erkennen, dass die Macht der Partei auf von ihr selbst erstellten Regeln gründet. Seit Ausrufung der VR China im Jahr 1949 hat die KPCh die alleinige politische Führungsrolle inne. Sie verfügt über ein offizielles Statut, das neben der Organisationsstruktur der Partei auch Auskunft über ideologische Grundlagen, ihre Ziele und Vorhaben gibt.²³⁴ In Anlehnung an die offizielle Eigendarstellung war das anfängliche Ziel des Einparteien-Regimes eine Verwirklichung der Gesellschaftsordnung des Kommunismus. In den Folgejahrzehnten ihrer Herrschaft ergänzte respektive erneuerte die KPCh diese Zielbeschreibung und vollzog insbesondere unter der Führung Dengs tiefgreifende Marktformen, die dem ursprünglichen Ziel offenkundig zuwiderliefen. Diese Problematik beschreibt bereits Linz im Rahmen seiner Typologie als kennzeichnend für autoritäre Regime, die sich zur Legitimierung auf Ideologien stützen. Demzufolge geht das Bekenntnis zu einer Ideologie unvermeidlich mit dem Ausschluss bestimmter Alternativen einher.²³⁵

²³³ Vgl. Beetham, David (1991): S. 20.

²³⁴ Eine deutsche Übersetzung des „Statut der Kommunistischen Partei Chinas“ aus dem Jahr 2012 findet sich beispielsweise auf der offiziell von der VR China autorisierten Internetpräsenz des China Internet Information Center (CIIC).

²³⁵ Linz, Juan J. (2009): S. 35.

Doch obschon der Handlungsrahmen auf diese Weise festgelegt und mit Einschränkungen verbunden ist, sind Änderungen der Ideologie selbst nicht ausgeschlossen.

Die Herstellung der Regelkonformität und damit Legalität ihrer Macht gelang der KPCh insbesondere durch beständige Änderung zentraler Formulierungen in ihrem Parteistatut, das neben der Verfassung die rechtliche Grundlage der Politik in der VR China bildet. Anhand von Formulierungen in den verschiedenen Parteisatzungen zwischen 1956 und 2007 kann der ideologische Wandel der Politik der KPCh exemplarisch verdeutlicht werden. Der zu Beginn maßgeblich von der Sowjetunion übernommene Marxismus-Leninismus wurde 1982 durch die Ideen Maos ergänzt und somit gewissermaßen „sinisiert“. In den folgenden Jahrzehnten wurden die Ideen Dengs sowie die bereits erläuterten „Drei Vertretungen“ Jians ebenfalls zur „Richtschnur des Handelns der KP China“ erhoben. In diesem Zug kam es zu einer Öffnung der Partei für das gesamte Volk, allen voran nun auch Privatunternehmer. Zuletzt wurde das Statut 2007 um das sogenannte „wissenschaftliche Konzept von Entwicklung“ ergänzt, welches das Ziel hat, die Situation der sozial Abgehängten und Schwachen zu verbessern.²³⁶ Auch die Verfassungsänderung im Jahr 1999 markiert einen Wendepunkt. Durch Umformulierung wurde die Privatwirtschaft vorsichtig zum „wichtigen Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft“ erhoben.²³⁷ Dadurch erfolgte *ex post* eine Legitimierung der vorangegangenen Reformpolitik, die nunmehr regelkonform und auch ideologisch gerechtfertigt war. Der politisch-ideologische Wandel der KPCh erfuhr somit eine offizielle Kodifizierung.

Der Pragmatismus der KPCh bei ihrer Legimitätsbeschaffung drückt sich darüber hinaus auch in der Art der Anpassung ihrer offiziellen Ideologie an die veränderte Stellung des Ökonomischen aus:

„Die *Legitimität des Systems* basiert nicht mehr auf einer einzelnen Ideologie, sondern wird funktional begründet: mit dem Versprechen, Entwicklung, Modernisierung und nationale Stärke zu realisieren, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität sicherzustellen und Schaffung einer ‚sozialistischen Demokratie‘ und einer ‚Rechtsherrschaft‘.“²³⁸

Außerdem erfolgte im Jahr 2004 von offizieller Seite eine neue Zielbeschreibung, die wiederum als Narrativ betrachtet werden kann und sich erneut konfuzianischer Philosophie bedient.

²³⁶ Heberer, Thomas (2008): S. 43.

²³⁷ Vgl. Cho, Hyekyung (2005): S. 216.

²³⁸ Heberer, Thomas (2008): S. 43; Hervorhebung des Autors.

Es wurde ein ‚neues Ziel aufgestellt, das der Schaffung einer ‚harmonischen Gesellschaft‘, das an die Stelle der Errichtung einer ‚kommunistischen Gesellschaft‘ trat und als kultureller Code den Menschen in China mehr sagt als eine abstrakte kommunistische Gesellschaft.²³⁹ Folgt man der Auffassung, dass die Herrschaft der KPCh auf ein bestimmtes Ziel hin und nicht um ihrer selbst willen geschieht, unterscheidet sie sich nicht unmittelbar von Regierungsparteien in demokratischen Staaten oder auch im Vergleich mit anderen Autokratien.

Zu beachten ist, dass die Mehrzahl dieser formellen Maßnahmen und offiziellen Änderungen *ex post facto*, das heißt erst nach den bereits eingeleiteten Reformen oder als Reaktion auf bereits vorhandene Verunsicherung und Kritik seitens der Bevölkerung erfolgten. Insofern ist die Einhaltung von Regeln durch die KPCh in weiten Teilen als unzureichend zu bewerten, wobei eine klare Illegalität ihres Handelns wiederum ebenfalls nicht erkennbar ist. Durch das alleinige Machtmonopol ist sie in der Ausübung ihrer Herrschaft zwar an die Verfassung, nicht aber zwingend an ihr Parteistatut gebunden.

Die Auslegung der Regeln obliegt zudem keiner unabhängigen Instanz, sondern wird von der KPCh vorgenommen. Dieser Umstand hat zur Folge, dass je nach Fall und vermutlich auch willkürlich Anklagen erhoben werden, beispielsweise im Rahmen der Korruptionsbekämpfung, wie bereits oben geschildert. Es darf ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden, dass Kritiker und Andersdenkende keine vergleichbaren Machtoptionen haben, wie sie der KPCh zur Verfügung stehen, sondern im Gegenteil Repressionen oder auch Willkür ausgesetzt sind.²⁴⁰ Auch werden konkurrierende Parteien und oppositionelle Kräfte, wie bereits erwähnt, vornehmlich auf Gebieten kleinerer Verwaltungseinheiten geduldet, von denen keine reale Bedrohung für die Regierung in Peking ausgeht.

Die vorhandenen Regeln gelten daher nicht für alle ihnen Unterworfenen gleichermaßen. Dies hat aus analytischer Sicht auch Implikationen für die dritte Dimension Beethams, worauf später eingegangen wird.

4.2 Vertretbarkeit von Regeln hinsichtlich gemeinsamer Überzeugungen

Die zweite Dimension in Beethams Konzept erfordert, dass die festgelegten Regeln, zu denen legitime Macht konform sein muss, außerdem unter Bezugnahme auf gemeinsame Überzeugungen zu rechtfertigen sind.

²³⁹Ebd.: S. 42.

²⁴⁰ Vgl. beispielhaft Amnesty International (2015): *Amnesty Report 2015: China*.

Dies scheint ein weitaus streitbareres Kriterium zu sein als das erste, bedenkt man gegensätzliche Einstellungen und Meinungen innerhalb einer Gesellschaft.

Ihr Monopol auf Wahrheit ist die Voraussetzung für den alleinigen Führungsanspruch der KPCh. Wie die Beschreibung der Legitimitätspolitik des Einparteien-Regimes gezeigt hat, gelang es der Partei nach dem Ende der Mao-Ära, gezielte Anpassungen der sozialistischen Ideologie vorzunehmen. Der durch Ideologie begründete Glaube an die uneingeschränkte Führungsrolle der KPCh und somit die Idee der VR China als Wertegemeinschaft können durchaus als gemeinsame Überzeugungen angesehen werden. Durch die Darstellung der KPCh als Bindeglied zwischen Vergangenheit und Gegenwart, bei gleichzeitiger Betonung ihrer Innovationsfähigkeit, verdeutlicht das Regime, dass der Aufstieg der VR China auch in Zukunft nur durch Machtkonzentration zu erreichen ist.

Die auf Umdeutung und Instrumentalisierung von Narrativen zielende Legitimitätspolitik der KPCh ist als erfolgreich zu bewerten. Der KPCh gelang es, ein neues nationalistisches *public narrative* zu schaffen, das seither politische Legitimität an Wirtschaftswachstum und Stabilität bindet. Sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart haben verschiedene Narrative ihren Zweck als legitimitätsstiftende Werkzeuge erfüllt. Die Masse der Bevölkerung stellt nicht mehr die Systemfrage als Ganzes, sondern fordert stattdessen Reformen und Zugeständnisse *innerhalb* des bestehenden staatssozialistischen Regimes. Für die Mehrheit der Bürger ist daher unstrittig, dass gesamtgesellschaftliche Ziele, insbesondere ökonomisches Wachstum und steigender Wohlstand für alle Bürger, nur auf institutionalisiertem Weg erreicht werden können. Konkrete politische Maßnahmen, Reformen und Gesetze, die die Wirtschaftspolitik betreffen, sind demzufolge durch diese gemeinsamen Überzeugungen legitimiert. Doch selbst für den Fall, dass die Bevölkerung mit einzelnen Maßnahmen nicht einverstanden sein sollte, ist deren Legitimität nicht vollständig in Frage gestellt. Eine weitere Implikation aus Beethams Arbeit ist nämlich, dass Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Ergebnissen der Arbeit der KPCh, zumindest aus analytischer Ansicht, nicht zwangsläufig problematisch sein muss: „But it is the right that legitimacy gives those in authority to require obedience in principle [...]“²⁴¹

Sind gemeinsame Überzeugungen, wie sie sich beispielsweise in den der VR China zu Grunde liegenden Ideen finden, vorhanden, kann sich das Einparteien-Regime zur Rechtfertigung seiner Politik auf diese berufen.

²⁴¹ Beetham, David (1991): S. 26.

Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch für die KPCh, dass die Ideen und gemeinsamen Überzeugungen auch in Zukunft sichergestellt werden müssen. Betrachtet man das enorme Wirtschaftswachstum der VR China in den Jahrzehnten seit den tief greifenden Markt-reformen, lässt sich zusammenfassend sagen, dass der Erfolg, bei allen weiterhin bestehenden politischen Unzulänglichkeiten und neu entstandenen gesellschaftlichen Herausforderungen, dem Einparteien-Regime Recht gibt.

In diesem Zusammenhang lohnt der Blick auf das Verhältnis von Wirtschaftsvertretern und Partei. In der Debatte über die Demokratisierungsbewegung in Hongkong 2014 zitierte der Spiegel den renommierten Politologen Francis Fukuyama mit folgender Feststellung:

„Die Erfolge des autoritären China [...] seien die größte intellektuelle Herausforderung westlichen politischen Denkens: Warum funktioniert dieses China und ist nicht untergegangen wie die Sowjetunion? China funktioniert, weil es sich reformiert hat und seinen Unternehmern Rechte gewährt, die es seinen Bürgern vorenthält.“²⁴²

Während die soziale Schichtung der Bevölkerung vor den Reformen hauptsächlich durch politische Kriterien bestimmt war, beispielsweise hinsichtlich der Parteizugehörigkeit, beruht die gegenwärtige Schichtung vermehrt auf wirtschaftlichen Kriterien. Dass es dennoch zu keinem Machtwechsel von der politischen zur wirtschaftlichen Elite gekommen ist, liegt hauptsächlich darin begründet, dass die Wirtschaftselite das bestehende politische System zur Macht- und Ämtersicherung nutzt, was auch einen Einzug neuer Werte in die KPCh bedeutet.²⁴³ Laut Göbel liegt mit der Öffnung der Partei für Privatunternehmer ein Paradebeispiel für die Strategie der Kooptierung relevanter gesellschaftlicher Gruppen vor. Durch die offizielle Anerkennung der Unternehmer als „Produktivkräfte“ seitens der Partei gelingt selbiger ein mehrfacher Erfolg: „Nicht nur weitete sie ihren Repräsentationsanspruch hiermit nun auch auf die vorher bekämpfte Bourgeoisie aus, sondern ermöglichte es Unternehmern zudem, in die Partei einzutreten.“²⁴⁴ Außerdem lässt sich auf diese Weise der zuvor entstandene ideologische Graben zwischen marxistisch-leninistischen Lehren und der marktwirtschaftlichen Realität durch Einbeziehung der Privatunternehmer überwinden: „Die ohnehin schon existierende Verbindung zwischen Politik und Kapital wurde hiermit ideologisch zementiert.“²⁴⁵

²⁴² Zand, Bernhard (2014): *Flüchtiger Sieg. Warum Hongkong einen Blick in Chinas Zukunft zulässt (Kommentar)*, in: DER SPIEGEL 50/2014, S. 100.

²⁴³ Vgl. Heberer, Thomas (2008): S. 54.

²⁴⁴ Göbel, Christian (2014): S. 220.

²⁴⁵ Ebd.

Es muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass durch die Mitgliedschaft von Privatunternehmern deren Einfluss auf politische Entscheidungen nochmals signifikant steigt und mittlerweile einem innerparteilichen Lobbyismus gleichkommt. Politische und wirtschaftliche Sphäre sind aufs Engste miteinander verwoben. Der Staat verleiht den Unternehmern durch deren Mitgliedschaft in der Partei Autorität, die Wirtschaft verschafft dem Staat ihrerseits Legitimität.

Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung diese Entwicklung mitträgt. Die positiven Effekte der Wirtschaftsliberalisierung, die einem Großteil der Bürger zu Gute kommen, tragen zur Akzeptanz der Reformen und somit zur Legitimitätszuschreibung an die KPCh bei. Dennoch birgt die Verbindung von ökonomischer Leistung mit politischer Legitimität auch Gefahren für die KPCh. Durch die Bindung ihres alleinigen Herrschaftsanspruchs an Wirtschaftswachstum und Wohlstand setzt sich die KPCh einer Bewertung anhand ökonomischer Indikatoren aus: „Die Legitimität der Regierung beruhte ab den 1980ern wesentlich auf einer relativ umfassenden Verbesserung des Lebensstandards.“²⁴⁶ Die positiven Auswirkungen auf die Lebensbedingungen gingen allerdings mit Problemen wie einem wachsenden Wohlstandsgefälle, Arbeitslosigkeit und fehlender sozialen Sicherung einher. Der Bevölkerung wird auf diese Weise ermöglicht, Rechenschaft vonseiten des Regimes einzufordern. Unter Bezugnahme auf ein von Beetham selbst vorgebrachtes Beispiel muss darüber hinaus berücksichtigt werden, dass der Grad an Kooperation seitens der Bürger abnimmt, sofern sie Überzeugungen nicht länger teilen.²⁴⁷ Die Meinungen der Bürger hinsichtlich sozio-ökonomischer Fragen bilden sich hauptsächlich auf Grund ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage. Dies ist auch insofern von Bedeutung, als sich die Forderungen der Bevölkerung an ihre Regierung insbesondere in Autokratien stark verändern können: „[...] legitimacy rests mainly on a certain subjective perception of performance, preferences may be more unstable than in democratic regimes that are judged more by objective procedural criteria.“²⁴⁸ Eine derartige Entwicklung würde für die KPCh einem Teufelskreis gleichkommen, da sie noch häufiger als bisher neuerliche Anpassungen ihrer Ideologie und den mit ihr verbundenen Narrative vornehmen müsste. Das autokratische Einparteien-Regime ist jedoch in der Lage, Mittel zur Sicherung ihrer Herrschaft einzusetzen, die Demokratien nicht zur Verfügung stehen.

²⁴⁶ ten Brink, Tobias (2013): S. 263.

²⁴⁷ Vgl. das Beispiel des Klassenlehrers und seiner Schüler, in: Beetham, David (1991): S. 28.

²⁴⁸ Gilley, Bruce (2008): S. 263.

In diesem Zusammenhang ist daher der Hinweis darauf, dass in der VR China Mobilisierung von Zustimmung und Repression gegenüber abweichenden Meinungen parallel zueinander verlaufen und keineswegs Alternativen bilden, unerlässlich.

Insgesamt lässt sich ein vollständiges Fehlen gemeinsamer Überzeugungen nicht verzeichnen, da die der Politik zu Grunde liegenden Ideen die Führungsrolle der KPCh rechtfertigen. Die Legitimitätsdefizite der Vergangenheit infolge mangelnder ideologischer Anpassung sind durch die Anwendung der Maßstäbe Beethams zumindest zeitweise nicht zu beobachten. Eine Diskrepanz zwischen Regeln und Überzeugungen als Kriterium für ein Legitimationsdefizit lässt sich, bezogen auf die Mehrheit der Bevölkerung, ebenfalls nicht feststellen. In diesem Punkt ist es der KPCh durch ihre Aktivitäten gelungen, Legitimität herzustellen und Stabilität zu sichern.

4.3 Legitimation durch ausdrückliche Zustimmung der Untergebenen

Die dritte Dimension von Beethams Konzept betrifft Legitimation infolge manifester oder symbolischer Zustimmung durch die Beherrschten und macht damit das am schwierigsten zu analysierende Kriterium aus.

Legitimität ist für Beetham der entscheidende Faktor für die Wirksamkeit politischer Entscheidungen und Verfahren. Daher ist *Effektivität* ein indirektes Ergebnis der Ausübung legitimer Macht.²⁴⁹ Nur bei ausreichender Legitimitätszuschreibung seitens der Bürger ist zielorientierte Herrschaftsausübung möglich. Eine solche lässt sich für die vergangenen Jahrzehnte beispielsweise anhand der enorm hohen und stetigen Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft ablesen. In Anlehnung an Beetham war somit die zu diesem Zeitpunkt vorhandene Legitimität ausschlaggebend für die Einleitung der Wirtschaftsreformen in der Ära Dengs.

Legitimität ist jedoch nicht bereits vorhanden, wenn aktiver Widerstand ausbleibt, sondern bedarf der Zustimmung der Beherrschten. Hinsichtlich des Widerstands sind seit 1949 unablässig immer wieder große und kleine oppositionelle Aktivitäten gegen die KPCh zu verzeichnen, allen voran die Studenten- und Intellektuellenproteste 1989, die im Tian'anmen-Massaker endeten. Dennoch ist die Stabilität des Einparteien-Regimes bis heute gegeben.

²⁴⁹ Beetham, David (1991): S. 34. Eine widerstreitende Position findet sich beispielsweise bei Luhmann. Dieser betrachtet Legitimität lediglich als ein Nebenprodukt effektiver Verfahren kann und geht somit von einer entgegengesetzten Kausalitätsrichtung zwischen Effektivität und Legitimität aus. Vgl. hierzu Luhmann, Niklas (1978): *Legitimation durch Verfahren*. 3. Aufl. Darmstadt: Luchterhand.

Die Zustimmungswerte für die Politik des Einparteien-Regimes sind im internationalen Vergleich sehr hoch.²⁵⁰ Diese anhaltend guten Resultate können unter anderem auf den institutionellen Wandel im Anschluss an die Legitimitätskrise 1989 zurückgeführt werden. Die erfolgten Zugeständnisse konnten gleichsam die in der Bevölkerung vorhandenen demokratischen Bestrebungen wie auch das Streben nach Machterhalt der KPCh zufriedenstellen.

Im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung fällt die Beurteilung, ob eine Zustimmung zur KPCh und ein Einverständnis mit ihrer Politik gegeben sind, dennoch zwiespältig aus. Bezüglich der eingeleiteten Wahlen auf Dorf- und Gemeindeebene hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung dieses Zugeständnis seitens der KPCh durchaus anerkennt und nutzt: Der internationale Vergleich zeigt, dass Wahlen durch den mit ihnen eingeleiteten Wettbewerb die Zahlen sowohl der an Politik Interessierten als auch der Wähler zunehmen lassen.²⁵¹ Dies gilt jedoch nicht für alle Bevölkerungsschichten und –gruppen gleichermaßen. Sowohl die neu entstandene Mittelschicht als auch Intellektuelle betrachten das gegenwärtige Einparteien-Regime als „politische Selbstverständlichkeit“²⁵². Für diese Gruppen ist „der durch die Alternativlosigkeit bedingte Fatalismus und der am Eigennutz orientierte politische Konformismus kennzeichnend“²⁵³. Es kann gewissermaßen von einer strategischen Allianz zwischen der Mittelschicht und dem Regime gesprochen werden, sieht man sich den deutlich erkennbaren Wertewandel an. Durch den für diese Schicht gestiegenen Lebensstandard verstärken sich Individualisierungstendenzen. Es erfolgt ein Rückzug ins Private sowie die Sinnsuche im Konsumismus. Außerdem lässt sich feststellen, dass „neue Erziehungsstile und Sozialisationsbedingungen, die die traditionelle Gesellschaft mit ihren Gemeinschaftsidealen bedrohen“²⁵⁴ Einzug halten und somit auf gesellschaftlicher Ebene eine Annäherung an industriegesellschaftliche Realitäten stattfindet. An dieser Stelle muss deshalb erwähnt werden, dass sich die Mobilisierung von aktiver Zustimmung der Bevölkerung auch für die KPCh selbst zunehmend schwieriger gestaltet, da das allgemeine Desinteresse an der Partei wächst.

²⁵⁰ Im Vergleich von 72 Ländern belegt China den 13. Platz, nach den USA und Deutschland, jedoch vor Demokratien wie Irland, Australien, Großbritannien und der Schweiz. Vgl. Gilley, Bruce (2006): *The Determinants of State Legitimacy: Results for 72 Countries*, in: *International Political Science Review*, Vol. 27, No. 1, S. 63.

²⁵¹ Vgl. Heberer, Thomas (2008): S. 130.

²⁵² Cho, Hyekyung (2005): S. 274.

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Scharping, Thomas (1990): Tradition und Moderne in der chinesischen Reformpolitik, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 383.

Anhand ihrer veränderten Zusammensetzung lässt sich dennoch der vollzogene Wandel von einer Arbeiter- und Bauernpartei zu einer „Partei des ganzen Volkes“ ablesen: „2005 überschritt die Mitgliederzahl die 70-Millionengrenze. Die KPCh ist damit die größte herrschende Partei der Welt, wobei die Parteimitglieder einen Anteil von 5,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung ausmachten.“²⁵⁵ Der Anteil an Parteimitgliedern mit höherer Bildung hat im Zuge des Reformprozesses ebenfalls stark zugenommen.²⁵⁶ Die KPCh befindet sich erneut vor einem Generationswechsel und ist daher darauf angewiesen, sich durch die vollzogene Öffnung zu verjüngen und dadurch ihre Regierungsfähigkeit zu steigern. Dieser Umstand ist für die Mobilisierung von Zustimmung insofern bedeutsam, als dass auch weiterhin die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden und den Kurs des Regimes mittragen. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist es durchaus reizvoll, sich mit dem bestehenden System und dem Einparteien-Regime zu arrangieren, da sich die Lebensumstände sowohl in politischer als auch sozio-ökonomischer Hinsicht seit der totalitären Mao-Ära verbessert haben:

„In autoritären Systemen ist Willkür eingegrenzt, der Einzelne besitzt, unter der Voraussetzung, dass er sich nicht gegen das System auflehnt, ökonomisch und sozial weitgehende Entscheidungsfreiheit. Unterschiedliche soziale Gruppen, Interessen und Organisationen werden akzeptiert, solange diese sich in das bestehende System einfügen und keine Unabhängigkeit vom Machtsystem fordern oder beanspruchen.“²⁵⁷

Diese Einschätzung bestätigt sich auch hinsichtlich der veränderten Haltung der Bevölkerung den wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegenüber. Die Politik der KPCh im Zuge der Öffnung für kapitalistische Wirtschaftsformen und des reformerischen Modernisierungsprozesses war ein weiterer Gegenstand zur kritischen Auseinandersetzung. Die Art und Weise, in der diese Umstrukturierungen durchgeführt und begründet wurden, stieß auf Unverständnis und Kritik in weiten Teilen der Bevölkerung. Dem Einparteien-Regime gelang es durch Schaffung eines neuen nationalistischen *public narrative*, welches seither politische Legitimität an Wirtschaftswachstum und Stabilität bindet, die ideologische Lücke zwischen sozialistischer Tradition einerseits und kapitalistischer Neuausrichtung andererseits zu schließen.

²⁵⁵ Heberer, Thomas (2008): S. 63.

²⁵⁶ Vgl. ebd.: S. 64.

²⁵⁷ Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2008b): Grundlagen politikwissenschaftlicher Komparatistik, in: dies. (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. 2., aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 4.

Die damit verbundene Nationalismus- und Patriotismuspropaganda wird von der Bevölkerung akzeptiert und verinnerlicht.

An dieser Stelle könnte Kritik aus den Reihen der Intellektuellen oder Bildungseliten vermutet werden. Seit den 1990er Jahren gelten Studenten und Intellektuelle jedoch vermehrt als Konformisten. Insbesondere Studenten, „die vormals zur politisch aktiven Minderheit der Bevölkerung gehörten“²⁵⁸, sind infolge des Massakers weitaus weniger oppositionell eingestellt. Vielmehr erkennen sie ihre Karrierechancen im modernisierten System. Die Intellektuellen als relevante Gruppe eines öffentlichen Diskurses in der VR China haben sich mit dem bestehenden System arrangiert:

„Die offiziell gezogene Akzeptanzgrenze, der ‚Vertrag‘ zwischen Parteiführung und Intellektuellen, dass die Herrschaft der KP und das politische System nicht direkt in Frage gestellt werden dürfen, d.h. *political correctness* im chinesischen Sinne gewahrt werden muss, wird gegenwärtig von den meisten Intellektuellen noch eingehalten.“²⁵⁹

Auffallend ist, dass pragmatische Einstellungen anstelle großer Fragen die, wenn überhaupt vorhandene, öffentliche Debatte dominieren. Die von den Intellektuellen in den letzten beiden Jahrzehnten angestoßenen Diskurse drehten sich vorrangig um die *Effektivität* und *Stabilität* ökonomischer Transformation sowie mögliche Probleme, die daraus resultierten.²⁶⁰ Die kritische Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen findet hauptsächlich „zwischen den Zeilen“ versteckt statt, beispielsweise indem „die eigentliche Kritik in scheinbar systemkonformen Diskursinhalten verpackt“²⁶¹ wird. Dies ist insofern seinerseits kritikwürdig, da sich dieses Vorgehen auch als Selbstzensur interpretieren lässt. Andererseits muss die Möglichkeit, dass kritische Veröffentlichungen durch die offizielle Zensur unterbunden oder die Autoren Opfer von Strafverfolgung sowie Repression werden, in Betracht gezogen werden, weshalb diese Art der kritischen Beschäftigung mit dem politischen System auch als ein intelligentes Umgehen staatlicher Zensur gewertet werden kann.

Diese Passivität oder Gleichgültigkeit ist auch im Hinblick auf das Problem wachsender Korruption, das infolge des wirtschaftlichen Erneuerungskurses enorm zunahm und die Legitimität der KPCh und ihrer Politik gefährdete, beobachtbar.

²⁵⁸ Cho, Hyekyung (2005): S. 274.

²⁵⁹ Heberer, Thomas (2008): S. 140; Hervorhebung des Autors.

²⁶⁰ Vgl. Cho, Hyekyung (2005): S. 249; Hervorhebung VS.

²⁶¹ Heberer, Thomas (2008): S. 169.

Denn auch diese Herausforderung ließ sich, wie gezeigt werden konnte, von dem Einparteien-Regime unter Zuhilfenahme von Narrativen lösen. Durch eine rhetorische Verschiebung wird der Kampf der KPCh gegen Korruption seither als Teil der Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern dargestellt.²⁶² Die Relevanz der öffentlichen Meinung wird zum Gegenstand des Narrativs: „[...] the state’s anti-corruption efforts were in response to the anger of the people. The Party was still the main character, but instead of portraying itself as the victim, now it was the avenger working on behalf of its citizens.“²⁶³ Die Diagnose einer durch die Korruptionsproblematik erschütterten Legitimität bezieht sich daher auf die unteren Verwaltungsebenen, wohingegen die Legitimität der Zentralbehörden und die Zufriedenheit mit dem politischen System ungebrochen sind. Betrachtet man also die Legitimitätspolitik der KPCh, lässt sich das vermeintliche Paradoxon eines höheren Grades an Legitimitätszuschreibung bei gleichzeitig wachsender Korruption erklären. In diesem Kontext ist es bezeichnend, dass es den Oppositionellen der Tian’anmen-Proteste nicht nachhaltig gelingen konnte, die zuvor von offizieller Seite verwendeten Narrative für ihre Zwecke umzudeuten. Im Gegenteil war es erneut das Einparteien-Regime, dem durch gezielte Reformulierung die langfristige Neudefinition des konfuzianischen *public narrative* glückte.

Abgesehen von den mittlerweile in die Partei integrierten Privatunternehmern und der konformistischen Mittelschicht gibt es jedoch auch Bevölkerungsgruppen, die der Politik des Einparteien-Regimes kritisch gegenüberstehen und es offen herausfordern. Das ist am anhaltend hohen Protestverhalten in der VR China erkennbar: „Seit das Ministerium für Öffentliche Sicherheit die Zahl der ‚Massenproteste‘ dokumentiert, soll sich deren Zahl von ca. 10.000 im Jahre 1994 auf 87.000 (2005) erhöht haben.“²⁶⁴ Darüber hinaus sind Arbeitskonflikte stark zunehmend und zahllose Demonstrationen mit Beteiligung von mehr als hundert Personen sind an der Tagesordnung. Dennoch muss auf die ambivalente Situation von Protesten hingewiesen werden. Protestierende nutzen zumeist offizielle Protestkanäle wie beispielsweise Unterschriftenaktionen oder Petitionen anstelle radikaler Maßnahmen, um nicht eine grundlegend ablehnende Haltung dem politischen System gegenüber auszudrücken. Im Gegenteil gerieren sie sich, wie von der KPCh durch deren Propaganda erzeugt, als loyale Patrioten, die die Entwicklung und Modernisierung der VR China zum Ziel haben:

²⁶² Vgl. Hsu, Carolyn L. (2001): S. 44.

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ Heberer, Thomas (2008): S. 87.

„Ein derartiger ‚Protest-Opportunismus‘ gibt den Betroffenen zumindest eine Stimme mit gewisser Aussicht auf Erfolg. Unter Bedingungen eines autoritären Staates müssen soziale Aktivisten konfrontative und systemkritische Taktiken im Interesse der Erreichung ihrer Ziele vermeiden und angepasste Proteststrategien entwickeln.“²⁶⁵

Auffallend bei den Protesten ist zudem, dass sie selten gegen die Zentralregierung gerichtet sind: „Obgleich die Zahl der Proteste zunimmt, handelt es sich überwiegend um Proteste gegen lokale Funktionäre, nicht aber um Unmutsäußerungen gegenüber dem politischen System.“²⁶⁶ Dies spiegelt sich auch in den Untersuchungen der Soziologin Carolyn Hsu wider, die gezeigt haben, dass Korruption und Nepotismus als lokale Probleme der Kader auf unteren Ebenen wahrgenommen werden. Die Zustimmung und das Vertrauen in die zentrale Führung in Peking sind hingegen verhältnismäßig hoch. Die Fokussierung auf lokale sowie sozio-ökonomische Probleme, die die Menschen direkt betreffen, könnte auch ein Grund für die fehlende Thematisierung von Menschenrechtsfragen seitens der innerchinesischen, regionalen Protestbewegungen sein. Diese Thematik wird im Westen oftmals als zentraler Streitpunkt angesehen, für die chinesische Bevölkerung zählt hingegen ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit als primäres Erfordernis. In Bezug auf die Kritik des Westens an der Nichteinhaltung der universellen Menschenrechte durch die VR China wehrt sich die chinesische Parteiführung mit einer ähnlichen Argumentation. Sie verweist dabei auf den Vorrang des Kollektivs vor dem Individuum in der östlichen sowie sozialistischen Kultur und die Notwendigkeit eines gewissen sozio-ökonomischen Entwicklungsgrades.²⁶⁷ Heberer beschreibt plausibel, dass nicht äußerer, sondern innerer Druck Demokratisierungsprozesse und die Einhaltung von Menschenrechten beschleunigen könne.²⁶⁸ Dieser ist jedoch einerseits aus den beschriebenen Gründen gegenwärtig zur Einleitung eines tatsächlichen Wandels nicht beziehungsweise nur unzureichend gegeben. Andererseits lässt sich auch in diesem Punkt die konformistische Haltung insbesondere der Intellektuellen feststellen, die ihrerseits als Avantgarde eine Diskussion zu diesem Thema entfachen könnten.

Deshalb fällt es insgesamt schwer, im Zusammenhang mit der politischen Kultur der VR China von einer „Zivilgesellschaft“ zu sprechen. Von der KPCh selbst wird eine kontrollierte Steigerung der Anzahl zivilgesellschaftlicher, zumeist unpolitischer Organisationen vorangetrieben.

²⁶⁵ Ebd.: S. 90.

²⁶⁶ Ebd.: S. 88.

²⁶⁷ Vgl. Heberer, Thomas (2008): S. 168.

²⁶⁸ Vgl. ebd.:S. 169.

Diese sollen vornehmlich der „Instrumentalisierung gesellschaftlicher Kräfte für staatliche Zwecke“²⁶⁹ dienen. Insofern ist es fraglich, ob das westliche Konzept einer Zivilgesellschaft auf die VR China übertragen werden kann, zumal „alles Politische der Kontrolle durch den Parteistaat unterworfen“²⁷⁰ und daher nicht autonom ist. Heberer schlägt darum vor, für den chinesischen Kontext den Begriff der Zivilgesellschaft mit der „Herausbildung einer öffentlichen Sphäre jenseits des Parteistaates“²⁷¹ gleichzusetzen. Eine solche ist jedoch nicht erkennbar, da selbst die privatisierten Medien weiterhin staatlicher Kontrolle ausgesetzt sind.

Vielmehr spricht die Instrumentalisierung der mittlerweile kommerzialisierten Medien zu Propagandazwecken ebenfalls gegen eine baldige Demokratisierung, da nur eine freie Presse ohne oben beschriebene Maßnahmen der Selbstzensur zu wirklicher Kritik am bestehenden Gesamtsystem fähig wäre. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, wenn man die Rolle der Medien im Zusammenhang mit den Ereignissen in Hongkong 2014 betrachtet. Im vergangenen Jahr sah sich die VR China zuletzt mit lang anhaltenden Protesten von Bürgerrechtsgruppen und Studenten konfrontiert. Diese wurden als „eine der heikelsten Herausforderungen seit dem Aufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens“²⁷² bezeichnet. Dennoch ist es der KPCh erneut gelungen, durch Rückgriff auf ihre Kontrollmöglichkeiten der Berichterstattung die Forderungen ebenso wie die Bilder der Protestierenden vor der Bevölkerung der VR China fernzuhalten:

„Der Funke des Ungehorsams ist nicht auf das Festland überggesprungen. Die meisten Chinesen haben gar nicht mitbekommen, was sich in den vergangenen Monaten in Hongkong ereignet hat, sie haben die Bilder der Studenten nicht gesehen, die sich mit Schirmen und Skihandschuhen gegen das Tränengas schützten. Die Zensur hat funktioniert.“²⁷³

Insbesondere aus diesem Grund kam es nicht zu ähnlichen Bewegungen oder Solidaritätsbekundungen seitens der chinesischen Bevölkerung, wobei der Fokus der Proteste auf dem Festland ohnehin ein anderer ist. Hauptsächlich Arbeitslose, Wanderarbeiter, prekär Beschäftigte oder Menschen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind, gehören zu den Kritikern der KPCh. Daher lässt sich die bereits beschriebene konformistische Haltung der Studenten und Intellektuellen als Profiteure der Reformmaßnahmen nicht bei der Gesamtbevölkerung verzeichnen:

²⁶⁹ Göbel, Christian (2014): S. 220.

²⁷⁰ Heberer, Thomas (2008): S. 134.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Zand, Bernhard (2014): S. 100.

²⁷³ Ebd.

„Derartige Interessenkohäsion und politische Konformität gelten jedoch nicht auf der Seite der Verlierer der kapitalistischen Modernisierung, nämlich bei den Arbeitern und Bauern.“²⁷⁴ Neben allen Erfolgen hat der ökonomische und soziale Wandel seit den 1980er Jahren zu einer tief gespaltenen Gesellschaft durch neue Schichten und soziale Disparitäten geführt.²⁷⁵ Derartige Widersprüche der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden in den Berichten über die enormen Wachstumsraten selten beleuchtet. Durch ihre Exportorientierung ist auch die VR China von den internationalen Krisen und einer instabilen Weltwirtschaft betroffen.²⁷⁶ Eine Verlagerung auf stärkeren Binnenkonsum konnte bisher ebenso wenig realisiert werden wie Redistribution, eine sozial gerechtere Wirtschaftsordnung oder der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme: „Viele der seit Jahren thematisierten Umstrukturierungsziele sind nicht ansatzweise erreicht worden.“²⁷⁷ Der erwirtschaftete Wohlstand kommt somit noch lange nicht allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugute:

„Doch in den heftigen Verteilungskämpfen zwischen regionalen Behörden und verschiedenen Wirtschaftsbranchen spiegeln sich nur allzu deutlich die unterschiedlichsten Interessen von Verbrauchern und Erzeugern, städtischen und ländlichen Bevölkerungsschichten, Staatsangestellten, Lohnarbeitern und Privatunternehmen wider.“²⁷⁸

Insgesamt lassen sich die vielfältigen Proteste in der VR China daher als soziale Konflikte innerhalb einer sich modernisierenden sowie pluralisierenden Gesellschaft deuten, die ihre Unzufriedenheit auszudrücken vermag, ohne allerdings das politische System in seiner Gänze herauszufordern. Es kann nicht darauf geschlossen werden, dass die Mehrheit der Bürger gegen die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik oder das System an sich eingestellt ist. Die Rechtmäßigkeit der politischen Autorität der KPCh wird nicht in Frage gestellt und ein vollständiger Widerruf der Zustimmung ist nicht gegeben. Dies ist insofern nicht weiter verwunderlich, tritt in stabilen Systemen – und um ein solches handelt es sich bei der VR China seit 1949 – selten eine allgemeine Zurückweisung auf, wie es in revolutionären Kontexten der Fall ist. Somit kann zwar von einer graduellen Abweichung vom positiven Ende des Kontinuums zwischen Legitimation und Delegitimierung ausgegangen werden. Beetham selbst verdeutlicht jedoch durch sein Konzept, dass Fragen der Legitimität nicht absolute, sondern vielmehr graduelle Beurteilungen erfordern.

²⁷⁴ Cho, Hyekyung (2005): S. 275.

²⁷⁵ Vgl. ebd.

²⁷⁶ ten Brink, Tobias (2013): S. 324.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Scharping, Thomas (1990): S. 383.

5 Schlussbetrachtung

In diesem Schlusskapitel werden die Ergebnisse der vorangegangenen Analyse zusammenfassend festgehalten. Außerdem wird ein Fazit gezogen sowie ein Ausblick auf mögliche Entwicklungen gewagt, der auch Anregungen zur weiteren Auseinandersetzung gibt.

5.1 Zusammenfassung

Die in Kapitel 4 durchgeführte Analyse der Legitimitätspolitik der KPCh anhand von Beethams Konzept hat zu unterschiedlichen Ergebnissen für die einzelnen Dimensionen von Legitimität geführt.

Die Macht der KPCh gründet sich, was die Dimension ihrer *Rechtmäßigkeit* angeht, auf selbst festgelegte Regeln in Form der Verfassung der VR China und ihrem Parteistatut. Beide Dokumente wurden entsprechend der vorangegangenen ideologischen Anpassung ihrerseits umformuliert und ergänzt. Somit ist eine offizielle Kodifizierung der politischen Maßnahmen erst im Nachhinein ihrer Durchführung erfolgt, weshalb die Einhaltung von Regeln durch die KPCh größtenteils als unzureichend zu bewerten ist. Eine klare Illegalität ihres Handelns lässt sich zwar nicht feststellen, dennoch gelten die vorhandenen Regeln nicht für alle von ihnen Betroffenen gleichermaßen und werden überdies von der KPCh selbst ausgelegt. Für die erste Dimension des Konzepts von Beetham lässt sich daher für die KPCh feststellen, dass ihre Herrschaft *in Teilen regelkonform* und somit legal ist.

Die von der KPCh festgelegten Regeln müssen außerdem gemäß des Konzepts von Beetham unter Bezugnahme auf *gemeinsame Überzeugungen* zu rechtfertigen sein. Diese Überzeugungen finden sich beispielsweise in der Idee der VR China als Wertegemeinschaft und dem Glauben an die uneingeschränkte Führungsrolle der KPCh. Die Kooptierung relevanter Gesellschaftsschichten, allen voran der Privatunternehmer, stellt überdies eine Verbindung zwischen Partei und Bevölkerung her. Einschränkend muss dabei erwähnt werden, dass die gemeinsamen Überzeugungen in besonderem Maße die ökonomische Sphäre betreffen, nicht aber soziale oder normative Werte. Eine Diskrepanz zwischen Regeln und Überzeugungen als Kriterium für ein *Legitimationsdefizit* lässt sich jedoch *nicht* feststellen.

Am schwersten zu analysieren ist die dritte Dimension von Beethams Konzept, die die *Zustimmung der Untergebenen* umfasst. Die Frage, ob im Fall der VR China von einer solchen Zustimmung ausgegangen werden kann, lässt sich nicht eindeutig beantworten.

Einerseits findet keine Infragestellung des Systems statt. Protestierende verlangen stattdessen zumeist Reformen innerhalb des bestehenden Systems, wobei nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen diese Forderungen unterstützen. Während sich Intellektuelle und Studenten als konformistisch erweisen, ist die Mittelschicht ihrerseits damit befasst, den wachsenden Wohlstand zu genießen. Am stärksten ist der Widerstand den Reformen und damit auch der KPCh gegenüber unter den Verlierern der Modernisierungsprozesse, die sich auf lokaler Ebene organisieren. Es muss allerdings darauf verwiesen werden, dass auch sie in erster Linie die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen einfordern und sich damit ebenfalls auf Reformvorschläge beschränken. Dies verdeutlicht, dass von keiner Bevölkerungsgruppe die Forderung zur Demokratisierung oder anderweitigen Änderung des Gesamtsystems aufgestellt wird. Da sich der Protest bisher auf lokale Bewegungen beschränkt, ist weder die Legitimität der Zentralregierung noch die Stabilität des Systems ernsthaft gefährdet. Eine vollständige *Delegitimierung* kann daher *nicht* diagnostiziert werden, wohl aber eine graduelle Abweichung auf dem Kontinuum zwischen Legitimation und Delegitimierung und damit ein *teilweiser Widerruf der Zustimmung*. Bezüglich der von Beetham vorgenommenen Einschränkung, wonach insbesondere das Kriterium für Legitimität der *ersten Dimension* erfüllt sein müsse, ergibt sich aus analytischer Sicht ebenfalls eine Implikation für die *dritte Dimension*. Da die vorhandenen Regeln nicht für alle ihnen Unterworfenen in gleicher Weise gelten, käme gemäß Beetham ihre Zustimmung einer Selbstentmündigung gleich. Aus diesem Umstand ergibt sich daher eine *unvollständige Legitimation* für das chinesische Einparteien-Regime.

Die vorliegende Analyse hat somit insgesamt gezeigt, gemäß den von Beetham aufgestellten notwendigen Bedingungen ist jedoch aus konzeptioneller Sicht festzustellen, dass die Kriterien legitimer Macht nicht für alle drei Dimensionen in gleichem Maße eindeutig erfüllt sind. Aus analytischer Perspektive ist die Legitimität der Herrschaft der KPCh nur *unvollständig* gewährleistet.

Trotzdem konnte es dem autokratischen Einparteien-Regime der VR China durch gezielte Maßnahmen gelingen, von der Mehrheit seiner Bevölkerung als legitimer Inhaber des Monopols auf Wahrheit und zugleich alleiniger Führung angesehen zu werden. Durch verschiedene Aktivitäten und Strategien konnte die KPCh selbst nach schweren Legitimitätskrisen das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtmäßigkeit ihrer Herrschaft wiederherstellen.

Dieser Umstand ist insofern relevant, als dass Beetham selbst annimmt, die Analyse von Legitimität könne Erklärungen für die Erwartungen von Menschen an Machtverhältnisse in einem bestimmten Kontext liefern. Eine ebensolche Begründung findet sich in der Eigendarstellung der KPCh, wonach Wohlstand und der internationale Aufstieg der VR China auch weiterhin nur durch die vorhandene Machtkonzentration sichergestellt werden könnten. Durch Gleichsetzung von *Kontinuität* mit *Stabilität* gelingt es der KPCh, die Mehrheit der Bevölkerung für sich einzunehmen. Das Bedürfnis der Bürger nach Stabilität lässt sich aus mehreren Gründen nachvollziehen: Zum einen ist Stabilität im Rahmen der konfuzianischen Ethik, die bis heute in den Alltag vieler Chinesen hineinwirkt und ihrerseits von Harmoniedenken geprägt ist, ein überaus wichtiger Wert des gesellschaftlichen Miteinanders.²⁷⁹ Zum anderen sind Inkohärenz und „chaotisch-kontingentes Geschehen“²⁸⁰ kennzeichnend für die jahrtausendealte Geschichte Chinas und liefern daher eine in der Historie begründete Erklärung. Große Umbrüche mit ungewissem Ausgang sind insbesondere durch die traumatisierenden Erfahrungen infolge der Kulturrevolution negativ konnotiert, sowohl was ihre Wirkung auf die Bevölkerung als auch auf die KPCh betrifft: „Und noch immer herrscht unter den politischen Eliten wie unter der gesamten Bevölkerung eine Furcht vor politischer Instabilität, weil Instabilität mit kulturrevolutionärer Erfahrung und daher mit Chaos verbunden wird.“²⁸¹ Diese tief sitzende Angst vor Unberechenbarkeit oder gar anarchischen Zuständen spiegelt sich in dem dringenden Bedürfnis der Bürger nach Stabilität wider. Die Furcht der Bevölkerung vor Instabilität und ihren Folgen wird auf diese Weise von der KPCh erfolgreich zur Festigung ihres alleinigen Herrschaftsanspruchs instrumentalisiert.

Dieses Ergebnis lässt sich dahingehend interpretieren, dass die gegenwärtigen Vorgänge als Prozess zu betrachten sind, der ergebnisoffen und daher keineswegs abgeschlossen ist. Die Widersprüche zwischen sozialistischen Normen und staatskapitalistischer, sozio-ökonomischer Realität werden sehr wahrscheinlich bei unwillkürlich fortschreitender Ausdehnung privatwirtschaftlicher Unternehmungen auch künftig eine Gefährdung für das Machtmonopol der KPCh bedeuten.

²⁷⁹ Dieser Umstand sowie weitere grundlegende Begriffe und Denkmuster der konfuzianischen Ethik werden in Kapitel 2 näher beleuchtet.

²⁸⁰ ten Brink, Tobias (2013): *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Bd. 78. Frankfurt/M.: Campus Verlag., S. 15.

²⁸¹ Heberer, Thomas (2008): S. 29.

Außerdem erscheint es notwendig, dass die Wohlstandssteigerungen für die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin zufriedenstellend ausfallen, um eine Infragestellung der Politik der KPCh zu verhindern. Bei verstärkter Deregulierung wird das Einparteien-Regime zudem von zwei Seiten angreifbar, bei denen neue Begehrlichkeiten geweckt werden, Bürgern und Wirtschaftsakteuren gleichermaßen. Inwiefern sich die in dieser Arbeit beispielhaft angeführten Maßnahmen als nachhaltig legitimitätssichernd erweisen, muss sich somit über einen längeren Zeitraum herausstellen. Die Gefahr einer „langfristigen Fragilität kurzfristig stabilisierender Parallelordnungen“²⁸² für das Machtmonopol der KPCh ist durchaus gegeben.

5.2 Fazit und Ausblick

Die Fragestellung dieser Arbeit, mit welchen Mitteln es Autokratien gelingt, *Stabilität* zu gewährleisten, wurde am Beispiel der Legitimitätspolitik der KPCh beantwortet. Die dabei aufgezeigten Strategien und Mechanismen haben offenbart, auf welche Weise es dem chinesischen Einparteien-Regime gelungen ist, seine Legitimität wiederherzustellen und zu sichern. Die erneuerte Legitimation des Herrschaftsanspruchs der KPCh führte ihrerseits zur Stabilität des gesamten autoritären Systems.

Insbesondere der *Pragmatismus*, der den vorgestellten Aktivitäten innewohnt, ist dabei kennzeichnend für die Legitimitätspolitik der KPCh. Das Einparteien-Regime hat mit seiner Reform- und Öffnungspolitik bewiesen, dass es die Zeichen der Zeit zu erkennen weiß und auf sich wandelnde Realitäten reagieren kann. Durch die beschriebenen Erfolge des marktwirtschaftlichen Reformprozesses ist auch die „Annahme, dass noch keine ‚marxistisch-leninistische‘ Partei einen erfolgreichen Übergang in ein hochtechnologisches Produktionsmodell organisieren konnte, von der Reformpolitik der KPCh“²⁸³ widerlegt worden. Dennoch muss bei dieser Bilanzierung berücksichtigt werden, dass der „Aufstieg Chinas im Rahmen der Umstrukturierungen der Weltwirtschaft“²⁸⁴ vonstattenging. Die Perspektive, wonach eine liberale Globalisierung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts stattgefunden hat, offenbart den Makroprozess, in den die VR China integriert ist. In dieser „Phase fortgeschrittener Transnationalisierung“²⁸⁵ der Weltwirtschaft strebte die VR China nach einer Integration in das globalisierte System.

²⁸² Gilley, Bruce (2008): S. 11.

²⁸³ ten Brink, Tobias (2013): S. 21.

²⁸⁴ Ebd.: S. 19.

²⁸⁵ Ebd.: S. 20.

„Wachstum darf indessen nicht allein als quantitatives Moment begriffen werden, sondern muss auch eine qualitative Komponente aufweisen, im Sinne gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrtsmehrung.“²⁸⁶ Trotz großer Disparitäten nahm in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Armen, die weniger als ein Existenzminimum zur Verfügung haben, ebenso ab wie die Quote der Analphabeten, während gleichzeitig die Lebenserwartung gestiegen ist. Arbeitsplätze sind insbesondere seit den 1980er Jahren durch die Zulassung eines Arbeitsmarktes millionenfach geschaffen worden. Soweit geben die Ergebnisse der Reformmaßnahmen der KPCh recht. Dennoch konnte zwischen den Regionen der VR China und einzelnen Bevölkerungsschichten nicht in demselben Umfang ein Mehr an Gleichheit erzielt werden. Das Fehlen notwendiger Mindeststandards in Bereichen wie Arbeitsschutz führt dazu, dass stellenweise frühkapitalistische Arbeitsverhältnisse exzessivem Konsum und Luxus gegenüberstehen, der mittlerweile einer breiten Mittelschicht möglich ist. Trotz der teils gigantischen Wachstumsraten und sonstigen positiven Wirtschaftsdaten der VR China „können die niedrigsten Löhne und die Missachtung sämtlicher Normen internationaler Arbeitsorganisation als Anzeichen einer Rückständigkeit und Schwäche, aber keineswegs als Zeichen einer Stärke angesehen werden“²⁸⁷. Wachstum bedeutet daher auch in der VR China noch lange keine gleichmäßige Teilhabe daran.

Ökonomisch betrachtet herrscht in der VR China ein hohes Maß an Liberalismus. Der wirtschaftlich-technologische Fortschritt und die Schaffung von Wohlstand für die breite Masse der Bevölkerung stehen dabei im Vordergrund der Politik der KPCh. Eine Liberalisierung der politischen Sphäre ist hingegen derzeit nicht zu beobachten. Weder eine Verbesserung der rechtlichen Stellung des Individuums dem Staat gegenüber noch eine Demokratisierung sind gegenwärtig erkennbar. Auch ist keine durchsetzungsstarke Zivilgesellschaft dabei, sich gegen den autoritären Staat und seinen Machtapparat zu formieren und diesen in Frage zu stellen. Deshalb bleibt es zunächst bei einer vorrangig wirtschaftlichen Entwicklung, der sich Politik und Gesellschaft gegenübersehen. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass die viel genannte, sich etablierende Mittelschicht auf Grund ihrer ökonomisch abgesicherten Stellung doch vermehrt Forderungen an das Einparteien-Regime stellt, die über Zugeständnisse hinausgehen und die dieses in seiner jetzigen Form nicht in der Lage ist zu erfüllen. Ein endogener Übergang in eine Demokratie erscheint somit als unwahrscheinlich.

²⁸⁶ Heberer, Thomas (2008): S. 40.

²⁸⁷ Cho, Hyekyung (2005): S. 290.

Als Zwischenbilanz des noch nicht abgeschlossenen marktwirtschaftlichen Reformprozesses und weiterer damit verbundener Maßnahmen lässt sich bisher ein „gradueller institutioneller Wandel“ verzeichnen, der als „sozioökonomischer und politischer Wandel unterhalb der Schwelle des Systemwandels“²⁸⁸ liegt. Diese Feststellung verdeutlicht die Entwicklung der VR China von einem totalitären zu einem (posttotalitären) autoritären Regime mit liberalen Elementen hinsichtlich seiner ökonomischen Sphäre.

Eine mögliche Implikation zu auf dieser Arbeit aufbauender Forschung ergibt sich in vergleichender Hinsicht. Die bisher erzielte Stabilität der VR China durch Legitimitätspolitik der KPCh könnte weitere autokratische Staaten und deren Machtapparate zu vergleichbaren Handlungsweisen animieren. Die hier beschriebenen Maßnahmen der KPCh zur Herstellung und Sicherung von Legitimität können daher gewissermaßen als „Werkzeugkasten“ dienen, anhand dessen Autokratien im Allgemeinen untersucht werden können. Insbesondere im afrikanischen Raum, in dem viele autoritäre Regime verortet sind, könnten sich Parallelen zur Strategie der KPCh entdecken lassen, zumal auch diese Staaten um eine Etablierung auf dem Weltmarkt zum Zweck wachsenden Wohlstands bemüht sind. Auch wenn das sozialistische Erbe der Mao-Ära eine Besonderheit des chinesischen Einparteien-Regimes ausmacht, so können dennoch Narrative in ähnlicher Wirkungsweise auch in anderen Kontexten vermutet werden.

Die hinsichtlich einer möglichen Demokratisierung häufig angewandte Konvergenztheorie lässt sich jedoch auch in ihr Gegenteil verkehren. Demnach entwickeln sich nicht nur ehemals sozialistische Autokratien in kapitalistische Demokratien. Demokratien werden ihrerseits zu *postdemokratischen Technokratien*. Es lässt sich hierzu feststellen, „dass eine Sichtweise, wonach der *Kapitalismus ohne Demokratie* nunmehr als förderlichste ‚Hülle‘ der wirtschaftlichen Entwicklung gelten kann, unter Teilen der Machteliten des Südens und des Westens an Einfluss gewinnt“²⁸⁹. Daher muss auch die Zusammengehörigkeit von Demokratie und Kapitalismus hinterfragt werden:

„Ungeachtet dessen erinnert das Beispiel Chinas daran, dass Kapitalismus mindestens genauso lange ohne repräsentative Demokratie existiert hat wie mit ihr [...]. Auch deshalb sollten die Systeme des ‚Westens‘ im Übrigen nicht stillschweigend als vermeintlich unproblematische Vorbilder in der Diskussion um ‚Chinas Zukunft‘ gelten.“²⁹⁰

²⁸⁸ ten Brink, Tobias (2013): S. 19.

²⁸⁹ Ebd.: S. 338; Hervorhebung VS.

²⁹⁰ Ebd.: S. 338; als Fußnote.

Ten Brink warnt davor, dass „der undemokratische, jedoch vielerorts [...] als effizientestes Wirtschaftssystem der Gegenwart bewertete Kapitalismus Chinas zum Vorbild nicht allein der Schwellenländer, sondern selbst hoch entwickelter Industriegesellschaften stilisiert“²⁹¹ werden könnte. Dabei verweist er seinerseits auf die für das exorbitante Wachstum der VR China einmalig guten Begleitumstände, die nicht künstlich herzustellen seien und somit ebenfalls Berücksichtigung bei der Bewertung der chinesischen Fortschritte finden müssten.

Die schwindende Rolle der Politik in jedwedem politischen System zugunsten der Ökonomie lässt sich an einer Vielzahl von Beispielen beobachten. Ein Hinweis auf die Überforderung der Politik hinsichtlich der Lösung ökonomischer Fragen oder gar Krisen findet sich in der Tatsache, dass insbesondere westliche Demokratien in den letzten Jahren vermehrt Legitimitätspolitik betrieben haben, obwohl sie ihre Legitimation nach gängiger Auffassung aus den ihnen eigenen Verfahren und Institutionen beziehen: „Da Demokratien ihren Anspruch primär auf die Achtung und den Respekt vor den prozeduralen Grundlagen und deren Umsetzung gründen, verfügen sie auch über eine gewisse ‚Isolationsschicht‘ bei eigenen Schwächen.“²⁹² Diese Isolierung scheint nachgelassen zu haben, da ansonsten eine aktiv betriebene Legitimitätspolitik obsolet erscheint.²⁹³ Laut Nullmeier wird Legitimitätspolitik von demokratischen Nationalstaaten hauptsächlich angewandt, wenn ihre Problemlösungskapazitäten an gewisse Grenzen stoßen. In diesem Kontext steht auch der Terminus der „marktkonformen Demokratie“²⁹⁴ wenn auch nicht für eine bereits erfolgte Ablösung so doch zumindest vorhandene Resignation der politischen Sphäre vor der größer werdenden Dominanz des Ökonomischen.

Ob sich bei daher den vorgestellten Aktivitäten und Mechanismen zur Legitimitäts-herstellung und -sicherung *systematische* Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien feststellen lassen, gilt es ebenfalls in weiteren Untersuchungen herauszufinden.

²⁹¹ Ebd.

²⁹² Linz, Juan J. (2009): S. 251.

²⁹³ Vgl. hierzu Luhmann, Niklas (1978).

²⁹⁴ Dieser inzwischen häufig zitierte und ebenso häufig aus dem Zusammenhang gerissene Terminus bezieht sich ursprünglich auf die Rolle nationaler Parlamente im Rahmen der Euro-Rettungspolitik. Bundeskanzlerin Merkel antwortete in diesem Kontext auf die Frage, ob eine vorherige Mitbestimmung nationaler Parlamente nicht lähmend wirke, wie folgt: „Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“ Zitiert nach: Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho vom 01. September 2011, online verfügbar; Hervorhebung VS.

Literaturverzeichnis

- Amnesty International (2015): *Amnesty Report 2015: China*, online unter <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2015/china?destination=node%2F2899>
- Beetham, David (1991): *The Legitimation of Power*. Houndmills: Macmillan.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2009 [1966]): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. 22. Aufl. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Central Intelligence Agency (2015): *The World Factbook: China*. Online unter <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ch.html>
- Chang, King-Yu (1990): Der Konfuzianismus in der Republik China und seine Rolle bei den Reformen auf dem Festland, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 264-280.
- China Internet Information Center (2012): *Statut der Kommunistischen Partei Chinas*, online unter http://german.china.org.cn/china/archive/cpc18/2012-09/27/content_26653640.htm
- Cho, Hyekyung (2005): *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2008a): Die politischen Systeme Ostasiens im Vergleich, in: dies. (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. 2., aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 455-463.
- Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2008b): Grundlagen politikwissenschaftlicher Komparatistik, in: dies. (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. 2., aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 1-19.
- Fischer, Karsten (2011): *Parallelordnungen als Herrschaftstechnik? Eine heuristische Skizze*. Diskussionspapier für den Workshop „Parallelordnungen“ vom 21.-23.10.2011 an der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Freedom House (2015): *Freedom in the World 2015. Highlights from Freedom House's annual report on political rights and civil liberties*, online unter https://freedomhouse.org/sites/default/files/01152015_FIW_2015_final.pdf

- Gerschweski, Johannes et al. (2012): Warum überleben Diktaturen?, in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Autokratien im Vergleich*. Politische Vierteljahresschrift: Sonderheft (47). Baden-Baden: Nomos, S. 106-131.
- Gilley, Bruce (2006): *The Determinants of State Legitimacy: Results for 72 Countries*, in: *International Political Science Review*, Vol. 27, No. 1, S. 47-71.
- Gilley, Bruce (2008): *Legitimacy and Institutional Change. The Case of China*, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 41, No. 3, S. 259-284.
- Göbel, Christian (2014): Legitimation, Kooptation und Repression in der Volksrepublik China, in: Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hrsg.): *Ideokratien im Vergleich: Legitimation, Kooptation, Repression*. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 51. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 207-227.
- Grieswelle, Detlef (2000): *Politische Rhetorik. Macht der Rede, öffentliche Legitimation, Stiftung von Konsens*. Wiesbaden: DUV.
- Heberer, Thomas (2008): Das politische System der VR China im Prozess des Wandels, in: ders./Derichs, Claudia (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. 2., aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21-178.
- Heins, Volker (1990): *Strategien der Legitimation. Das Legitimationsparadigma in der politischen Theorie*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Holbig, Heike (2013): *Ideology after the end of ideology. China and the quest for autocratic legitimation*, in: *Democratization*, Vol. 20, issue 1, S. 61-81.
- Hsu, Carolyn L. (2001): *Political Narratives and the Production of Legitimacy: The Case of Corruption in Post-Mao China*, in: *Qualitative Sociology*, Vol. 24, issue 1, S. 25-54.
- Kirsch, Guy/Mackscheidt, Klaus (1990): Die chinesische Wirtschaftsreform – Ordnungspolitik in einem konfuzianischen Land, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 412-433.
- Kissinger, Henry (2011): *China: Zwischen Tradition und Herausforderung*. München: Bertelsmann.
- Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 5-10.

- Kwok Keung, Lau (1990): Eine Interpretation der konfuzianischen Tugenden und ihrer Bedeutung für die Modernisierung Chinas, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 242-263.
- Linz, Juan J. (1996): Autoritäre Regime, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. München: Piper Verlag, S. 40-43.
- Linz, Juan J. (2009): *Totalitäre und autoritäre Regime*. Reihe Potsdamer Textbücher, Bd. 4. 3., überarb. und ergänzte Aufl. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Luhmann, Niklas (1978): *Legitimation durch Verfahren*. 3. Aufl. Darmstadt: Luchterhand.
- Nullmeier, Frank et al. (2012): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik ökonomischer Ordnungen, in: dies. (Hrsg.): *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik ökonomischer Ordnungen*. Leviathan Sonderband (27), 40. Jahrgang. Baden-Baden: Nomos, S. 11-40.
- Ottmann, Henning (2010): Politisches Denken in China vor und nach der Revolution, in: ders.: *Geschichte des politischen Denkens Bd. IV/1. Das 20. Jahrhundert. Der Totalitarismus und seine Überwindung*. Stuttgart: Metzler Verlag, S. 369-407.
- Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho vom 01. September 2011, online unter <http://www.bundestkanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html>
- Scharpf, Fritz W. (2004): *Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats*, in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 04/6, S. 3-14, online unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-6/wp04-6.html>
- Scharping, Thomas (1990): Tradition und Moderne in der chinesischen Reformpolitik, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 381-386.
- Schmidt, Manfred G. (2014): Legitimation durch Performanz? Zur Output-Legitimität in Autokratien, in: Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hrsg.): *Ideokratien im Vergleich: Legitimation, Kooptation, Repression*. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 51. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 297-312.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2011): Legitimität, in: *Das Politiklexikon*. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz.

- Schumpeter, Joseph A. (1987 [1942]): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 6. Aufl. Tübingen: Francke Verlag.
- Staiger, Brunhild (1990): Das Konfuzius-Bild in China, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 138-147.
- Stockemer, Daniel (2012): Autokratien und Regierungsqualität: Eine vergleichende Studie, in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Autokratien im Vergleich*. Politische Vierteljahresschrift: Sonderheft (47). Baden-Baden: Nomos, S. 477-499.
- Stockmann, Daniela (2013): *Media Commercialization and Authoritarian Rule in China*. Cambridge: Cambridge University Press.
- ten Brink, Tobias (2013): *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Bd. 78. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Wang, Xinyang (1990): Zu den Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen Systems in China auf die konfuzianische Ethik, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 287-295.
- Weber, Max (1922): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Kap. III: Die Typen der Herrschaft, online unter <http://www.textlog.de/7323.html>
- Weggel, Oskar (1990): Zwischen Marxismus und Metakonfuzianismus: China auf dem Weg zur „Renormalisierung“, in: Krieger, Silke/Trauzettel, Rolf (Hrsg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*. Deutsche Schriftenreihe des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 20. Mainz: von Hase und Koehler, S. 490-505.
- Yang, Dali L. (2006): *Remaking the Chinese leviathan. Market Transition and the Politics of Governance in China*. Stanford: Stanford University Press.
- Zand, Bernhard (2014): *Flüchtiger Sieg. Warum Hongkong einen Blick in Chinas Zukunft zulässt (Kommentar)*, in: DER SPIEGEL 50/2014, S. 100.

Sämtliche Internetquellen wurden zuletzt am 17.07.2015 abgerufen.